



Kanton Basel-Stadt

2007
2006
2005
2004
2003



2003 – 2006

Politikplan

Politikplan 2003–2006

**Das Planungs- und Steuerungsinstrument
des Regierungsrates**

Erste aktualisierte und weiterentwickelte Ausgabe des Politikplans

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir freuen uns, Ihnen die zweite Ausgabe des Politikplans vorzulegen. Der Politikplan verknüpft die inhaltlichen Ziele und Massnahmen auch gegen aussen sichtbar mit den Finanzen. Im Sinne des New Public Managements (NPM) orientieren wir uns mit dem Politikplan stärker an politischen Zielen, setzen Prioritäten und schaffen Transparenz mit einer Gesamtsicht der staatlichen und staatlich finanzierten Tätigkeit. Im Politikplan geben wir die Richtung unserer Regierungstätigkeit vor. Der Politikplan deckt eine Zeitspanne von vier Jahren ab und wird jährlich aktualisiert.

Der Politikplan 2003-2006 bildet die erste Aktualisierung. Nach Auswertung der Reaktionen aus dem Grossen Rat und seiner Kommission konnten wir feststellen, dass sich der Politikplan im Grossen und Ganzen bewährt hat. Grundlegende Änderungen haben wir deswegen nicht vorgenommen; gerne haben wir jedoch zahlreiche Anregungen zur weiteren Verbesserung dieses Instruments berücksichtigt. So werden beispielsweise die einzelnen Teile des Politikplans mit Hilfe zahlreicher Verweise auf entsprechende Ausführungen in einem anderen Abschnitt des Politikplans stärker miteinander verknüpft. Eine neu aufgenommene Investitionsliste zeigt die grössten und wichtigsten Investitionen von Basel-Stadt in den Planjahren. Bei den Projekten und Vorhaben in den Aufgaben- und Ressourcenfeldern wird versucht, durchgehend auch die damit beabsichtigten Wirkungen aufzuführen. Weitere Anpassungen des Politikplans stehen – gerade auch im Zusammenhang mit der verwaltungsweiten Einführung von NPM – an.

Mit der nächsten Ausgabe des Politikplans werden wir auf der Stufe der Aufgaben- und Ressourcenfelder Rechenschaft ablegen über die Umsetzung des nun vorliegenden Politikplans 2003-2006. Als ein Controllinginstrument zum Politikplan werden alle zwei Jahre Bevölkerungsbefragungen durchgeführt; deren Resultate sollen ebenfalls in den Rechenschaftsbericht zum Politikplan einfließen.

Der Politikplan ist ein noch sehr junges Instrument unserer Mittelfristplanung. Wir werden es aufgrund der Erfahrungen weiter entwickeln und anpassen.

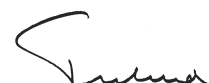
Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt



Jörg Schild
Vorsteher des Polizei- und Militär-
departements



Dr. Ueli Vischer
Vorsteher des Finanzdepartements



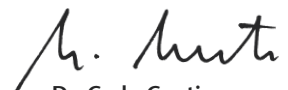
Dr. Hans Martin Tschudi
Vorsteher des Justizdepartements



Dr. Ralph Lewin
Vorsteher des Wirtschafts- und
Sozialdepartements



Barbara Schneider
Vorsteherin des Baudepartements



Dr. Carlo Conti
Vorsteher des
Sanitätsdepartements



Dr. Christoph Eymann
Vorsteher des Erziehungsdepartements

Basel, 3. September 2002

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	
1.1 Der Politikplan als Teil der politischen Steuerung im Kanton Basel-Stadt	6
1.2 Allgemeine Hinweise zum Politikplan und zu seinem Aufbau	8
<hr/>	
2. Die Rahmenbedingungen	
2.1 Bevölkerung	12
2.2 Wirtschaft	13
2.3 Finanzen	14
<hr/>	
3. Die Schwerpunkte	
3.1 Stadtentwicklung	18
3.2 Integration	19
3.3 Bildung	21
3.4 Staatshaushalt	23
<hr/>	
4. Die Politikbereiche	
4.1 Staatliches Gesamtziel	26
4.2 Recht und Sicherheit	27
4.3 Wirtschaft	28
4.4 Bildung und Kultur	29
4.5 Gesundheit	30
4.6 Soziale Sicherheit	31
4.7 Stadt und Verkehr	32
4.8 Zusammenarbeit mit kantonalen, schweizerischen und ausländischen Partnern	33
<hr/>	
5. Die Aufgaben- und Ressourcenfelder	
5.1 Einleitung	36
5.2 Übersicht über die Felder	40
5.3 Aufgabenfelder	41
5.4 Ressourcenfelder	85
<hr/>	
6. Finanz- und Investitionsplan	
6.1 Übersichtstabellen	94
6.2 Investitionsplan	104
6.3 Finanzplan	106
<hr/>	
7. Die wichtigsten Leistungserbringer	113
<hr/>	
8. Glossar	117

1. Einleitung

1.1 Der Politikplan als Teil der politischen Steuerung im Kanton Basel-Stadt

Der Politikplan ist ein wichtiger Bestandteil der politischen Steuerung im Kanton, die nach dem Grundsatz der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (New Public Management; NPM) neu gestaltet wird. Er umfasst die gesamte staatliche und staatlich finanzierte Tätigkeit.

Die politische Steuerung geschieht auf zwei Kompetenzebenen, der Legislative und der Exekutive, und auf vier Inhaltsebenen – den Gesetzen, den Aufgaben- und Ressourcensektoren, den Produktgruppen und den Produkten. Der Politikplan beinhaltet die Aufgaben- und Ressourcensektoren; Produktgruppen und Produkte werden im Rahmen des NPM-Projekts PuMa definiert und verwirklicht. Die Verknüpfung der beiden Ebenen lässt sich folgendermassen darstellen:

Kompetenzebene	Legislative	Exekutive	Zeithorizont
Inhaltsebene			
Gesetze	Gesetze je mit einem kurzen, generellen Leistungsauftrag im Sinne eines (erweiterten) Zweckartikels	evt. Verordnungen zu den Gesetzen	Viele Jahre
Aufgaben- und Ressourcensektoren	Beratung und Kenntnisnahme des Politikplans, Planungsauftrag	Politikplan mit 48 Feldern	4 Jahre
Produktgruppen	Globalbudgets für alle Produktgruppen: Globalbeitrag und übergeordnete Ziele	_____	1 Jahr
Produkte	_____	Leistungsvereinbarungen der Departemente mit allen internen und externen Leistungserbringern	1 Jahr

Die Gesetze (inklusive Verfassung) bilden die höchste Inhaltsebene. Sie werden vom Gesetzgeber (bei Referenden vom Souverän) beschlossen und enthalten je einen generellen Leistungsauftrag im Sinne eines (erweiterten) Zweckartikels. Sie haben einen langfristigen Zeithorizont. Auf der nächsten Inhaltsebene werden diese generellen Leistungsaufträge von der Exekutive im Politikplan konkretisiert, indem in den Aufgaben- und Ressourcensektoren politische Ziele (Wirkungsziele) formuliert werden. Die Legislative kann mit dem Instrument des Planungsauftrages auf die Ausgestaltung des Politikplans Einfluss nehmen. Auf der nächsten Inhaltsebene werden die politischen Ziele weiter konkretisiert. Für jede Produktgruppe verabschiedet die Legislative jährlich die Globalbeiträge und die übergeordneten Ziele. Die übergeordneten Ziele wiederum werden auf der Produktebene als Leistungen konkretisiert. Die Exekutive organisiert und kontrolliert die Leistungserbringung mittels Leistungsvereinbarungen, welche die Departemente mit allen internen und externen Leistungserbringern abschliessen.

Die Darstellung macht deutlich: Der Politikplan stellt das zentrale politische Steuerungsinstrument der Exekutive dar. Dank der wirkungsorientierten Sicht und der Verknüpfung von politischen Zielen mit der Finanzplanung wird er den Ansprüchen an eine moderne Verwaltungsführung nach NPM-Grundsätzen gerecht. Der Politikplan ist als Planungsinstrument auch dann sinnvoll, wenn die Einführung von Globalbudgets bisher (noch) nicht verwaltungsweit erfolgt ist. Er eignet sich zudem nicht nur als Planungsinstrument, sondern auch dafür, unsere mittelfristigen Ziele und Absichten darzulegen.

Die staatliche und staatlich finanzierte Tätigkeit lässt sich in Form einer Pyramide darstellen. Jede Ebene umfasst jeweils die gesamte Tätigkeit. Die Ebenen weisen jedoch unterschiedliche Detaillierungsgrade auf. Die Planung und Steuerung erfolgt von oben nach unten.



Die Tätigkeit des Kantons Basel-Stadt wird grob in 7 Politikbereiche unterteilt. Darunter sind sämtliche Aktivitäten in 48 Aufgaben- und Ressourcenfeldern erfasst. Der Politikplan als Planungs- und Steuerungsinstrument des Regierungsrates deckt die oberen drei Ebenen ab. Die Planung und Steuerung der Produkte und Produktgruppen findet in den Departementen und Dienststellen statt.

Diese Pyramide kann auch als Zielpyramide angesehen werden. Ausgehend vom gesamtgesellschaftlichen Staatsziel, das zwangsläufig recht abstrakt bis philosophisch ausgestaltet ist, werden die Ziele der Politikbereiche definiert (siehe Kapitel 4). Diese bilden die Leitlinien für die staatlichen Aktivitäten und werden dann auf der Ebene der Aufgaben- und Ressourcenfelder in der Form von Wirkungszielen konkretisiert (siehe Kapitel 5). Auf der Ebene der Produkte und Produktgruppen werden danach die Ziele als Leistungsziele formuliert.

1.2 Allgemeine Hinweise zum Politikplan und zu seinem Aufbau

Neuerungen im Politikplan 2003–2006

Der Politikplan 2003-2006 ist der zweite Politikplan, den der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt vorlegt. Zwischen der ersten und der nun vorliegenden Ausgabe wurden verschiedene Anpassungen und Aktualisierungen vorgenommen. Änderungen von Bedeutung gegenüber dem Politikplan 2002-2005 werden in kursiver Schrift gekennzeichnet. Redaktionelle Überarbeitungen und Aktualisierungen der Zahlenangaben (insbesondere in den Kapiteln 2, 3 und 6) wurden nicht speziell hervorgehoben. Die Texte (insbesondere im Kapitel 4) wurden, wo möglich und sinnvoll, gekürzt, ohne jedoch die inhaltlichen Aussagen zu verändern. Bei den Zielen der Ressourcenfelder werden nur noch politische Ziele – d.h. Ziele mit einer Aussenwirkung – aufgeführt (zu den Neuerungen im Speziellen bei den Aufgaben- und Ressourcenfeldern siehe auch Kapitel 5.1). Neu findet sich in Kapitel 6 des Politikplans eine Liste mit den wichtigsten Investitionen. Die Investitionen kamen zwar bereits auch im Politikplan 2002-2005 vor, nämlich im Investitionsplan wie auch in den kalkulatorischen Positionen. Im Sinne einer grösseren Transparenz wird nun jedoch der Zusammenhang zwischen den wichtigsten Investitionen und den Feldern direkt dargestellt. Neu beinhaltet der Politikplan auch eine Liste der wichtigsten Leistungserbringer (Kapitel 7). Darin wird ersichtlich, in welchem Aufgaben- bzw. Ressourcenfeld ein Leistungserbringer aufgeführt wird.

Aufbau des Politikplans Rahmenbedingungen

In einem ersten Teil werden die Rahmenbedingungen (Bevölkerung, Wirtschaft, Finanzen) dargestellt. Diese Entwicklungen sind für die Planung relevant, können durch die staatliche Tätigkeit aber nur beschränkt beeinflusst werden.

Schwerpunkte

In einem zweiten Teil werden die Schwerpunkte der Regierungstätigkeit geschildert. Besondere Bedeutung soll in den nächsten Jahren der Stadtentwicklung, der Integration, der Bildung und dem Staatshaushalt zukommen.

Politikbereiche

In einem dritten Teil werden die grossen Linien der baselstädtischen Politik skizziert. Zuerst werden die grundsätzlichen politischen Ziele des Kantons Basel-Stadt geschildert. Danach werden die staatlichen Aktivitäten grob in sieben Politikbereiche aufgeteilt und die Ziele und Leitlinien für jeden Politikbereich beschrieben.

Aufgaben- und Ressourcenfelder

Das eigentliche Herzstück des Politikplans bilden die 48 Aufgaben- und Ressourcenfelder. Alle Felder zusammen bilden die gesamte Tätigkeit des Kantons ab. Das heisst, jede staatliche bzw. staatlich finanzierte Tätigkeit ist in einem Feld enthalten (Weitere Ausführungen zu den Feldern, siehe Kapitel 5.1). Aufgrund der verfassungsrechtlichen Struktur des Kantons Basel-Stadt (für die Stadt Basel besteht keine Einwohnergemeinde) ist es bei den vom Kanton erbrachten Leistungen nicht möglich, zwischen kantonalen und kommunalen Aufgaben zu unterscheiden.

In den Aufgabenfeldern werden die aussengerichteten Tätigkeiten des Kantons abgebildet. Die Ressourcenfelder beinhalten diejenigen Tätigkeiten der Verwaltung, die primär nach innen gerichtet sind. Sie stellen den aussengerichteten Feldern die notwendigen Ressourcen zur Verfügung, haben jedoch in der Regel keine Aussenwirkung.

Jedes Feld enthält fünf Teile:

1. die Beschreibung der Tätigkeit;
2. die mit dieser Tätigkeit angestrebten politischen Ziele;
3. die wichtigsten Leistungserbringer;
4. die Projekte und Vorhaben;
5. die Kosten.

1. Bei der **Beschreibung** der Tätigkeit werden die zentralen Leistungen und die hauptsächlichen Leistungsempfängerinnen und -empfänger angegeben.
2. Unter den **politischen Zielen** werden die angestrebten Wirkungen der Tätigkeit im entsprechenden Aufgaben- oder Ressourcenfeld aufgeführt. Die Formulierung der Ziele erwies sich als äusserst knifflige Aufgabe, klingt doch auf dieser hoch aggregierten Ebene eine Zielumschreibung rasch zu allgemein und zumindest scheinbar – selbstverständlich.
3. Bei den **wichtigsten Leistungserbringern** werden die wichtigsten Dienststellen der Verwaltung und die wichtigsten externen Leistungserbringer aufgelistet.
4. Unter **Projekte und Vorhaben** werden Massnahmen beschrieben, die im Verlauf der nächsten vier Jahre umgesetzt oder eingeleitet werden.
5. Bei den **Kosten** wird aufgezeigt, wie viel die in einem Feld aufgeführten Tätigkeiten wirklich kosten. Die Angaben zu den Kosten erstrecken sich wie die inhaltliche Planung über vier Jahre. Die Zahlen für das erste Planjahr, welches mit dem folgenden Budgetjahr identisch ist, beruhen auf dem Budget 2003 (Stand: nach 2. Lesung im Regierungsrat) und sind damit verbindlicher als die Zahlen der darauffolgenden reinen Planjahre. Für die Kostenplanung der Jahre 2004 bis 2006 wurde der ordentliche Nettoaufwand (ONA) (mit wenigen Ausnahmen, worunter insbesondere die Sozialkosten und die Zusatzbelastungen seitens der Pensionskasse) entsprechend der prognostizierten Teuerung (2004: 1.8%, 2005: 1.7%, 2006: 1.7%) fortgeschrieben.

Investitions- und Finanzplan

Im letzten Kapitel werden die Finanzdaten und Kosten der einzelnen Felder in verschiedenen Tabellen zusammengefasst. Auch der Investitionsplan und die wichtigsten Investitionen werden dargestellt. Schliesslich werden die Finanzdaten und der Investitionsplan im Finanzplan zusammengeführt.

Liste der wichtigsten Leistungserbringer

In einer Aufstellung werden die wichtigsten Leistungserbringer zusammen mit dem Aufgaben- bzw. Ressourcenfeld genannt, für das sie Leistungen erbringen.

Glossar

Die im Politikplan verwendeten Fachausdrücke werden im Glossar erklärt.

2. Die Rahmenbedingungen

2.1 Bevölkerung

Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Basel-Stadt nahm von anfangs der siebziger Jahre bis 1990 mit relativ konstantem Trend ab. Im Zusammenhang mit der Rezession und der starken Einwanderung aus Ex-Jugoslawien kam diese Abnahme anfangs der neunziger Jahre zum Stillstand, die Bevölkerung nahm sogar bis 1993 wieder etwas zu. Seither hat allerdings der abnehmende Trend wieder eingesetzt, auch wenn sich im vergangenen Jahr die Abnahme etwas abgeschwächt hat.

Die Bevölkerungsabnahme hängt stark mit der Tatsache zusammen, dass der Raumbedarf zum Wohnen seit Jahrzehnten stetig steigt. So nahm die Bevölkerung in Basel-Stadt in den siebziger Jahren um 20% ab, obwohl gleichzeitig der Wohnungsbestand um fast 10% zunahm. Die tiefen Leerstandsfiguren zeigen, dass frei werdende Wohnungen in der Regel sofort wieder neue Mieterinnen oder Mieter finden. Offenbar werden die Wohnungen nach einem Wechsel aber im Durchschnitt von weniger Personen bewohnt als vorher. Ein Indikator dafür ist der Anteil der Einpersonenhaushalte, der in Basel-Stadt schon bald bei 50% liegt. Vor allem bei den 30- bis 50-Jährigen ist eine starke Zunahme der Einpersonenhaushalte zu verzeichnen. Generell gilt, dass sich die Haushalte mit steigendem Wohlstand mehr Wohnraum pro Person leisten. Bei anhaltend guter wirtschaftlicher Lage wird sich an diesem Verhalten auch in der nächsten Zeit kaum etwas ändern. Da das Angebot an Wohnungen in der Stadt Basel in den letzten Jahren nur noch geringfügig angestiegen ist, ziehen Menschen ins ausserkantonale Umland, auch wenn sie den Kanton Basel-Stadt nicht unbedingt verlassen wollen.

Die Entwicklung der Bevölkerung sagt aus diesen Gründen aber noch nichts über die Entwicklung der Anzahl Haushalte und damit über die Entwicklung der Anzahl Steuerpflichtigen aus. Die Zahl der Haushalte hat gemäss Volkszählung bis 1990 trotz sinkender Bevölkerungszahl zugenommen und dürfte sich seither stabilisiert haben. Gelingt es, mit der Wohnumfeldaufwertung und anderen Stadtentwicklungsmassnahmen (z.B. das Projekt 5000 Wohnungen für Basel-Stadt) finanzkräftigere Bewohnerinnen und Bewohner an die attraktiver gewordenen Orte zu holen bzw. sie nicht mehr zu verlieren, kann deshalb die durchschnittliche Steuerkraft trotz sinkenden Bewohnerzahlen erhalten bzw. gar gesteigert werden.

In den nächsten Jahren ist damit zu rechnen, dass die absolute Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner zwischen 20 und 64 Jahren und derjenigen mit Schweizer Pass abnimmt. Deswegen ist anzunehmen, dass der Anteil junger und der Anteil ausländischer Einwohnerinnen und Einwohner trotz praktisch gleichbleibender absoluter Zahl leicht zunehmen wird. Der Anteil älterer Einwohnerinnen und Einwohner wird dagegen ziemlich stabil bleiben; die absolute Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner, die älter als 64 Jahre sind, wird bis 2005 um insgesamt ca. 1600 Personen sinken.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung für den Kanton Basel-Stadt
Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt (2002)

	1990	1995	2000	2005
Wohnbevölkerung	196'419	197'802	188'581	183'500
davon unter 20 Jahre alt	15.9%	17.1%	17.3%	17.5%
davon über 64 Jahre alt	20.4%	20.3%	20.9%	20.7%
davon Ausländerinnen und Ausländer	22.5%	26.2%	27.6%	29.1%

2.2 Wirtschaft

Basel ist und bleibt ein starker Wirtschaftsraum. Diesen Umstand verdankt die Region weiterhin zu einem guten Teil einer prosperierenden und wertschöpfungsintensiven chemisch-pharmazeutischen Industrie, die auch in den nächsten Jahren als dynamische Exportbasis der Region Nordwestschweiz für eine erfreuliche und über dem schweizerischen Mittel liegende Wirtschaftsentwicklung sorgen wird.

Im Umfeld dieser Schlüsselindustrie gedeiht eine breite Palette von Zulieferbetrieben und artverwandten Kleinunternehmen. Grosse Bedeutung haben aber auch der Finanzsektor (Banken und Versicherungen) und die Logistikbranche: Beide Branchen zusammen bieten in der Region mehr Arbeitsplätze an als die chemisch-pharmazeutische Industrie.

Die Unternehmen, die in Basel neu gegründet werden oder sich hier ansiedeln, sind in der Regel Firmen, die hoch qualifizierte Mitarbeitende beschäftigen. Diese Unternehmen gehören verschiedenen Branchen an, wie Biotechnologie, Informationstechnologie, Finanzdienstleister oder spezialisierte Beratungsunternehmen. Bedeutend ist auch die Tourismusindustrie, inklusive der Messe- und Kongressaktivitäten.

Die reale Wachstumsrate gemessen am Bruttoinlandprodukt von Basel-Stadt liegt gemäss BAK (Konjunkturforschung Basel) nach der konjunkturellen Abkühlung im Jahr 2002 für die Jahre 2003 bis 2006 bei gegen 3% pro Jahr. Unter Berücksichtigung der Inflation ergibt sich eine wertmässige Steigerung der Wirtschaftskraft um rund 4% pro Jahr. Diese Steigerung der Wertschöpfung spiegelt sich einerseits in einer Erhöhung der Produktivität (Output pro Beschäftigten) wieder, andererseits aber führt sie auch zu einer leichten Zunahme der Beschäftigung um rund 1% pro Jahr. Entsprechend nimmt die Zahl der Grenzgängerinnen und Grenzgänger voraussichtlich weiter leicht zu; die Arbeitslosenquote verharrt unter 3%.

Trotz dieser recht guten Wirtschaftsaussichten wird bloss eine moderate Teuerung – gemessen am Basler Index der Konsumentenpreise – erwartet; die Inflation wird über die nächsten vier Jahre voraussichtlich unter 2% liegen. Auch die Zinsen bleiben verhältnismässig tief; die Rendite der Bundesobligationen steigt über diese Periode auf voraussichtlich etwa 4½% an. Dank der günstigen Wirtschaftsentwicklung werden sich die Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nominal und real erhöhen.

Geschätzte Veränderungsdaten für den Kanton Basel-Stadt in Prozent
Quelle: BAK. Konjunkturforschung Basel AG (2002)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Bruttoinlandprodukt real	2.1	2.7	3.0	3.0	2.5	2.5
Bruttoinlandprodukt nominal	3.1	3.9	4.3	4.4	3.8	3.8
Volkseinkommen nominal	2.9	4.4	7.0	7.2	6.7	6.4
Zahl der Beschäftigten	1.6	0.3	1.0	1.3	1.0	1.0
Konsumentenpreise (Teuerung)	1.0	0.6	1.4	1.7	1.7	1.7
Zinsen (Bundesobligationenrendite)	3.4	3.4	3.9	4.5	4.5	4.5

2.3 Finanzen

In den Jahren 1999 bis 2001 wurden insbesondere dank der guten Konjunkturlage, aber auch infolge des Sanierungsprogrammes «Haushalt 2000», Überschüsse in der kantonalen Staatsrechnung erzielt. In den vergangenen zehn Jahren hatten jedoch Defizite von insgesamt 1.8 Milliarden Franken (Finanzierungssaldi 1989 bis 1998) die Staatsschuld entsprechend ansteigen lassen.

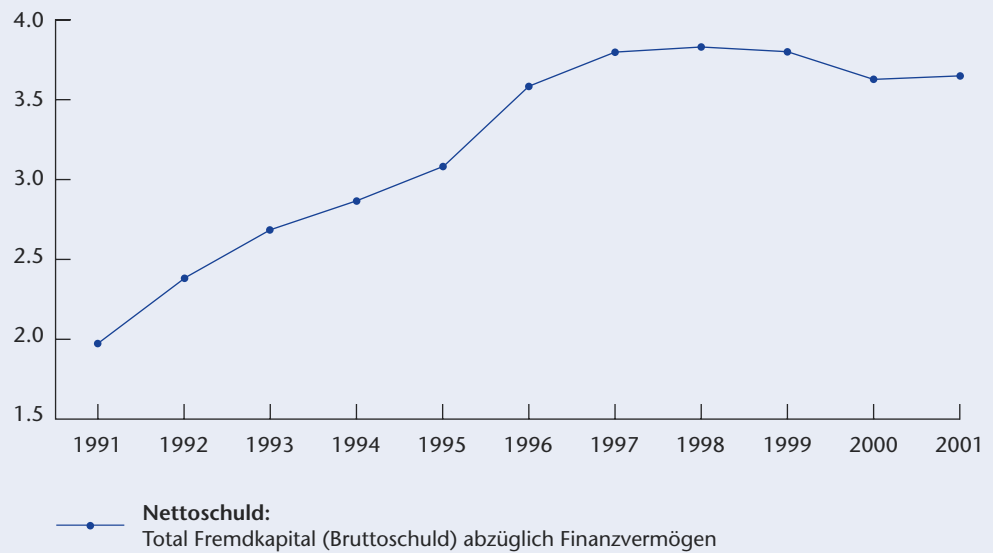
Basel-Stadt hat in der Schweiz die höchsten Staatseinnahmen pro Kopf. Denn bezüglich Wirtschaftskraft, Volkseinkommen und Finanzkraft pro Kopf liegt der Stadtkanton Basel-Stadt beinahe an der Spitze aller Schweizer Kantone; bei den Steuertarifen liegt der Stadtkanton allerdings ebenfalls deutlich über dem Landesmittel. Auf der anderen Seite liegen auch die baselstädtischen Pro-Kopf-Staatsausgaben an der Spitze aller Kantone. Dazu tragen unter anderem auch die hohen Zentrumslasten bei, die für einen Stadtkanton bei einem Kantonsvergleich ungleich mehr ins Gewicht fallen. Trotz hoher Staatseinnahmen – Basel-Stadt belegt bezüglich Finanzstärke nach wie vor hinter Zug den 2. Rang – resultierten in den letzten zehn Jahren mehrheitlich Defizite in der Staatsrechnung. Dies zeigt auf, dass das Finanzproblem des Kantons primär bei einem zu hohen Ausgabeniveau zu suchen ist.

Die positiven Abschlüsse der Jahre 1999 bis 2001 sind in erster Linie auf die konjunktur- und börsenbedingt sehr stark gewachsenen Einnahmen bei den Vermögens- und Gewinnsteuern zurückzuführen, auch wenn die Ausgabenseite stärker als die Teuerung angewachsen ist. Inzwischen hat sich jedoch die Konjunkturlage wieder verschlechtert; sollte diese Tendenz weiter anhalten, so ist erneut mit einem verschärften Ausgabenwachstum bei den Sozialkosten zu rechnen. Das gleiche Umfeld zeigt auch auf der Einnahmenseite, dass – wie bereits bei den Jahresabschlüssen 2001 respektive Halbjahresabschlüssen 2002 der grössten Basler Unternehmungen erkennbar – der starke Anstieg der Gewinnsteuern der letzten Jahre angesichts der hohen Volatilität der Unternehmensgewinne schnell wieder zunichte gemacht werden könnte. Die Einkommenssteuer der natürlichen Personen, die mit Abstand gewichtigste Steuerart, stagniert seit 1993 nominell, das heisst, sie ist real rückläufig. Auch die prognostizierte Erhöhung der Arbeitnehmereinkommen dürfte hier keine wesentliche Besserung bringen: Zum Einen werden die im Jahr 2002 beschlossenen Steuerermässigungen eine Einbusse bei den Steuereinnahmen zur Folge haben; zum Anderen ist vorerst davon auszugehen, dass trotz der ergriffenen und noch zu ergreifenden Massnahmen des Regierungsrates zur langfristigen Sicherung der Steuereinnahmen von natürlichen Personen kurzfristig keine Trendumkehr bezüglich Abnahme der Wohnbevölkerung erreicht werden konnte. Nach wie vor sind Wegzugerinnen und Wegzuger tendenziell steuerkräftiger als Zuziehende.

Rund 9% der Steuereinnahmen müssen jährlich für den Zinsendienst aufgewendet werden. Ohne diesen Zinsendienst wären die Rechnungsabschlüsse Jahr für Jahr um durchschnittlich 200 Millionen Franken besser ausgefallen. Dies hätte sich sogar in einem kumulierten Überschuss niedergeschlagen. Diese theoretische Darstellung zeigt, wie sehr die Schuldzinsen den Handlungsspielraum einengen.

Aufgrund der allgemein anerkannten Notwendigkeit, den infolge der in den letzten Monaten verschlechterten Börsensituation abgesunkenen Deckungsgrad der Pensionskasse von heute (August 2002) ca. 80% auf 100% zu verbessern, werden in den kommenden Jahren zusätzliche Zahlungen an die Pensionskasse den Staatshaushalt stark belasten. Ohne Einleitung von Gegenmassnahmen würde diese Belastung – bei gleichzeitig stagnierenden Steuererträgen und anhaltend hohen Schuldzinsen – zu einer drastischen Verschlechterung der künftigen finanziellen Situation führen.

Nettoschuld in Milliarden Franken



Netto-Ausgaben/Steuererträge in Milliarden Franken



3. Die Schwerpunkte

3.1 Stadtentwicklung

Ausgangslage	Stadtentwicklung wurde lange vor allem unter dem räumlichen und baulichen Aspekt betrachtet. Da wir bei den aktuellen und zukünftigen Planungsprozessen jedoch auch sozioökonomische und gesellschaftliche Problembereiche berücksichtigen wollen und müssen, schlugen wir 1997 mit dem breiten Bürgerbeteiligungsprozess der Werkstatt Basel neue Wege in der Stadtentwicklungspolitik ein. Daraus resultierte das Aktionsprogramm Stadtentwicklung Basel (APS). Auch in anderen wichtigen Bereichen wurden von uns und den Departementen übergreifende Ziel-, Strategie- und Handlungspapier für den Kanton Basel-Stadt erarbeitet (z.B. zur Integrations- und Familienpolitik, zum Stadtmarketing, zur Nachhaltigkeit, zur Kernstadt der trinationalen Agglomeration oder zur Integralen Aufwertung Kleinbasel (IAK)).
Aktuelle Situation	Ausgehend von bereits bestehenden Ziel-, Strategie- und Handlungspapieren des Kantons Basel-Stadt streben wir eine Stadtentwicklung mit einer gesamtheitlichen Sicht an (Stadtentwicklungsplanung), die ihr Potenzial dank vernetzter, querschnittsorientierter Zusammenarbeit über Departementsgrenzen hinweg und auch mit externen Partnern entfaltet. Die baselstädtische Stadtentwicklungsplanung betrachtet bauliche, technische, wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Massnahmen grundsätzlich als gleichwertig. Sie beruht auf einer Gesamtsicht und ist auf gemeinsame Ziele und Stossrichtungen ausgerichtet.
Ziele	Die Stadtentwicklungsplanung soll die Zukunftsfähigkeit unseres Kantons als attraktiven Lebensraum für alle Bewohnerinnen und Bewohner nachhaltig sichern und fördern; sie soll Rahmenbedingungen schaffen für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung sowie die Erhaltung und Weiterentwicklung des bestehenden Natur- und Kulturräumens fördern. Sie soll Grundlage für eine zielgesteuerte Stadtentwicklungspolitik sein und es ermöglichen, frühzeitig die Diskussion aufzunehmen und schneller auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren. Aufgaben von der Verwaltung, einzelnen Interessenvertretungen und Institutionen sollen möglichst zusammen und querschnittsorientiert angegangen und die gemeinsamen Aktivitäten sollen koordiniert werden.
Massnahmen	Um die Stadtentwicklungsplanung voranzutreiben, soll eine geeignete effiziente und departementsübergreifende Organisationsstruktur eingesetzt werden. Sie soll unter unserer Führung Koordinations-, Kooperations- und Vernetzungsaufgaben z.B. bei grösseren departementsübergreifenden Projekten wahrnehmen, Entwicklungsstrategien wie auch Konzepte zur Stadtentwicklung ausarbeiten, Beratung und Dienstleistungen im Bereich Stadtentwicklung anbieten und bei der Entwicklung von stadtentwicklungsrelevanten Prozessen und Projekten mitarbeiten. <i>Ein erstes Projekt im Rahmen einer integralen Stadtentwicklung wird seit Anfang des Jahres 2002 mit dem Stadtteilentwicklungsplan «Integrale Aufwertung Kleinbasel» umgesetzt. Dabei werden bauliche, technische, wirtschaftliche, ökologische oder auch soziale und kulturelle Aspekte ausgewogen berücksichtigt und die Ziele und Massnahmen für das Kleinbasel in einer gemeinsamen Strategie aufeinander abgestimmt.</i> <i>Eine zentrale Aufgabe der neuen Organisationsstruktur Stadtentwicklung soll darin bestehen, zu Handen des Regierungsrates Grundlagen für eine langfristige strategische Planung zu erarbeiten. Chancen und Probleme für Basel-Stadt sollen frühzeitig erkannt werden, damit rechtzeitig Massnahmen ergriffen werden können.</i>

3.2 Integration

Ausgangslage

Integration hat zum Ziel, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens die Chancengleichheit herzustellen. Dies gilt grundsätzlich für alle Bewohnerinnen und Bewohner; zur Zeit konzentrieren sich die Massnahmen auf die Fremdsprachigen im ganzen Kanton *und die Schweizerinnen und Schweizer in den dichtbebauten Stadtteilen*. Ohne eine aktive Integrationspolitik entstehen menschliche Probleme und hohe Folgekosten (im Arbeits-, Bildungs-, Sozial-, Justiz- und Gesundheitswesen). Eine rasche Integration hingegen bereichert die Gesellschaft. Eine aktive Integrationspolitik verursacht zwar direkte Kosten, senkt aber überproportional die so genannten Symptomkosten einer fehlenden Integration. Erfolgreiche Integration erhöht die gesellschaftliche, ökonomische und kulturelle Kraft des Stadtkantons und senkt den Bedarf an Leistungen, mit denen Integrationsdefizite bewältigt werden müssen.

Aktuelle Situation

Die Region Basel ist wie jeder starke Wirtschaftsraum auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen; der Anteil an Ausländerinnen und Ausländern beträgt rund 30 Prozent und ist damit ebenso hoch wie in Zürich oder Frankfurt. Die Migrationsbevölkerung ist durchschnittlich jünger; *dies trägt dazu bei, dass die Alterung der baselstädtischen Bevölkerung und der Rückgang der Einwohnerzahl gemildert wird*. Die Integrationskraft der baselstädtischen Gesellschaft bestimmt wesentlich die Lebensqualität und die gesellschaftlichen Zukunftsperspektiven in unserem Kanton. Da man früher im Gegensatz zu heute nicht im selben Ausmass wie heute bemüht war, ausländische Hilfskräfte zu integrieren, besteht bei diesen nun zudem ein Aufarbeitungs- und Nachholbedarf in den Bereichen Information und Bildung; *zudem gilt es, die Neuzuzügerinnen und -zuzüger von Beginn an erfolgreich zu integrieren. Dabei gilt es zu beachten, dass in den vergangenen Jahren vermehrt Fachkräfte aus Mittel- und Nordeuropa eingewandert sind und internationale Heiraten zugenommen haben. Die bilateralen Verträge mit der EU (insbesondere die Neuerungen betreffend Personenfreizügigkeit) sind eine weitere Herausforderung für die Integrationspolitik*.

Das Potenzial an Wissen, Arbeitskraft und Kultur der Zuziehenden soll durch geeignete Massnahmen möglichst rasch entfaltet und zu ihrem und zum allgemeinen Nutzen eingesetzt werden können (ressourcen-orientierter Potenzialansatz). Einwohnerinnen, Einwohner und Zuziehende sollen gefördert werden, gleichzeitig werden jedoch auch Forderungen an sie gestellt. Gefordert werden namentlich Gesetzestreue, Respekt vor den Alltagsregeln, Integrationswille, Nutzung der Angebote zur Integrationsförderung sowie soziales und kulturelles Engagement, damit Basel-Stadt auch vom kulturellen Potenzial profitieren kann, sowie Erfolgsorientierung.

Ziele

Das Ziel der Integration, nämlich die tatsächliche Chancengleichheit für alle in Basel-Stadt lebenden Personen, soll zu einem gedeihlichen Zusammenleben beitragen. Mit dem ressourcen-orientierten Potenzialansatz und durch eine systematische Koordination mit anderen Bereichen soll die Integration unter anderem auch der Stadtentwicklung und der Pflege der Schulqualität dienen sowie einen nachhaltigen Beitrag zur Entlastung des Staatshaushaltes leisten.

Massnahmen

Zurzeit unterstützt der Kanton Basel-Stadt rund 40 Projekte im Bereich Integration. Diese werden durch eine Projektorganisation koordiniert. Priorität haben Projekte der Bildung und der Quartierentwicklung. Die Informationsarbeit wird schwergewichtig auf die konkreten Bedürfnisse der Zuziehenden, Quartiere und Vereine ausgerichtet. Ein umfassendes Controlling über ein interdepartementales Netzwerk trägt zur fortlaufenden Optimierung und Abstimmung der Projekte auf aktuelle Bedürfnisse bei.

Die Bildungsprojekte (derzeit 16) haben zum Ziel, die fremdsprachigen Zuziehenden möglichst rasch sprachlich und sozial zu integrieren. So werden Deutschkenntnisse bei fremdsprachigen Kindern (siehe Kapitel 3.3, AF 2.1, 2.2) und Erziehenden frühest möglich vermittelt und gefördert. Die Lehrpersonen in der Schule wie in den Lehrbetrieben werden geschult, damit sie spezifische Schwierigkeiten ausländischer Schülerinnen und Schüler erkennen und möglichst beheben können. Zudem werden die verschiedenen

Bildungsmassnahmen im Integrationsbereich systematisch koordiniert und auf ihre Qualität hin überprüft.

Die Quartierprojekte (derzeit 8) sollen die rasche Integration der Zuziehenden im Quartier fördern. Die bestehenden Vereine, Treffpunkte und Quartierzeitungen sollen gestärkt und die Quartierangebote sollen vernetzt werden. Der Vereinsamung von Alleinstehenden soll entgegengewirkt und das Sicherheitsgefühl der Quartierbevölkerung soll erhöht werden. Mit verschiedenen Projekten soll die Wohn- und Lebensqualität in dicht bebauten Stadtteilen aus der Gründerzeit integral aufgewertet werden (insbesondere: Integrale Aufwertung Kleinbasel) oder die Quartierbevölkerung an der Entwicklung und Gestaltung des Quartiers – u. a. mit repräsentativ zusammengesetzten sogenannte Planungszellen oder der Förderung von Quartiertreffpunkten – direkt mit einbezogen werden (siehe AF 1.1, 1.3, 2.8, 4.1, RF 8.7).

Die Projekte der Öffentlichkeitsarbeit (derzeit 4) sind teilweise bikantonal (BS/BL). Sie sollen mithelfen, dass die Bevölkerung gut über Integrationsfragen informiert ist und Vorurteile und Fremdenangst abgebaut werden (z.B. durch die Informationskampagne Tatsachen gegen Vorurteile). Zudem sollen diese Projekte die spezifischen Bedürfnisse der Zuziehenden (allgemeine Informationen zu Basel) und der Einheimischen abdecken (Informationen zum Quartier: z.B. zu Treffpunkten für ältere Menschen etc.) (siehe AF 6.1, RF 8.7).

Die Projekte der Bereiche Gesundheit (derzeit 3), Soziales (6) und Familie/Jugend (2) sorgen für ein bikantonal koordiniertes und bedarfsgerechtes Angebot für Fremdsprachige im Gesundheitsbereich und für eine systematische Prophylaxe bei Kleinkindern; insbesondere via Kinderarzt und Schulzahnklinik sollen jährlich alle Kinder im Alter zwischen 1 und 5 Jahren erfasst werden. Für Fragen zu Gesundheit, Familie und Schule wird eine muttersprachliche Beratung angeboten. Im Bereich Gesundheit und Soziales werden auch migrationspezifische Sportprojekte durchgeführt. Um nachbarschaftliche Konflikte zu lösen, wird ein Mediationsangebot (Vermittlungsangebot) sichergestellt. Mit migrationspezifischer und mobiler Jugendarbeit sollen vermehrt auch ausländische Jugendliche angesprochen werden.

Die Aufenthaltsperspektiven von Asylsuchenden sollen rasch abgeklärt werden.

3.3 Bildung

Ausgangslage Der Wirtschaftsstandort Basel mit seinen wertschöpfungsintensiven Unternehmen und Institutionen des Non-Profit-Sektors benötigt Arbeitskräfte mit hoher Qualifikation und der Fähigkeit zu lebenslangem Lernen. Deswegen werden an die Kindergärten, Schulen und Hochschulen unseres Stadtkantons hohe Ansprüche gestellt. Die kulturelle und soziale Zusammensetzung fordert neben der Wissensvermittlung besonders von den unteren Stufen, aber auch von der Weiterbildungsschule und den Berufsschulen, hohe Integrationsleistungen.

Schulen

Aktuelle Situation

Wir wollen im Kanton Basel-Stadt Schulen von hoher Qualität. Um die Schulqualität kontinuierlich zu verbessern und langfristig zu sichern, stehen seit 2002 zusätzliche Mittel zur Verfügung.

Ziele

Die Leistungen der Schulen sollen gezielt verbessert und kohärente konzeptionelle Grundlagen für eine längerfristige Schulpolitik entwickelt werden. Als Ergebnis wird eine gemeinsame Vision des Bildungsauftrages der Schulen des Kantons Basel-Stadt angestrebt. Der Handlungsspielraum und die Steuerungsverantwortung der Schulleitungen sollen im Rahmen einer klar definierten Teilautonomie mit dezentralen Leitungsstrukturen weiter gestärkt werden. Als Grundlage für die Schulentwicklung wird die Entwicklung eines schulischen und schulübergreifenden Qualitätsmanagements weiterverfolgt. Zu zentralen Themen werden schulübergreifende pädagogische Projekte intensiviert und ausgeweitet. Die Aus- und Weiterbildung bildungsbenachteiligter Gruppen wird gefördert und die Integration aller Kinder und Jugendlichen angestrebt. Mädchen und Knaben sollen gleichermaßen gefördert werden. Zudem sollen die Arbeitszufriedenheit der Lehrkräfte gesteigert, das Image der Schulen verbessert und damit die Attraktivität des Lehrberufs erhöht werden. So soll der Kanton Basel-Stadt wieder zu einem attraktiven Arbeitgeber für Lehrkräfte werden.

Massnahmen

Als Grundlage für eine längerfristig kohärente Schulpolitik soll ein neues zeitgemässes Bildungsgesetz erarbeitet werden. Auch die Neustrukturierung der Schulzentrale im Erziehungsdepartement ist für eine solche Schulpolitik eine wichtige Voraussetzung (Unterstellung der Schulleitungen direkt dem Departementsvorsteher, Steuerungsgruppe als wichtigstes Beratungsorgan des Vorstehers, Stab Schulen, Pädagogik und Schuldienste als zentrale Stellen). Die Stärkung der dezentralen Schulleitungsebene bildet die Grundlage für Qualitätsmanagement sowie die Einführung von NPM an den Schulen und ermöglicht die gezielte Personalförderung. Das Steuerungsinstrument Lektionendach wird über den Unterrichtsbereich hinaus ausgebaut, insbesondere auf die Leitungsfunktionen. Auch auf allen Schulstufen werden Qualitätsentwicklungsprozesse mit stufenspezifischen Prägungen in Gang gebracht. Die stufenübergreifende Koordination wird dabei gewährleistet. Zu den zentralen Themen wie Sprachunterricht in Mutter- und Fremdsprachen, Weiterbildung der Lehrkräfte, Informations- und Kommunikationstechnologie werden Entscheidungsgrundlagen erstellt und gemäss der dann getroffenen Entscheide entsprechende Massnahmen realisiert. Das kantonale Integrationsleitbild wird im ganzen Schulsektor umgesetzt. Weitere Schwerpunkte liegen im Bereich der Prävention, der geschlechterbewussten Pädagogik und der Integration behinderter Kinder in die Regelklassen. In Zusammenarbeit mit den Lehrkräften werden konkrete Massnahmen entwickelt, die dazu beitragen, die Befindlichkeit der Lehrerinnen und Lehrer im Beruf zu verbessern, demotivierende Einflüsse zu eliminieren und optimale Voraussetzungen zur Ausübung des Kerngeschäftes der Lehrkräfte zu schaffen (siehe auch AF 2.1, 2.2).

Hochschulen

Aktuelle Situation

Der Prozess der Fachhochschulbildung ist noch nicht abgeschlossen: Neben der bevorstehenden Gründung der gemeinsam mit dem Nachbarkanton getragenen (Fach-) Hochschule beider Basel für Pädagogik und Soziale Arbeit (HPSA-BB) (siehe auch AF 2.3, 3.2) steht die künftige Zusammenarbeit mit den übrigen Kantonen der Nordwestschweiz im gesamten Hochschulbereich im Vordergrund. Die Universität Basel steht in erster Linie auf Grund der schwierigen Positionierung innerhalb der schweizerischen Universitätslandschaft vor grossen Herausforderungen. Dies gilt insbesondere für die Humanmedizin und den *life-science-orientierten Schwerpunkt der Naturwissenschaftlichen Fakultät* (siehe AF 2.3). Der Medizinischen Fakultät steht in den nächsten Jahren ein Akkreditierungsprozess bevor. Eine erfolgreiche Akkreditierung ist für die Weiterführung von Lehre und Forschung in unserer Region von existentieller Bedeutung.

Ziele

Für Universität und Fachhochschulen streben wir in den kommenden Jahren *die erweiterte und verstärkte Trägerschaft an*. Die Hochschulen sollen erfolgreich positioniert werden.

Massnahmen

Bis Ende 2002 soll zwischen den Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft ein verbindliches Modell für eine gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel festgelegt werden. Im Zusammenhang mit der Verfestigung der Zusammenarbeit innerhalb der Fachhochschule Nordwestschweiz werden mit den Kantonen Solothurn und Aargau Verhandlungen aufgenommen, deren Ziel es ist, eine den ganzen Hochschulbereich umfassende Trägerschaft zu bilden (siehe auch AF 2.3).

Eine erfolgreiche Positionierung der Hochschulen – insbesondere der Universität – im internationalen Wettbewerb erfordert Mittel in einem Ausmass, das die bikantonale, geschweige denn die kantonale, Leistungsfähigkeit sprengt. Der Bund muss deshalb im Interesse des schweizerischen Lehr- und Forschungsstandorts sein finanzielles Engagement an den kantonalen Universitäten markant erhöhen. Seitens der beiden Basel – längerfristig der ganzen Nordwestschweiz – muss alles unternommen werden, um eine Marginalisierung der regionalen Hochschulen im gesamtschweizerischen Umfeld zu verhindern. Für den Wirtschafts- und Forschungsstandort Basel ist die Universität mit all ihren sechs Fakultäten von erstrangiger Bedeutung. Ausser der Sicherung der bestehenden Angebote stehen dabei Entwicklungen in Lehre (z.B. Einrichtung des Bachelor-Master-Systems, Mittelbauförderung) und Forschung (z.B. weiterer Ausbau der Life Sciences oder auch Gender Studies) im Vordergrund. Dies bedingt eine Erhöhung der Betriebsmittel, die der Kanton Basel-Stadt allerdings nicht alleine aufbringen kann. Im Zusammenhang mit dem zusätzlichen Finanzbedarf soll auch eine Lösung für die langfristige Sicherung der Investitionen der Universität gefunden werden. Eine schleichende Auszehrung unserer Hochschulen würde sich für die gesamte Region nachteilig auswirken.

Die Medizinische Fakultät strebt die erfolgreiche Akkreditierung als Lehr- und Forschungsstätte an (siehe auch AF 5.4). Dies setzt eine stärkere Handlungsfähigkeit voraus. Deswegen müssen die Organisation und Finanzierung der Fakultät neu geregelt werden. Die nicht patientenbezogenen Teile der Fakultät sollen organisatorisch und finanziell in die Universitätsstrukturen integriert werden; die patientenbezogenen universitären Einrichtungen (Kliniken und Institute) sollen hingegen im Einflussbereich des baselstädtischen Sanitätsdepartements bzw. der basellandschaftlichen Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion verbleiben.

3.4 Staatshaushalt

Ausgangslage

Volkseinkommen und Steuerbelastung sind in Basel-Stadt sehr hoch (siehe auch Kapitel 2.3). Die Kombination der höchsten Steuereinnahmen pro Kopf der Bevölkerung aller Kantone und der sowohl im regionalen als auch im Städtevergleich hohen Steuerbelastung bedeutet einen Standortnachteil, auch wenn die damit finanzierten Leistungen unseres Zentrums Kantons in manchen Bereichen höchste Qualität aufweisen. Die Steuereinnahmen aus Einkommen der natürlichen Personen stagnieren in Basel-Stadt trotz guter Konjunkturlage seit Jahren. Real betrachtet sind sie gar leicht rückläufig (seit 1993 rund -1 Prozent pro Jahr). Die gute Entwicklung der Gesamtsteuereinnahmen ist insbesondere auf den börsenbedingten Anstieg bei den Vermögenssteuern und die konjunkturell stark prozyklischen Gewinnsteuern der juristischen Personen zurückzuführen. Wir können uns auf diese speziellen Umstände mittelfristig nicht verlassen. Auch das Ausgabenvolumen, das unter anderem stark geprägt ist durch die Tatsache, dass Basel-Stadt ein Stadtkanton ist, ist sehr gross. Die Defizite der vergangenen Jahre summierten sich per Ende 2001 zu einem Bruttoschuldenberg von 5.7 Milliarden Franken oder 30'000 Franken pro Kopf der Bevölkerung. Die Zinszahlungen von rund 200 Millionen Franken pro Jahr engen den finanziellen Handlungsspielraum unseres Kantons ein. Sollte sich die Schuldensituation weiter verschlechtern, ist zu befürchten, dass die Refinanzierung teurer wird, da die Gläubiger eine zusätzliche Risikoprämie verlangen könnten.

Aktuelle Situation

Die gegenüber den 90er Jahren konjunkturell geprägt besseren Abschlüsse der Jahre 1999 bis 2001 – das Jahr 2002 wird bereits wieder schwieriger – dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der baselstädtische Finanzhaushalt immer noch mit strukturellen Problemen zu kämpfen hat. Aufgrund der Sanierungsmassnahmen der 90er Jahre und der guten Konjunktorentwicklung konnte zwar in den letzten Jahren eine Trendwende erreicht werden, doch im Vergleich mit anderen Kantonen liegen bei uns Steuerbelastung, Ausgabenniveau sowie Schuldenquote (Schuld im Verhältnis zum Volkseinkommen) immer noch an der Spitze, oder aber deutlich über dem Durchschnitt. *Mit einem moderaten Ausgabenwachstum strebt der Regierungsrat mittelfristig mindestens ausgeglichene Haushaltsergebnisse und eine tragbare Verschuldung an. Diese Zielsetzung stellt zur Zeit – wie bereits der Abschluss 2001 und die Entwicklung im laufenden Jahr zeigen – aufgrund von neuerdings erwarteten grösseren Belastungen im Bereich der Pensionskassenfinanzierung (neues Pensionskassengesetz) und des Gesundheitswesens eine grosse Herausforderung dar und zwingt zu einer sehr restriktiven Ausgabenpolitik.*

Ziele

Oberstes Ziel des Staatshaushaltes ist es, eine nachhaltige Entwicklung der Staatsfinanzen sicherzustellen, um langfristig finanzielle Handlungsspielräume zu schaffen bzw. zu erhalten. Dies erfordert eine nachhaltige Entwicklung der Einnahmen und der Ausgaben. Basel-Stadt muss folglich für sein Steuersubstrat ein attraktiver Standort sein. Mit den Massnahmen, die wir im Rahmen des Aktionsprogramms Stadtentwicklung Basel (APS) bereits ergriffen haben und noch ergreifen werden, haben wir bereits Einiges zur langfristigen Sicherung der Steuereinnahmen von natürlichen Personen getan. Weiter müssen die staatlichen Leistungen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates entsprechen; das heisst, die Ausgaben müssen im langjährigen Mittel in einem ausgeglichenen Verhältnis zu den Einnahmen stehen. Nur so kann die Schuldenquote etwas reduziert, zumindest aber stabilisiert werden.

Auf der Einnahmenseite muss die Steuerbelastung weiterhin tendenziell gesenkt werden. Die Zentrumsleistungen, die Basel-Stadt auch zugunsten des Umlandes erbringt, müssen vermehrt abgegolten werden. Dies betrifft vorab die Bereiche Bildung, Kultur und Gesundheit. Diese Zentrumsleistungen können von Basel-Stadt nicht mehr im heutigen Mass getragen werden. Im Interesse der Region mit einem gesunden Zentrum mit Infrastrukturen auf dem im Standortwettbewerb geforderten Niveau gilt es, auf dem Weg finanzieller Partnerschaften weiter voranzukommen.

Massnahmen

Der Politikplan ist unter anderem ein wichtiger Schritt hin zu einer integralen mittelfristigen Planung von Finanzen und Leistungen im Kanton Basel-Stadt. Er zeigt auch die finanziellen Handlungsspielräume und Engpässe unter Berücksichtigung der zukünftig erwarteten Entwicklungen auf.

Um eine Ausgabenpolitik zu vermeiden, die sich ausschliesslich am stark konjunkturell geprägten Verlauf der Einnahmen orientiert, sollen die Ausgaben künftig von den Einnahmen abgekoppelt werden. Um dies zu erreichen, wurde im vergangenen Jahr ein Modell für eine Schuldenbremse entwickelt. Die entsprechende Vorlage wird zur Zeit (August 2002) von der Finanzkommission geprüft (siehe RF 8.2).

Eine flächendeckende Umsetzung von NPM wird die operative Führung der gesamten Verwaltungstätigkeit und der externen Leistungserbringer über Globalbudgets und entsprechende Leistungsvereinbarungen ermöglichen. Damit wird die Idee der wirkungsorientierten Verwaltungsführung konsequent auf der Ebene der politischen Steuerung wie auch der konkreten Leistungserbringung umgesetzt (siehe RF 8.2).

Zudem werden Verhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft über eine nutzenäquivalente Abgeltung der Kosten der Universität inklusive der Medizinischen Fakultät geführt (siehe Kapitel 3.3 und AF 2.3).

4. Die Politikbereiche

In diesem Kapitel werden die grossen Linien der baselstädtischen Politik gezeichnet. Zunächst werden, da die aktuelle Kantonsverfassung praktisch nichts darüber aussagt, die grundsätzlichen politischen Ziele des Kantons Basel-Stadt geschildert. Sie stellen die oberste Maxime und Rechtfertigung für staatliches Handeln der kantonalen Verwaltung dar. Danach werden die staatlichen Aktivitäten grob in sieben sogenannte Politikbereiche aufgeteilt und die Ziele in diesen Bereichen vorgestellt. Diese Oberziele dienen auch der Festlegung der Ziele der einzelnen Aufgabenfelder (siehe Kapitel 5).

4.1 Staatliches Gesamtziel

Das Ziel des staatlichen Handelns im Kanton Basel-Stadt ist, die Wohlfahrt der hier lebenden Bevölkerung zu fördern. Die Wohlfahrt ist optimal, wenn die Einwohnerinnen und Einwohner ihre Stärken entfalten können und bei Schwächen, soweit diese einen wesentlichen Nachteil darstellen, Hilfe und Unterstützung erhalten. Wohlfahrt bedingt ebenfalls, dass die physische, psychische und gesellschaftliche Integrität aller Einwohnerinnen und Einwohner bis zu einem bestimmten Niveau gewährleistet ist. Um diese Ziele zu erreichen, legt der Kanton die geeigneten rechtlichen Rahmenbedingungen fest und setzt diese durch. Er gewährleistet im Rahmen des Rechtsstaates die Freiheit und baut auf die Selbstverantwortung jedes Einzelnen sowie auf dessen Engagement für die Gemeinschaft. So sorgt der Kanton dafür, dass sich die Bevölkerung ihren Stärken und Neigungen entsprechend entfalten kann. Der Kanton fördert die Chancengleichheit, die Integration und die Mitwirkung in der Gesellschaft.

Der Kanton bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft. Er greift dort korrigierend ein, wo der freie Markt wichtige Güter nicht in der gesellschaftlich erwünschten Menge und/oder Qualität bzw. nicht zum gesellschaftlich erwünschten Preis zur Verfügung stellt. Er schützt und unterstützt die wirtschaftlich Schwachen.

Der Regierungsrat bekennt sich grundsätzlich zu einem hochstehenden Leistungsniveau. Dieses kann allerdings nicht in sämtlichen Gebieten über dem schweizerischen Durchschnitt und nur in ganz wenigen, bewusst gewählten Bereichen auf internationalem Spitzenniveau liegen. Zudem darf die Steuerbelastung mittel- bis langfristig nicht wesentlich über dem schweizerischen Mittelwert liegen und der Staatshaushalt muss langfristig gesund sein.

Der Regierungsrat will, dass die Verwaltung ihre Leistungen kostenbewusst und kundengerecht erbringt. Die Verwaltung soll – auch bei Zwangsleistungen – als angenehmer und fairer Partner empfunden werden.

4.2 Recht und Sicherheit

Die Bevölkerung soll in Frieden, Sicherheit und Menschenwürde leben können.

Das **Recht** dient dazu, die Friedensordnung aufrechtzuerhalten und allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Die kantonale Rechtsordnung verschafft allen Personen, die in ihren Geltungsbereich fallen, die ihnen zukommenden Rechte *und auferlegt ihnen die für ein funktionierendes Gemeinwesen notwendigen Pflichten*. Die kantonale Rechtssetzung passt sich an das Bundesrecht und das internationale Recht an und beachtet die Rechtsordnungen der benachbarten Gemeinwesen. *Sie berücksichtigt aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und schafft die hierfür notwendigen Rahmenbedingungen*. Das kantonale Recht soll zu einer verlässlichen Gesellschaftsordnung beitragen, in der unser Gemeinwesen sozial und wirtschaftlich gedeihen kann. Die Rechtsanwendung durch die Verwaltung in Basel-Stadt ist rechtsstaatlich, verhältnismässig und bürgerfreundlich. Die Verwaltung sorgt für einen an den Grundrechten und am Vertrauensprinzip orientierten, willkürfreien Gesetzesvollzug. Dieser ist im Rahmen der rechtsstaatlichen Vorgaben effizient und effektiv ausgestaltet. Die Rechtsprechung wird durch Gerichte wahrgenommen, die von der Kantonsverfassung und dem Gesetz vorgesehen sind. Die Gerichte sorgen im Rahmen ihrer Rechtsprechung für die Aufrechterhaltung des Rechtsfriedens und für die Rechtsfortbildung.

Frieden, **Sicherheit** und Menschenwürde werden geschützt. Die Polizei ist an rechtsstaatliche Grundsätze gebunden und verhält sich bürgerfreundlich und der Situation angemessen. Sie arbeitet mit den Polizeikräften der benachbarten Gemeinwesen zusammen. Der Kanton verfolgt Straftaten und sorgt für einen humanen Strafvollzug. Das Ziel der Sicherheitspolitik ist es, die öffentliche Ordnung und Sicherheit, die öffentliche Ruhe, die öffentliche Gesundheit, die öffentliche Sittlichkeit sowie Treu und Glauben im Geschäftsverkehr zu schützen. Basel-Stadt legt bei seiner Sicherheitspolitik spezielles Gewicht auf Bereiche, in denen die absoluten Rechtsgüter Leib, Leben und Eigentum – wie etwa bei Verbrechen, Strassenverkehrsdelikten, bei Bränden, bei Umweltverschmutzungen oder bei Erdbeben – besonders gefährdet sind. Auch das Sicherheitsgefühl der Einwohnerinnen und Einwohner soll, vor allem auch durch eine bürgerfreundliche Polizeipräsenz, gestärkt werden. Die Polizei in Basel-Stadt soll in einem engen Kontakt mit der Bevölkerung stehen. So können Einwohnerinnen, Einwohner und Polizei partnerschaftlich zusammenwirken und die Probleme auf lokaler Ebene gemeinsam angehen (Community Policing). Der Kanton fördert insbesondere auch präventive Massnahmen, um Gewalt zu verhindern sowie die Sicherheit zu erhalten und zu erhöhen.

4.3 Wirtschaft

Der Kanton Basel-Stadt setzt sich im Rahmen der vom Bund garantierten Wirtschaftsfreiheit und Eigentumsgarantie für eine nachhaltige Sicherung des Wohlstands der Bevölkerung ein. Er greift in der Regel nicht aktiv in das Wirtschaftsgeschehen ein, sondern konzentriert seine Wirtschaftsförderung auf das Schaffen und Erhalten von attraktiven, im Vergleich zu anderen Standorten im In- und Ausland überdurchschnittlichen Rahmenbedingungen. Er unterstützt den Bedarf der Wirtschaft an qualifizierten Arbeitskräften durch das Bereitstellen von sehr guten Ausbildungsstätten und einer kundenfreundlichen Arbeitsmarktbehörde. Er setzt sich dafür ein, dass möglichst viele Menschen in der Wirtschaft eine existenzsichernde Arbeit finden und fördert die Sozialpartnerschaft zwischen Unternehmen und Arbeitnehmenden. Er setzt sich auch für die Erhaltung und den weiteren Ausbau der nationalen und internationalen Verkehrsanbindung ein und erbringt generell qualitativ hoch stehende Infrastrukturdienstleistungen, damit die Wirtschaft in einem optimalen Umfeld gedeihen kann.

Der Kanton Basel-Stadt bekennt sich ausdrücklich zum Forschungs- und Produktionsstandort Basel im Bereich der chemisch-pharmazeutischen Industrie und der Biotechnologie. Ausbildungs- und Forschungsstätten in diesem Bereich werden besonders gefördert. Weitere Schlüsselbranchen für Basel stellen auch weiterhin die Finanz- und Versicherungswirtschaft, die Logistik und das Messe- und Kongresswesen dar, die im internationalen Wettbewerb erfolgreich agieren. Daneben ist es für einen lebendigen und zukunftsgerichteten Wirtschaftsstandort von grosser Bedeutung, dass ein starkes Gewerbe und innovative, wertschöpfungsstarke Unternehmen auch aus anderen Branchen in Basel überdurchschnittliche Rahmenbedingungen vorfinden. Mit der Förderung des Netzwerks zwischen Forschung, Ausbildung und Wirtschaft sowie dem Bereitstellen von Infrastruktur und Beratung leistet der Kanton Aufbauhilfe für neue, innovative Wirtschaftsbetriebe mit hoher Wertschöpfung, insbesondere im Bereich der Life Sciences, Informationstechnologie sowie Energietechnik (Alternativenergien, Energieeffizienzsteigerung).

Im Bereich des Service Public greift der Kanton direkt in den Markt ein und erbringt Leistungen im Bereich der Bereitstellung von Wasser und leitungsgebundener Energie, beim öffentlichen Verkehr sowie im Bildungs- und Gesundheitswesen. Der Kanton sorgt dafür, dass die Stärken der Wirtschafts- und Tourismusregion Basel nach innen und aussen offensiv und professionell kommuniziert werden. Im Bereich des Standortmarketing arbeitet er eng mit dem Kanton Basel-Landschaft zusammen.

4.4 Bildung und Kultur

Bildung und Kultur sind entscheidende Standortfaktoren für Basel-Stadt. Ein breites und qualitativ hoch stehendes Angebot in beiden Bereichen trägt dazu bei, die Attraktivität des Kantons als Wohn- und Arbeitsort zu erhalten und punktuell zu steigern.

Das **Bildungswesen** vermittelt Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine Bildung nach Massgabe ihrer Fähigkeiten und Interessen. Es soll die Entwicklung zur mündigen, toleranten und verantwortungsbewussten Persönlichkeit und die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen fördern. Das Bildungswesen soll zudem die Grundlage für das Zusammenleben in Gesellschaft und Demokratie sowie für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Einzelnen legen. Die Bildungschancen im Kanton Basel-Stadt sind gleich, unabhängig von Geschlecht, sozialer oder kultureller Herkunft, Religion und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit der Auszubildenden bzw. deren Eltern. Der Kanton fördert Schülerinnen und Schüler gleichermaßen. Der Unterricht erfolgt grundsätzlich gemeinsam. Basel-Stadt fördert die Aus- und Weiterbildung bildungsbenachteiligter Gruppen und die Integration aller Kinder und Jugendlichen. Behinderte erhalten ein auf ihre besondere Situation ausgerichtetes Angebot. An den staatlichen Schulen gewährleistet der Kanton einen konfessionell und politisch neutralen Unterricht. Der Besuch der staatlichen Kindergärten und Schulen ist unentgeltlich; der Besuch einer Ausbildung auf Tertiärstufe ist kostengünstig. Im Gegensatz dazu sind jedoch Weiterbildungsangebote – mit sozialpolitisch begründeten Ausnahmen – grundsätzlich durch die Nutzerinnen und Nutzer zu finanzieren.

Basel-Stadt koordiniert sein Bildungsangebot insbesondere mit den übrigen Kantonen der Nordwestschweiz. Im Hochschulbereich strebt der Kanton eine Ausdehnung und Vertiefung der Trägerschaften an (siehe dazu auch Kapitel 3.3). Basel-Stadt überprüft die Bildungsangebote regelmässig auf ihre Qualität und die Organisation des Schulsystems auf seine Zweckmässigkeit. Der Kanton fördert die kontinuierliche Weiterentwicklung der Schulen sowie die Durchlässigkeit zwischen den und innerhalb der Bildungsstufen.

Das reiche **kulturelle Angebot** hat Basel Format und Ansehen verliehen. Der Kanton Basel-Stadt will die kulturelle Tradition Basels in die Zukunft tragen und kontinuierlich mit neuen Impulsen versehen. Das Basler Kulturschaffen und dessen Vermittlung soll über Kantons- und Landesgrenzen hinaus wirken. Ein qualitativ hochstehendes kulturelles Leben in Basel-Stadt ist eine Bereicherung für die gesamte Region, für ihre Bevölkerung und ihre Wirtschaft. Nicht zuletzt deswegen ist Basel-Stadt auch auf eine angemessene Kooperationsbereitschaft seitens von Basel-Landschaft angewiesen.

Der Kanton unterstützt Kulturinstitutionen, deren (Haupt-)Tätigkeiten in einem marktähnlichen Umfeld nicht überlebensfähig wären. Die unterstützten Institutionen müssen im Austausch mit der Region stehen, von Zeit zu Zeit internationale Standards setzen und einen spezifischen Leistungsauftrag erfüllen. Besondere Unterstützung erhalten die Institutionen der Sparten Kunst und Musik. Neben den Kulturinstitutionen unterstützt der Kanton zeitgenössische Kulturprojekte. Bei der Projektförderung stehen insbesondere das Reaktionsvermögen auf neue Kunstformen und -inhalte im Vordergrund. Die öffentliche Kulturförderung kann so das freie Kunst- und Kulturschaffen kontinuierlich stützen. Als primäres Förderungskriterium gilt die Eigenständigkeit der künstlerischen Form und ihres Inhaltes. Die Projekte sollen durch die Arbeiten selbst oder deren Präsentation einen Bezug zu Basel haben.

Wichtige Kantonsaufgaben liegen auch in der Stadtarchäologie und im Denkmalschutz, welche die eigene Geschichte erfahrbar machen. Die Erhaltung des baulichen Erbes soll unter Berücksichtigung der Ansprüche an eine lebendige Stadt erfolgen.

4.5 Gesundheit

Physische und psychische Gesundheit ist ein grundlegendes Bedürfnis des einzelnen Individuums wie auch ein gesellschaftliches Anliegen. Deswegen liegt es sowohl im persönlichen Interesse als auch im Interesse des Gemeinwesens, das körperliche oder geistige Wohlbefinden zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Der Gesundheitszustand wirkt sich direkt auf das Zusammenleben, aber auch auf die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung aus. Basel-Stadt setzt sich konsequent für die Erhaltung, Förderung sowie die Wiederherstellung der Gesundheit – daneben aber auch für die Pflege und Betreuung der Chronischkranken und Betagten – ein und sieht die dafür erforderlichen finanziellen Mittel vor.

Grundsätzlich trägt jeder Mensch selbst die Verantwortung für seine eigene Gesundheit und beeinflusst diese weitgehend durch sein Verhalten und seine Gewohnheiten. Basel-Stadt will diesbezüglich die Bewohnerinnen und Bewohner mit Information und Beratung zu Prävention und Gesundheitsförderung sensibilisieren, sie in ihrer gesundheitsbewussten Haltung bestärken und unterstützen. Der Kanton sorgt mit geeigneten Massnahmen auch für ein gesundheitsfreundliches Umfeld. Dazu gehören insbesondere eine intakte Umwelt, Sicherheit im Strassenverkehr und Schutz vor Gewalt, aber auch beispielsweise die Förderung sportlicher Betätigung in der Schule oder auf dem Sportplatz.

Basel-Stadt setzt sich zum Ziel, für kranke und verunfallte Menschen eine quantitativ ausreichende und qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung bereitzustellen, die auch künftig insgesamt finanzierbar und für das Individuum erschwinglich bleibt. Im Spitalbereich steht die nachhaltige Sicherung der Zentrumsfunktionen Basel-Stadts für die Region Nordwestschweiz als Hauptaufgabe im Vordergrund. Der Medizinischen Fakultät und den Universitätskliniken soll eine Weiterentwicklung ermöglicht werden. Dafür ist es unerlässlich, die Trägerschaft zu regionalisieren und das Einzugsgebiet zu vergrössern.

4.6 Soziale Sicherheit

Soziale Sicherheit ist dann erreicht, wenn im Zusammenspiel von Eigenverantwortung und gegenseitiger Solidarität sich jedes Mitglied der Gesellschaft optimal entfalten und in einem fruchtbaren Austausch mit der Gesamtgesellschaft stehen kann. Sind diese Entwicklung und dieser Austausch auf Grund innerer oder äusserer Gegebenheiten gefährdet, helfen der Kanton und die Gemeinden bei der Beseitigung bestehender Hindernisse und bei der Suche nach individuellen Lösungswegen. Sie sorgen dafür, dass jedes Mitglied der Gesellschaft unabhängig von seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ein menschenwürdiges Leben führen kann.

Basel-Stadt garantiert die grundlegenden sozialen Sicherungssysteme nach Bundesrecht. Diese werden ergänzt durch ein subsidiäres System, das den materiellen Bedürfnissen der Bevölkerung ebenso Rechnung trägt wie dem individuellen Bedarf nach Beratung, Begleitung und Betreuung. Der Kanton fördert Strukturen, welche die materielle Unabhängigkeit und die individuelle Selbstbestimmung, die berufliche und soziale Integration und die Chancengleichheit der Einwohnerschaft erhalten und stärken. Basel-Stadt legt im Bereich der sozialen Sicherheit besonderes Gewicht auf Massnahmen, welche die Eigenkräfte und die Leistungsfähigkeit seiner Einwohnerinnen und Einwohner im Interesse der Einzelnen und der Gesamtgesellschaft verstärken und nutzbar machen. Zudem fördert der Kanton die Koordination und Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren im Bereich der sozialen Sicherheit.

4.7 Stadt und Verkehr

Die Entwicklung *des Kantons Basel-Stadt* soll die Lebensqualität der Bevölkerung erhalten und erhöhen. Die staatliche und private Bautätigkeit soll qualitativ hochstehend und nachhaltig sein. Bei der Gestaltung der öffentlichen Räume werden Aspekte der Sicherheit, Gestaltung und Sozialpolitik berücksichtigt.

Die Basler Innenstadt soll ihren historischen Charakter bewahren und sich gleichzeitig als Zentrum eines breiten kulturellen Lebens der Region weiterentwickeln. In den Quartieren soll die **Wohnqualität** verbessert werden. Indem Wohnungen zusammengelegt, Gebiete umgezont und Industrieareale sowie Büroräumlichkeiten umgenutzt werden, soll zusätzlicher qualitativ hochstehender Wohnraum geschaffen werden. Mit attraktiven Rahmenbedingungen, auch im Bereich der Stadtgestaltung, werden in enger Zusammenarbeit mit den Partnern aus Industrie und Wirtschaft gute Nutzungs- und Erschliessungsbedingungen für alle geschaffen.

Bestehende **Grünanlagen** werden aufgewertet und ergänzt. Geeignete Grünräume werden mittels Alleen, Grünverbindungen, Hinterhofaufwertungen sowie Fassaden- und Dachbegrünungen vernetzt. In der Innenstadt werden geeignete Flächen für Freizeitaktivitäten und attraktive Aufenthaltszonen zur Verfügung gestellt. Für Grossanlässe wie Herbstmesse, Zirkusse, Märkte und Kulturevents werden geeignete Räume definiert, zur Verfügung gestellt und mit Infrastruktur ausgestattet.

Von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der Stadt, des Kantons und der Agglomeration ist die **Verkehrspolitik**. Verkehrsachsen wirken als Bindeglied zwischen den städtischen Räumen. *Die Erreichbarkeit der Quartiere und die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger stellen wichtige Standortfaktoren dar.* Gleichzeitig beeinträchtigt der Verkehr vielfach die Wohn- und Umweltqualität (Trennwirkung, Luft- und Lärmbelastung, Flächenverbrauch).

Die Koordination der Verkehrspolitik mit den Nachbarkantonen und dem Bund sowie der weitere Ausbau der verkehrlichen Infrastruktur im trinationalen Raum sind wichtige Grundlagen für die Entwicklung des Kantons. In diesem Zusammenhang verfolgt der Regierungsrat die folgenden Ziele: Stadtgerechte Verkehrsarten (Fussgänger, Velo, öffentlicher Verkehr) werden gezielt gefördert; dies reduziert den Flächenverbrauch des Verkehrssystems und unterstützt eine ausgewogene Verteilung von Wohn-, Arbeits-, Grün-, Erlebnis- und Verkehrsflächen. Der flächenintensive motorisierte Individualverkehr wird so kanalisiert und bewirtschaftet, dass der Flächenverbrauch limitiert und vorhandene Fahrbahn- und Parkierungsflächen optimal ausgenutzt werden. Um das Gesamtsystem zu verbessern, werden die verschiedenen Verkehrsmittel zu Transportketten vernetzt. Dabei wird die freie Wahl des Verkehrsmittels respektiert und die Anforderungen des gewerblich notwendigen Verkehrs an die Erreichbarkeit berücksichtigt, gleichzeitig aber ein Anreiz zum Umsteigen auf menschen- und umweltgerechte Verkehrsarten geschaffen. Die Umweltlasten des Verkehrs (Luftverschmutzung, Lärm und Energieverbrauch) werden gesamthaft minimiert. Die besonders unfallgefährdeten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer (Fussgängerinnen und -gänger, Velofahrende) werden geschützt und die Häufigkeit tödlicher und schwerer Verletzungen weiter vermindert.

Die Verkehrspolitik wirkt der Verslumung von Strassen und Plätzen durch übermässige Verkehrslasten entgegen. Sie nimmt besonders Rücksicht auf die Bewegungsbedürfnisse der Kinder und Jugendlichen sowie der Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Das Gesamtverkehrssystem ist volkswirtschaftlich effizient und für die Allgemeinheit finanziell tragbar. Mittels einer entsprechenden Preisgestaltung werden Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer vermehrt dazu ermuntert, ein ökonomisch effizientes Verkehrsmittel zu wählen. Der optimierte Flächenverbrauch des Verkehrssystems trägt dem ökonomischen Wert des städtischen Raumes Rechnung.

4.8 Zusammenarbeit mit kantonalen, schweizerischen und ausländischen Partnern

Der Kanton Basel-Stadt ist in hohem Masse durch seine Grenzlage geprägt. Die Einwohnerinnen und Einwohner der Region Basel sollen durch die politischen Grenzen nicht in ihren Entfaltungsmöglichkeiten beschnitten werden. Um Hindernisse abzubauen, welche die Lebensqualität einschränken oder den Alltag der Menschen erschweren, beispielsweise bei der Arbeits- und Wohnungssuche oder bei der Eröffnung eines eigenen Geschäfts, hat der Kanton Basel-Stadt gute grenzüberschreitende Beziehungen mit seinen Nachbarn dies- und jenseits der Landesgrenzen aufgebaut. Diese grenzüberschreitenden Beziehungen sollen zum Vorteil aller Partner vertieft werden. Regionale Zusammenarbeit führt häufig dazu, dass die Kosten einer Leistung nicht dort anfallen, wo auch die Nutzniesser der Leistung sind. Deshalb setzt sich der Kanton Basel-Stadt dafür ein, dass die Abgeltung für grenzüberschreitend erbrachte staatliche Leistungen für alle involvierten Gemeinwesen fair ist.

Ziel der regionalen Partnerschaft ist es, in allen wichtigen Fragen und Aufgaben eine fruchtbare Koordination oder Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinwesen zu erreichen, um damit Synergieeffekte zugunsten aller Partner zu erreichen. So drängen sich gerade für den Stadtkanton Basel-Stadt Kooperationen und Partnerschaften auf, etwa in den Bereichen Verkehr, Raumordnung, Umweltschutz, Gesundheitswesen oder Bildung und Kultur. Unter den verschiedenen grenzüberschreitenden Beziehungen, die Basel-Stadt pflegt, ist diejenige zum Kanton Basel-Landschaft besonders wichtig. *Von grosser Bedeutung ist die Zusammenarbeit im Bereich der Fachhochschulen und der Universität. Beispiele für aktuelle neue Kooperationsbestrebungen sind die Prüfung eines Zusammenschlusses der Rheinhäfen und die Entwicklung einer gemeinsamen Spitalplanung.*

Der Kanton Basel-Stadt arbeitet auch mit nicht benachbarten Schweizer Partnern zusammen, etwa aufgrund von bestehenden Konkordaten (z.B. Strafvollzug, Polizeiwesen) oder im Rahmen der Konferenz der Kantonsregierungen und Fachdirektorenkonferenzen.

Auch die Zusammenarbeit mit Partnern jenseits der Landesgrenze (z.B. im Rahmen der Oberrheinkonferenz und des EU-Förderprogrammes INTERREG) wie auch mit nicht benachbarten Regionen in Europa und den Vereinigten Staaten (z.B. Massachusetts) hat für Basel-Stadt grosse Bedeutung.

Die Umsetzung der bilateralen Abkommen mit der EU bedeutet für den Kanton Basel-Stadt, dass er dank des Abbaus von Grenzhemmnissen näher mit seinen Nachbarn zusammenrückt. Impulse sind vor allem von den Vereinbarungen zum freien Personenverkehr, zum öffentlichen Beschaffungswesen und im Bereich Transitverkehr zu erwarten.

Der Kanton Basel-Stadt will zusammen mit der Region durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit an Gewicht gewinnen und sich so gegenüber dem Bund oder innerhalb eines Europas der (starken) Regionen besser Gehör verschaffen.

5. Die Aufgaben- und Ressourcenfelder

5.1 Einleitung

Die Felder

Der Politikplan umfasst 40 Aufgaben- und 8 Ressourcenfelder. Sie bilden zusammen die gesamte staatliche und staatlich finanzierte Tätigkeit Basel-Stadts ab. Die Aufgabenfelder beinhalten die aussengerichteten Tätigkeiten, deren Wirkung den Empfängerinnen und Empfängern in der Bevölkerung zugute kommt.

Die Aufgabenfelder halten die Departementsgrenzen ein; das heisst, dass jedes Aufgabenfeld einem Departement zugeordnet ist, das für diesen Tätigkeitsbereich die Federführung innehat. Selbstverständlich tragen daneben auch andere Departemente dazu bei, diese Aufgabe zu erfüllen. Im Interesse der Führungsfähigkeit wird in Kauf genommen, dass Bereiche, die von mehreren Departementen bearbeitet werden, organisatorisch nicht zusammengeführt werden.

Die Ressourcenfelder beinhalten jene Leistungen, die nicht direkt nach aussen gerichtet sind, jedoch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die in den Aufgabenfeldern genannten Tätigkeiten erfüllt werden können. Sie haben in der Regel keine Aussenwirkung, sondern stellen den aussengerichteten Aufgabenfeldern die notwendigen Ressourcen zur Verfügung.

Die folgende Zusammenstellung der Aufgaben- und Ressourcenfelder enthält für jedes Feld jeweils eine Beschreibung der Tätigkeit, eine Beschreibung der damit verfolgten politischen Ziele, die Nennung der wichtigsten Leistungserbringer, eine nicht abschliessende Liste von Projekten und Vorhaben sowie Angaben zu den Kosten. Inhaltlich bedeutende Änderungen gegenüber dem Politikplan 2002-2005 sind wie in den übrigen Kapiteln des Politikplans 2003-2006 *in kursiver Schrift gekennzeichnet*.

Bei der **Beschreibung** werden die zentralen Leistungen und die hauptsächlichen Leistungsempfängerinnen und -empfänger angegeben.

Die **politischen Ziele** umfassen die politisch wünschbaren Zustände oder Änderungen in der Gesellschaft und in der natürlichen Umwelt, die durch die staatlichen – oder staatlich finanzierten – Leistungen erzielt werden sollen. Es handelt sich dabei um absolute Ziele, die Basel-Stadt im Rahmen seiner Möglichkeiten zu verwirklichen sucht. Die Formulierung dieser Ziele erwies sich als äusserst schwierig, klingt doch auf dieser hoch aggregierten Ebene eine Zielumschreibung rasch zu allgemein und – zumindest scheinbar – selbstverständlich. Erst auf der nächsttieferen Ebene (Produktgruppen bzw. Produkte) werden die Ziele dann konkret und verbindlich. Dennoch wurde versucht, die Ziele möglichst greifbar zu formulieren, damit sie als Orientierungspunkte zur Erfüllung der Staatsaufgaben dienen können.

Die politischen Ziele sind Ziele im Hinblick auf eine Wirkung ausserhalb der Verwaltung. Deswegen finden sich bei Ressourcenfeldern nur dort politische Ziele, wo die Tätigkeit auch mit einer Aussenwirkung verbunden ist. Die Formulierungen der politischen Ziele werden wohl, insbesondere auch im Zuge der Einführung von NPM in der ganzen Verwaltung, Änderungen erfahren.

Nicht bei allen Zielen kann die Wirkung objektiv gemessen werden. Die subjektiv empfundene Wirkung kann mit Befragungen von Einwohnerinnen und Einwohnern überprüft werden. *Deswegen werden im Kanton Basel-Stadt vom Frühjahr 2003 an alle zwei Jahre Bevölkerungsbefragungen durchgeführt, die auch als Controllinginstrument zum Politikplan dienen sollen.* Aus ihren Resultaten lässt sich ableiten, in welchen Bereichen der Verwaltungstätigkeit Anpassungen angestrebt werden sollten.

Bei den **Leistungserbringern** werden die Dienststellen und die wichtigsten externen Leistungserbringer aufgelistet. Da der Politikplan ein Planungsinstrument des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt ist, sind diejenigen Institutionen, die beispielsweise im Auftrag der Land- oder Bürgergemeinden Tätigkeiten wahrnehmen, nicht verzeichnet (siehe auch die Liste mit den wichtigsten Leistungserbringern, Kapitel 7).

Unter **Projekte und Vorhaben** werden bisherige, neue bzw. abgeschlossene Massnahmen beschrieben. *Im Sinne einer konsequenten Wirkungssicht wird bei den einzelnen Projekten und Vorhaben versucht, jeweils auch die damit angestrebten Ziele zu benennen. Die Massnahmen mit dem Vermerk «bisher» waren bereits in der letztjährigen Ausgabe des Politikplans aufgeführt und werden noch geplant bzw. sind noch im Gange. Die Planung bzw. Umsetzung der neuen Projekte und Vorhaben (Vermerk «neu») wird nun an die Hand genommen. Diese sind zum ersten Mal im Politikplan aufgeführt und sollen im Verlauf der nächsten vier Jahre umgesetzt oder eingeleitet werden. In der Rubrik Projekte und Vorhaben sind – in kleinerer Schrift – auch jene Projekte und Vorhaben aufgeführt, die schon im Politikplan 2002–2005 verzeichnet waren und bereits abgeschlossen werden konnten (Vermerk «abgeschlossen»).* Eines der wichtigsten Projekte der baselstädtischen Verwaltung besteht in der verwaltungsweiten Einführung von NPM. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurde darauf verzichtet, diese Massnahme in allen Feldern einzeln aufzuführen.

Die Liste der Projekte und Vorhaben in den einzelnen Aufgaben- und Ressourcenfeldern kann und will nicht abschliessend sein, da aktuelle Entwicklungen auch weitere Projekte oder Vorhaben erforderlich machen können. Gerade kürzerfristig geplante Vorhaben können künftig jeweils in die jährlich überarbeiteten Ausgaben des Politikplanes aufgenommen werden. Die Auswahl der Projekte und Vorhaben wird denn auch von den Vorsteherinnen und -vorstehern der federführenden Departemente geprägt.

Jedes Feld enthält zudem Angaben zu den **Kosten**. Die Angaben in der Tabelle zeigen auf, wieviel die Erfüllung der Ziele, die in einem Aufgabenfeld genannt sind, den Kanton kostet. Um zur gewünschten Kostensicht zu gelangen, muss der Ordentliche Nettoaufwand (ONA; Differenz von Aufwand und Ertrag) mit den kalkulatorischen Positionen ergänzt werden. Diese enthalten Querschnittsleistungen sowie kosten-, aber nicht finanzwirksame Grössen. Die Querschnittsleistungen betreffen insbesondere Leistungen aus den Bereichen Informatik, Personal und Finanzen sowie der Departementsstäbe, welche Vorleistungen auf Departementsebene erbringen. Die kosten-, aber nicht finanzwirksamen Grössen sind die Abschreibungen sowie die kalkulatorischen Zinsen und Mieten. Die Investitionen sind bei den einzelnen Feldern nicht aufgeführt, die durch Investitionen ausgelösten Kapitalkosten jedoch sehr wohl (Liste der wichtigsten Investitionen siehe Kapitel 6, Tabelle 11). Bei einer Kostenrechnung führen Investitionen via Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen zu einer Erhöhung der jährlichen Kosten. Aus der Ergänzung des ONA um die kalkulatorischen Positionen ergibt sich der Saldo der Kosten-/Leistungsrechnung (KLR). Um zu den Vollkosten zu gelangen, gilt es in einem letzten Schritt, die Saldi der KLR der Ressourcenfelder auf die Aufgabenfelder umzulegen. Der Saldo der daraus resultierenden Vollkosten zeigt dann, wieviel die Erfüllung einer Aufgabe kostet.

Verbindlichkeit der Finanzzahlen

Die Erstellung einer Kostenrechnung kann nicht in allen Punkten exakt sein. Vielmehr fliesst insbesondere bei den kalkulatorischen Positionen immer ein gewisses Ermessen mit ein (z.B. bei der Bewertung von Anlagegütern). Trotzdem kommen die Vollkosten der Frage nach den wirklichen Kosten jener Tätigkeiten, die im Rahmen eines Aufgabenfeldes geleistet wurden, wesentlich näher als eine reine Finanzsicht.

Die im folgenden Kapitel abgebildete Vollkostenrechnung wird vor allem im Zuge der Einführung von NPM und den damit verbundenen dezentralen Kostenrechnungen in den nächsten Jahren laufend verfeinert werden. Die wichtigsten Änderungen in den Vollkosten einzelner Felder sind bei den Feldern jeweils kommentiert.

Bei den Aufgaben- und Ressourcenfeldern sind im Politikplan die finanziellen Planwerte von 2004 bis 2006 dargestellt. Diese Planung stellt weitgehend eine Fortschreibung des Budgets 2003 dar. Die für die Planung zuständige Behörde, der Regierungsrat, hat in der finanziellen Planung und Mittelverteilung bis anhin nicht mit den Aufgaben- und Ressourcenfeldern gearbeitet. *Es entspricht jedoch der Zielsetzung in der Finanz-*

planung, nicht nur die zur Verfügung stehenden Ressourcen gleichmässig fortzuschreiben, sondern im Sinne einer qualifizierten Zuteilung der Mittel auch eine Umverteilung von Ressourcen nach politischen Kriterien zu diskutieren und möglichst auch entsprechend vorzunehmen. Mit solchen Diskussionen, die eine sorgfältige Vorbereitung erfordern, beginnt der Regierungsrat im Laufe des Jahres 2002. Erste Erkenntnisse daraus und Antworten auf die Frage, ob überhaupt und wenn ja welche Aufgaben- bzw. Ressourcenfelder gezielt im Verhältnis zu den gesamten Ausgaben oder auch im Verhältnis zu anderen Aufgaben- bzw. Ressourcenfeldern mit Finanzen in korrigierter Höhe bestückt werden können, werden somit erst im nächsten Politikplan vorliegen. Diese Diskussionen werden wohl noch ergiebiger geführt werden können, wenn ab Budget 2004 die Zahlen auf Ebene Produktgruppen vorliegen werden.

Unabhängig vom Vorgehen bezüglich der Ressourcenzuteilung wird bei der Planung immer die Schwierigkeit bestehen, dass bei gegebenem Haushaltsziel schon in einem Zeitraum vom einen zum nächsten Budget – und erst recht über vier Jahre – neue, nicht vorhersehbare finanzielle Einflüsse hinzukommen. Diese können positiv und negativ sein. Je weiter der Planungshorizont, desto unverbindlicher müssen deshalb die Annahmen beurteilt werden. Dies gilt auch für die volkswirtschaftlichen Annahmen, die wir getroffen haben: Teuerung und Wirtschaftswachstum. Entwickeln sich diese anders als vorausgesagt – und dies wird aufgrund der Erfahrungen mit Sicherheit der Fall sein – dann ergeben sich auch für die Finanzplanung entsprechende Abweichungen. Dieser Ungenauigkeitsgrad führt ohne weiteres zu Abweichungen in zwei- bis dreistelliger Millionenhöhe. Deswegen halten wir es für problematisch, bei Abweichungen vom Haushaltsziel in einer Perspektive von vier Jahren z.B. bereits heute hypothetische Verzichtsplanungen zu publizieren. Denn solche könnten und würden bei potentiell betroffenen Gruppen zu grösserer Verunsicherung führen, auch wenn sie sich dann später als unnötig erweisen sollten. Gleiches gilt umgekehrt für die Zuteilung (planweise) zusätzlich verfügbarer Mittel, die dann in der Realität doch nicht zur Verfügung stehen würden.

Verbindlicher als die Zahlen der Planjahre 2004 bis 2006 sind die Zahlen für das Jahr 2003, denn hierbei handelt es sich um das Budget gemäss zweiter Lesung im Regierungsrat. Die Zahlen der drei Planjahre wurden mit wenigen Ausnahmen lediglich linear fortgeschrieben. Die Zuteilung der Finanzen auf die Planjahre wurde somit rein technisch auf der Basis des Status quo vorgenommen. Bei der Fortführung wurden die Kosten entsprechend der prognostizierten Teuerung fortgeschrieben (mit wenigen Ausnahmen, worunter insbesondere die Sozialkosten und die Zusatzbelastungen seitens der Pensionskasse).

Überschneidungen der Finanzzahlen mit jenen des Poli- tikplans 2002–2005

Die letztjährige Ausgabe des Politikplans (Politikplan 2002–2005) beinhaltet die Finanzzahlen der Rechnung 2000, des Budgets 2001 und des Budgets 2002 (Stand: nach 2. Lesung im Regierungsrat) sowie die Planzahlen für die Jahre 2003 bis 2005. Der Politikplan 2003–2006 beinhaltet nun die Zahlen der Rechnung 2001, der Budgets 2002 und 2003 (Stand: nach 2. Lesung im Regierungsrat) sowie die Planzahlen der Jahre 2004 bis 2006.

Die Zahlen des Politikplans 2003–2006 können gegenüber den Spalten, die auch der letztjährige Politikplan beinhaltet, Unterschiede aufweisen. So beziehen sich insbesondere die Zahlen des Budgets 2002 nun nicht mehr auf den Stand der zweiten Lesung im Regierungsrat, sondern auf das definitive grossrätliche Budget 2002. Während zudem im Politikplan 2002–2005 die Zahlen für die Planjahre 2003 bis 2005 linear um 1.7% fortgeschrieben wurden, werden sie im nun vorliegenden Politikplan im Planjahr 2004 um 1.8%, in den darauf folgenden Jahren um 1.7% fortgeschrieben (mit wenigen Ausnahmen, worunter insbesondere die Sozialkosten und die Zusatzbelastungen seitens der Pensionskasse). Im Gegensatz zum Politikplan 2002–2005 wurden nun die zentral budgetierten Personalkosten für die erwartete Lohnteuering sowie die zusätzlichen Pen-

sionskassenzahlungen und -rückstellungen auf die Aufgabenfelder verteilt. Diese zentralen Budget- und Rechnungspositionen erschienen im letztjährigen Politikplan nur im Finanzplan, blieben in den Vollkosten jedoch unberücksichtigt. Deswegen erhöhen sich nun im Politikplan 2003–2006 die Vollkosten dieser Felder.

Hinweise zur Verständlichkeit der Angaben in den Feldern

Die Tabellen führen die Vergleichszahlen der Rechnung 2001 (R 2001), des Budgets 2002 (B 2002) und des Budgets 2003 (B 2003) (Stand: nach 2. Lesung im Regierungsrat) sowie die Planzahlen für die Jahre 2004 bis 2006 auf (P 2004, P 2005, P 2006). Da es sich bei den Zahlen des Budgets 2003 noch um provisorische Zahlen handelt, können sich für das Budget, das dem Grossen Rat unterbreitet wird, noch Änderungen ergeben. Auf diese wird im gedruckten Budget speziell hingewiesen werden.

Die geringer werdende Verbindlichkeit der Finanzdaten für die Planjahre 2004 bis 2006 wird auch mittels der Gestaltung ausgedrückt: Die Spalten mit den nicht verbindlichen Planzahlen sind farblich weniger stark unterlegt als die verbindlichen Zahlen aus Rechnung und Budget, die zudem fett gedruckt sind.

In den Tabellen wurden folgende Abkürzungen verwendet:

B: Budget

P: Planung

R: Rechnung

ONA: Ordentlicher Nettoaufwand

KLR: Kosten-/Leistungsrechnung

Grössere Abweichungen innerhalb der Planjahre (2003–2006) werden in einer Fussnote erläutert.

Die oben aufgeführten sowie weitere Begriffe werden im Glossar (Kapitel 8) erklärt.

5.2 Übersicht über die Felder

BD	ED	JD	PMD	SD	WSD	Judikative
Aufgabenfelder (aussengerichtete Aufgaben/Leistungen)						
1.1 Raumentwicklungsplanung	2.1 Volksschulbildung	3.1 Rechts- und Registerwesen	4.1 Sicherheit, Ordnung und Hilfeleistung	5.1 Gesundheitsschutz	6.1 Standortförderung	7.1 Rechtsprechung (Gerichte)
1.2 Bauaufsicht	2.2 Weiterführende Schulbildung	3.2 Vormundschaftswesen	4.2 Verkehrsmanagement	5.2 Gesundheitsförderung und medizinische Prävention	6.2 Arbeitsmarkt und Berufsbildung	7.2 Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)
1.3 Stadtbildpflege und Wohnbauförderung	2.3 Bildung auf Tertiärstufe	3.3 Strafverfolgung und -vollzug	4.3 Kriminalitätsbekämpfung	5.3 Gesundheitsversorgung	6.3 Land- und Waldwirtschaft	
1.4 Gestaltung und Unterhalt der Allmend	2.4 Erwachsenenbildung	3.4 Auserschulische Jugendarbeit und Familienförderung	4.4 Schutz bei ausserordentlichen Ereignissen	5.4 Medizinische Aus- und Weiterbildung und klinische Forschung	6.4 Öffentlicher Verkehr	
1.5 Naturschutz, Grünpflege und Friedhöfe	2.5 Kulturförderung und -pflege	3.5 Gleichstellung von Frauen und Männern	4.5 Wahlen und Abstimmungen	5.5 Veterinärmedizinische Dienste	6.5 Existenzsicherung	
1.6 Versorgung und Entsorgung	2.6 Sportförderung	3.6 Aussenbeziehungen			6.6 Soziale Sicherheit	
1.7 Umweltschutz und Energie	2.7 Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe				6.7 Dokumentation	
	2.8 Quartierarbeit und Tagesbetreuung von Kindern					

Ressourcenfelder (Vorleistungen für alle Departemente)

- 8.1 Steuererhebung (FD)
- 8.2 Zentrale Finanzdienste (FD)
- 8.3 Zentrale Personaldienste (FD)
- 8.4 Zentrale Bau- und Raumdienste (BD, FD)
- 8.5 Zentrale Informatik- und Telefondienste (FD)
- 8.6 Zentrale Materialdienste (ED)
- 8.7 Behörden und zentrale Stäbe (WSD, PMD)
- 8.8 Departementsstäbe (alle Departemente)

5.3 Aufgabenfelder

Raumentwicklungsplanung

BD • 1.1

Beschreibung ■ Regionale und kantonale Raumentwicklungsplanung in den Bereichen Siedlung, Landschaft und Verkehr.

Politische Ziele

- Die Auswirkungen der Raumentwicklungsplanung im Kanton Basel-Stadt sind für Bewohnerinnen und Bewohner, Wirtschaft sowie Besucherinnen und Besucher attraktiv und nachhaltig.
- Die Verteilung von Wohn-, Arbeits-, Grün- Erlebnis- und Verkehrsflächen ist ausgewogen.
- Der Verkehr läuft geordnet ab. Auf den Hauptachsen bewegt sich der Individualverkehr flüssig. Der öffentliche Verkehr (Tram und Bus) wird nicht vom motorisierten Individualverkehr behindert. An lichtsinalgeregelten Knotenpunkten muss der öffentliche Verkehr nicht oder nur sehr kurz warten. In den untergeordneten Strassen wird der Verkehr beruhigt.
- Die Raumentwicklungsplanung wird in sich, mit den Nachbarn (NWCH/D/F) und mit dem Bund abgestimmt.

Wichtigste Leistungserbringer Hochbau- und Planungsamt, Departementssekretariat, Parkraumdelegierte

Projekte und Vorhaben

- Etappiertes Umsetzen des Verkehrsplanes unter Berücksichtigung der Angebotsorientierung. Ziel des Verkehrsplans ist es, die stadtgerechte Mobilität zu fördern unter besonderer Berücksichtigung des öffentlichen Verkehrs, des Langsamverkehrs und der Auswirkungen des motorisierten Individualverkehrs. (bisher)
- Erarbeiten eines Konzeptes für Hochleistungsstrassen im Einklang mit dem Verkehrsplan (z.B. Zubringer Allschwil, A2/Südzubringer, Nationalstrasse A2, Abschnitt 7 «Umfahrung Gundeldingen», *Anschluss Rheinhafen*). Auf den Hochleistungsstrassen soll der motorisierte Individualverkehr kanalisiert werden. (bisher)
- Vorgezogene Teilzonenplanrevision auf ausgewählten Arealen und Parzellen (z.B. DB-Güterbahnhofareal, Pro Volta, Areal Bahnhof Süd, Grosspeter-Areal, *Landhof-Areal* usw.). Dadurch sollen die zonenrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um neuen hochwertigen Wohnraum zu schaffen. (bisher)
- Evaluieren und Aufbauen einer Organisationsstruktur, die im regierungsrätlichen Schwerpunktbereich Stadtentwicklung adäquate Leistungen erbringt und Entscheidungsgrundlagen erarbeitet. (bisher)
- Erstellen eines Freiraumkonzeptes für die Stadt Basel, um Freiräume von öffentlichem Interesse zu sichern, auszuformen und eine Grundlage für die Grünflächenplanung zu haben. (bisher)
- *Vertiefen des räumlichen Gesamtentwicklungskonzeptes «Trinationale Agglomeration Basel» (TAB) und Überprüfen von TAB-Schlüsselprojekten in den Bereichen Verkehr, Besiedlung, Natur und Landschaft auf ihre Machbarkeit hin. Die grenzüberschreitende Planungszusammenarbeit mit verschiedenen in- und ausländischen Partnern soll die Wettbewerbsfähigkeit der TAB stärken. Sie wird mit INTERREG IIIa-Mitteln kofinanziert.* (neu)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	6.2	7.5	7.2	7.3	7.5	7.6
Ertrag	0.2	0.2	0.8	0.8	0.8	0.8
ONA	6.0	7.3	6.4	6.6	6.7	6.8
Kalkulatorische Positionen		0.6	0.4	0.4	0.4	0.4
Saldo KLR		7.9	6.9	7.0	7.1	7.2
Umlage Ressourcenfelder		0.2	0.2	0.3	0.3	0.3
Saldo Vollkosten		8.1	7.1	7.2	7.4	7.5

- Beschreibung**
- Abwicklung und Koordination von Baubewilligungsverfahren, Überwachung der Bauausführung bis zur Abnahme der Bauten.
 - Vollzug in den Bereichen Bauvorschriften, Bausicherheit und Schutzraumbau.

- Politische Ziele**
- Die räumliche Nutzung durch Bauten und Anlagen im Kanton erfolgt zweckmässig und umweltschonend.
 - Bauten und Anlagen sind sicher, so dass Menschen keinen vermeidbaren Gefahren ausgesetzt sind.
 - Baubewilligungsverfahren werden transparent und schnell abgewickelt.

Wichtigste Leistungserbringer Bauinspektorat, Amt für Bausubventionen und Zivilschutzbau

- Projekte und Vorhaben**
- Einführen des neuen elektronischen Systems zur Bearbeitung von Baubehögen (BBG2000) ab September 2001 und damit Verbessern und Beschleunigen der Baubewilligungsverfahren sowie Vereinfachen der verwaltungsinternen administrativen Abläufe. (abgeschlossen)

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	3.6	2.7	*3.2	3.3	3.3	3.4
Ertrag	2.1	2.7	2.7	2.7	2.7	2.8
ONA	1.5	0.0	0.6	0.6	0.6	0.6
Kalkulatorische Positionen		1.0	1.2	1.2	1.2	1.2
Saldo KLR		1.0	1.7	1.7	1.7	1.8
Umlage Ressourcenfelder		0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Saldo Vollkosten		1.1	1.8	1.9	1.9	1.9

* Die Budgetzahlen 2003 ff enthalten bereits Wartungskosten für das neu eingeführte Baubewilligungs-administrationsprogramm (BBG2000).

Beschreibung

- Einrichtung und Aufwertung des öffentlichen Stadtraumes.
- Integrale Stadtbildpflege und objektbezogener Denkmalschutz.
- Förderung des privaten Wohnungsbaus.

Politische Ziele

- Der öffentliche Stadtraum ist identitätsstiftend, funktionsgerecht und ermöglicht eine hohe Erlebnis- und Aufenthaltsqualität.
- Die Wohnattraktivität von Basel-Stadt wird durch eine qualitative und quantitative Verbesserung des Wohnungsangebotes erhöht.

Wichtigste Leistungserbringer

Hochbau- und Planungsamt, Stadtgärtnerei und Friedhöfe, Amt für Bausubventionen und Zivilschutzbau, Logis Bâle (extern)

Projekte und Vorhaben

- Verbessern des Wohnumfeldes durch Begrünung (z.B. durch Anreizprogramme zur Dachbegrünung, Fassadenbegrünung, Hinterhofumgestaltungen/-aufwertungen gemäss Aktionsprogramm Stadtentwicklung) und Durchgrünen der Allmend (z.B. Umsetzung Alleenkonzert, weitere Aufwertung von Baumstandorten). (bisher)
- Umsetzen der APS-Aufträge wie Impulsprojekt 5000 Wohnungen für Basel-Stadt (Logis Bâle) oder Wohnumfeldaufwertung. (bisher)
- Anstossen oder Unterstützen von Projektentwicklungen für private oder halbstaatliche Bauten und Areale mit städtebaulich oder stadtentwicklerisch hohem Stellenwert. So sollen neue Arbeitsplätze und attraktive Wohnungen geschaffen werden (*MIBA-/Coop-Areal, Campus Novartis und diverse Industrieareale*). (bisher)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2002	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	0.9	0.7	0.5	0.6	0.6	0.6
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
ONA	0.9	0.7	0.5	0.5	0.6	0.6
Kalkulatorische Positionen		4.1	2.1	2.1	2.1	2.2
Saldo KLR		4.8	2.6	2.7	2.7	2.7
Umlage Ressourcenfelder		0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Saldo Vollkosten		5.0	2.7	2.8	2.8	2.9

- Beschreibung**
- Planung, Projektierung, Realisierung und Unterhalt der kantonalen Verkehrs- und Infrastrukturbauten, der Nationalstrassen, Brücken, Tunnelbauten, Wasserbauten und des Hochwasserschutzes.
 - Sicherstellung der Planaufgaben, der Baulinien und des Landerwerbs auf Allmend.
 - Pflege der Allmend und Organisation der Allmend-Nutzung.

- Politische Ziele**
- Die Allmend (inkl. Gewässer) ist angebotsorientiert und nachhaltig geplant und bebaut. Sie wird nachhaltig genutzt und unterhalten.

Wichtigste Leistungserbringer Tiefbauamt, Stadtgärtnerei und Friedhöfe, Hochbau- und Planungsamt

- Projekte und Vorhaben**
- Weiter Umsetzen der Kampagne «Basel wird sauber!» (z.B. Abfallerziehungstage für Schulen, Ferienaktionen für Kinder, Plakatkampagne, Informationsstände und Putzaktionen). (bisher)
 - Massnahmen zur Verbesserung von Gestaltung und Ausstattung der Allmend (Realisierung des Beleuchtungskonzeptes Innerstadt, Ausarbeiten eines Leitbildes Öffentlicher Raum (abgeschlossen), *Einrichten von Begegnungszonen*). (bisher)
 - *Aufbauen eines Bewirtschaftungssystems öffentlicher Raum und Vereinfachen des Bewilligungswesens, damit die wichtigsten Anspruchsgruppen (Veranstalter, Besucherinnen, Besucher, Einwohnerinnen und Einwohner u.a.) jederzeit möglichst transparent über das Verfahren und über die Belegung des öffentlichen Raumes mit Veranstaltungen informiert sind (s. auch AF 6.1).* (neu)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	66.4	68.1	72.0	73.3	74.6	75.8
Ertrag	*45.0	30.8	34.0	34.6	35.2	35.8
ONA	21.4	37.2	38.0	38.7	39.4	40.0
Kalkulatorische Positionen		129.6	**82.2	82.2	82.2	82.3
Saldo KLR		166.8	120.2	120.9	121.6	122.3
Umlage Ressourcenfelder		3.7	3.0	3.3	3.3	3.3
Saldo Vollkosten		170.5	123.2	124.2	124.9	125.6

* Die Zahlen der R 2001 sind beeinflusst von einem a.o. Verkauf von Allmend (Fr. 10.2 Mio.) und rd. 6 Mio. Fr. a.o. Einnahmen aus einer Kontoabstimmung mit dem Bund (Nationalstrassen).

** Ab B 2003 sind die kalkulatorischen Zinsen Anhand der Nettoinvestitionswerte berechnet. Der Grund für die Differenz zwischen brutto und netto liegt hauptsächlich in den Bundessubventionen für die Nationalstrasse. Die im B 2002 publizierten Werte sind nicht verändert dargestellt.

Beschreibung

- Planung, Pflege, Schutz und Entwicklung des gesamten öffentlichen städtischen Grüns als Lebens-, Erholungs- und Freizeitraum.
- Bestattungen auf den Friedhöfen.

Politische Ziele

- In Basel-Stadt gibt es ein funktionsfähiges, engmaschig verknüpftes Grün- und Freiflächensystem.
- Das öffentliche Grün zeichnet sich aus durch Bedürfnisgerechtigkeit und eine hohe Aufenthaltsqualität. Die Bewirtschaftung ist nachhaltig.
- Eine schickliche Bestattung ist sichergestellt.

Wichtigste Leistungserbringer Stadtgärtnerei und Friedhöfe

Projekte und Vorhaben

- Sichern und Aufwerten des öffentlichen Grüns (Sanieren und Umgestalten Rosentalanlage, Dreirosenanlage, Voltamatte, Elisabethenanlage). (bisher)
- Sicherstellen und Entwickeln der Grünflächenvernetzung (Umsetzung Grün- und Freiraumkonzept sowie Natur- und Landschaftsschutzkonzept sowie durch Massnahmen im privaten und halbprivaten Bereich [Vorgärten, Hinterhöfe, Fassaden- und Dachbegrünung, Familiengärten]), um Nutzungsbedürfnisse und ökologische Vielfalt gleichermaßen zu ermöglichen. (bisher)

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	34.2	33.8	33.0	33.6	34.2	34.8
Ertrag	11.5	12.8	12.0	12.2	12.4	12.6
ONA	22.7	21.1	21.1	21.4	21.8	22.2
Kalkulatorische Positionen		4.4	4.4	4.4	4.4	4.4
Saldo KLR		25.4	25.4	25.8	26.2	26.6
Umlage Ressourcenfelder		3.7	1.2	1.4	1.4	1.4
Saldo Vollkosten		29.1	26.6	27.2	27.6	28.0

- Beschreibung**
- Produktion und Verteilung von Trinkwasser und Fernwärme.
 - Projektierung, Realisierung und Unterhalt der Infrastruktur für Elektrizität, Fernwärme, Trinkwasser, Erdgas sowie Abwasser- und Abfallanlagen.
 - Die Versorgungssicherheit mit Fernwärme und Trinkwasser ist gewährleistet.
 - Verteilung von Elektrizität und Erdgas. Entsorgung von Abwasser und Abfällen.
-
- Politische Ziele**
- Die Ver- und Entsorgungssicherheit ist gewährleistet: Keine wesentlichen Ausfälle von Elektrizität, Fernwärme, Trinkwasser und Erdgas. Keine wesentlichen Ausfälle und Unterkapazitäten in Abwasser- und Abfallanlagen.
 - Die Ver- und Entsorgung ist umweltgerecht und wirtschaftlich.
-
- Wichtigste Leistungserbringer**
- Industrielle Werke Basel, Amt für Umwelt und Energie, Tiefbauamt, Stadtgärtnerei und Friedhöfe
-
- Projekte und Vorhaben**
- Fördern des Ersatzes von Erdöl durch Fernwärme und Erdgas, sofern wirtschaftlich (Förderung z.B. durch attraktives Angebot an Private v.a. im Zusammenhang mit Leitungsbauvorhaben). (bisher)
 - Anstreben eines Gleichgewichts zwischen der Kapazität der KVA und den anfallenden brennbaren Abfällen, indem Massnahmen zur Abfallvermeidung, Abfallverwertung durchgeführt und Abfälle (Wertstoffe wie Papier, Karton, Altholz, Glas und ungeeignete Abfälle wie Rohstoffe, Autoshreder etc.) speziellen Entsorgungsanlagen zugewiesen werden. (bisher)
 - Bau eines Regenrückhaltebeckens in der ARA, um zu verhindern, dass mit Regen vermishtes Schmutzwasser direkt in die Gewässer eingeleitet wird. (bisher)
 - *Deep Heat Mining: Durch eine Tiefenbohrung soll die Erdwärme zur Energiegewinnung genutzt und dadurch eine wesentliche Menge CO₂ eingespart werden.* (neu)
 - *Zusammenarbeit mit aargauischen KVA's sowie Durchführen eines Impulsprogrammes zur Abfallvermeidung/Ressourcenschonung, um die Kapazitätsprobleme der KVA Basel aufzufangen.* (neu)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	*B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	64.7	35.0	41.3	42.0	42.7	43.5
Ertrag	104.5	81.7	94.7	96.4	98.1	99.8
ONA	-39.8	-46.6	-53.5	-54.4	-55.4	-56.3
Kalkulatorische Positionen		60.1	63.8	88.2	88.2	88.2
Saldo KLR		13.5	10.3	33.7	32.8	31.9
Umlage Ressourcenfelder		0.9	0.8	1.4	1.3	1.3
Saldo Vollkosten		14.3	11.1	35.1	34.2	33.2

* Die Produktgruppe «Abwasser und Abfälle» ist neu je zur Hälfte den AF 1.6 und AF 1.7 zugewiesen worden, statt zuvor zu 100% auf das AF 1.6. Die Werte für R 2001 und B 2002 sind neu berechnet. So erklären sich die Abweichungen der Zeitreihen der beiden AF 1.6 und AF 1.7 im Vergleich zum vorjährigen Politikplan.

- Beschreibung**
- Koordination von Aufgaben im Umweltschutz.
 - Förderung von Umweltbewusstsein und Eigenverantwortung von Verwaltung, Bevölkerung, Gewerbe und Industrie.
 - Lenkung des Energieverbrauchs und Förderung von Energiesparmassnahmen.

- Politische Ziele**
- Die Bevölkerung und die Umwelt werden vor schädlichen und lästigen Einwirkungen geschützt.
 - Emissions- und Immissionsgrenzwerte in den Bereichen Luft, nichtionisierende Strahlen, Lärm, Erschütterung und Boden werden eingehalten.
 - Die Grenzwerte im Bereich Abwasser und bei ober- und unterirdischen Gewässern werden eingehalten.
 - Energie und Trinkwasser werden sparsam und rationell genutzt; erneuerbare Energien werden verstärkt gefördert.
 - Die vorhandenen Ressourcen werden geschont; Abfälle vermindert.

Wichtigste Leistungserbringer Amt für Umwelt und Energie, Lufthygieneamt beider Basel, Amt für Bausubventionen und Zivilschutzbau

- Projekte und Vorhaben**
- Planerische Optimierung der Antennenstandorte (z.B. durch Zusammenlegung der Standorte) im Siedlungsgebiet nach Umweltschutzgesetz zum Schutz der Bevölkerung vor nicht ionisierender Strahlung (z.B. durch kooperatives Vorgehen mit den Telekommunikationsunternehmen). (bisher)
 - Fördern der Eigenverantwortung von Industrie und Gewerbe mittels Informationskampagnen und weiterer Branchen- und Kooperationsvereinbarungen, welche die behördlichen Kontrollen vermehrt ersetzen und das Verhältnis Staat-Wirtschaft stärken. (bisher)
 - Ausgleich zwischen den Ansprüchen an eine lebendige und eine wohnliche Stadt ohne erhebliche Lärmstörungen (z.B. durch Reduktion der Lärmimmissionen durch Freizeitbetriebe in Wohnbereichen). (bisher)
 - Impulsfördernde Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz (z.B. mittels Förderaktionen). (bisher)
 - *Schrittweise Revitalisierung der Fliessgewässer, um vielfältige Lebensgemeinschaften zu schaffen und die Gewässer für die Bevölkerung attraktiver zu machen.* (neu)
 - *Erfassen der belasteten Standorte und Aufnahme in den öffentlich zugänglichen Kataster. Einleiten von Sicherungs- oder Sanierungsmassnahmen bei Altlasten, um Gefährdungen der Umwelt zu vermeiden.* (neu)
 - *Umsetzen baulicher Massnahmen (Schallschutzfenster, Lärmschutzwände und allenfalls Überdeckungen entlang der Osttangente bzw. der Verbindungsbahn) an lärmbelasteten Strassen, um die Bevölkerung vor übermässigem Verkehrslärm zu schützen.* (neu)
 - *Aktive Unterstützung der regionalen Wirtschaft zur Erreichung der Ziele des CO₂-Gesetzes.* (neu)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	*B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	14.7	15.1	9.8	10.0	10.1	10.3
Ertrag	17.3	17.7	5.0	5.1	5.2	5.2
ONA	-2.6	-2.6	4.8	4.9	5.0	5.1
Kalkulatorische Positionen		11.4	24.6	0.2	0.3	0.3
Saldo KLR		8.8	29.4	5.1	5.2	5.3
Umlage Ressourcenfelder		0.2	0.5	0.2	0.2	0.2
Saldo Vollkosten		9.0	30.0	5.3	5.4	5.5

* Die Produktgruppe «Abwasser und Abfälle» ist neu je zur Hälfte den AF 1.6 und AF 1.7 zugewiesen worden, statt zuvor zu 100% auf das AF 1.6. Die Werte für R 2001 und B 2002 sind neu berechnet. So erklären sich die Abweichungen der Zeitreihen der beiden AF 1.6 und AF 1.7 im Vergleich zum vorjährigen Politikplan.

- Beschreibung**
- Ausbildung von Kindern vom Kindergarten bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit, insbesondere auch: Förderung von Kindern mit einer Lernbeeinträchtigung/ einem Lernrückstand oder einer speziellen Begabung Schulung und Förderung von behinderten Kindern sowie Schulung und Förderung von in ihrer Entwicklung gefährdeten Kindern (in einer Heimschule).
 - Kinderpsychologische und logopädische Abklärung, Beratung, Behandlung und Begleitung.
 - Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften.
- Politische Ziele**
- Die Schülerinnen und Schüler verfügen nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit über die nötige Sachkompetenz für den erfolgreichen Beginn einer Ausbildung auf Sekundarstufe II (Berufsausbildung oder Übertritt in weiterführende Schule).
 - Die Volksschulbildung trägt zur Entwicklung der Schülerinnen und Schüler zu sozial- und selbstkompetenten Menschen bei.
 - Alle Kinder erhalten die gleichen Bildungschancen, unabhängig von Geschlecht und kultureller Herkunft.
 - Alle Kinder erhalten – wenn immer möglich innerhalb von Regelklassen – eine ihren individuellen und speziellen Fähigkeiten und Bedürfnissen entsprechende Schulung, die sie befähigt, ein Anschlussangebot zu besuchen, das ihrem Leistungsvermögen entspricht. *Integrative Schulungsformen von behinderten Kindern in Regelklassen werden gefördert.*
- Wichtigste Leistungserbringer**
- Kindergärten (Stadt Basel), Primarschulen, Orientierungsschule, Weiterbildungsschule I, Gymnasien (1. und 2. Jahr), Landschulen, Kleinklassen, staatliche und private Sonderpädagogische Schulen, Heimschulen, Logopädischer Dienst, Heilpädagogischer Dienst, Abt. Schule und Freizeit, Schuldienste (Institut für Unterrichtsfragen und Lehrer/innenfortbildung, Schulpsychologischer Dienst, Pädagogische Dokumentationsstelle u.a.)
- Projekte und Vorhaben**
- Erarbeiten eines modernen Bildungsgesetzes (Erarbeiten von Grundlagen, Einrichten der Projektorganisation) in Koordination mit den Arbeiten des Verfassungsrates, *Einrichten einer Fachstelle Pädagogik und Erweitern der Bildungsstatistik*, um eine längerfristig kohärente Schulpolitik zu entwickeln. (bisher)
 - Weiterführen des Qualitätsmanagements an den Schulen als Grundlage für die Schulentwicklung und Erarbeiten eines schulübergreifenden Qualitätsmanagementsystems. (bisher)
 - Erarbeiten eines Gesamtsprachenkonzepts mit dem Ziel, Entscheidungsgrundlagen für den Spracherwerb an den Schulen zu schaffen (bezüglich zu erlernende Sprachen, Beginn des Fremdsprachenunterrichts, Anzahl Fremdsprachen *oder Berücksichtigung der Vielsprachigkeit des Kantons Basel-Stadt*).
 - Umsetzen des Integrationsleitbildes im Schulbereich: *Die im Kindergarten begonnene Aufbauarbeit wird weitergeführt und auf weitere Schulstufen ausgedehnt. Es wird ein Sprachförderungskonzept erarbeitet, das für jede Schulstufe die geforderten Kenntnisse der deutschen Sprache definiert und Hinweise für eine gezielte Sprachförderung gibt.* (bisher) *Zudem werden die Angebote zur integrativen Schulung von Kindern mit Behinderungen in Regelklassen ausgebaut, damit Kinder mit Behinderungen nicht ausgesondert, sondern schon während ihrer Schulzeit sozial in der Gesellschaft integriert sind.* (neu)
 - Erstellen von Gesamtkonzepten und Umsetzen von weiteren Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitszufriedenheit der Lehrkräfte in den Entwicklungsfeldern: *Kultur und Führung, Kerngeschäft und Zusatzaufgaben, Information und Kommunikation, schwierige Schülerinnen und Schüler, Weiterbildung sowie Lehrerinnen- und Lehrerkarriere.* (bisher)
 - Prüfen einer Strukturänderung an der Weiterbildungsschule I, um die Akzeptanz der Schule in der Öffentlichkeit, die Identifikation der Lehrkräfte sowie die Erfolgchancen der Schülerinnen und Schüler auf dem Arbeitsmarkt und in den weiterführenden Schulen zu erhöhen; *Optimierung der Beurteilung der Schülerinnen und Schüler und der Niveauezuteilung an*

der OS, um die Aussagekraft und Verständlichkeit der Beurteilung zu verbessern bzw. die Leistungsheterogenität der Schülerinnen und Schüler zu reduzieren. (bisher)

- Neubau des Schulhauses Hinter Gärten (geplanter Abschluss per Mitte 2004). (bisher)
- Weiterentwickeln der Steuerungsgrösse Lektionendach, um die finanzielle Steuerung zu verbessern, die Transparenz zu erhöhen und die Teilautonomie der Schulen zu stärken. (neu)
- Schrittweise Stärkung der Leitungsstrukturen an Schulen mit mehreren Standorten als Grundlage für das lokale Qualitätsmanagement, die Einführung von NPM und eine gezielte Personalförderung. (neu)
- Entwickeln eines Weiterbildungskonzeptes für alle Lehrkräfte und eines stufenübergreifenden pädagogischen Konzeptes für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien an den Schulen. (neu)
- Weiterführen des Projektes «Gesunde Schule» als umfassendes Präventionsprogramm. Gesundheitsbeauftragte sorgen in ihren Schulen für eine situationsbezogene Gesundheitsförderung und Prävention. (neu)
- Erhöhen der Unterrichtslektionendächer. (abgeschlossen)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	*B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	289.9	289.8	290.6	295.8	300.9	306.0
Ertrag	32.4	31.0	21.5	21.9	22.3	22.6
ONA	257.4	258.9	269.1	273.9	278.6	283.3
Kalkulatorische Positionen		57.7	57.6	58.6	59.6	60.6
Saldo KLR		316.6	326.7	332.5	338.2	344.0
Umlage Ressourcenfelder		13.0	12.7	14.7	14.8	14.8
Saldo Vollkosten		329.6	339.4	347.2	353.0	358.8

* Die per 1.1.2003 geplante Überführung der regionalen Tagesschulen und Kindergärten beider Basel in Münchenstein in eine öffentlich-rechtliche Institution führt ab 2003 zu einer Abnahme von Aufwand und Ertrag von rund Fr. 10 Mio. Die Zunahme des ONA gegenüber dem Budget 2002 ist auf Lohnmehrkosten, die Aufhebung des Sparbeschlusses «Pflichtstundenerhöhung» sowie auf eine Aufgabenausweitung im Zusammenhang mit dem Vollzug des im Jahre 2001 bewilligten 20 Mio.-Bildungspakets zurückzuführen. Die Mehrausgaben werden teilweise durch rückläufige Schülerzahlen und das Auslaufen des Projekts «vorzeitige Pensionierung von Lehrkräften» kompensiert.

Beschreibung	<ul style="list-style-type: none">■ Ausbildung von Jugendlichen auf Sekundarstufe II (an Berufsschulen und allgemeinbildenden Schulen).■ Beratung bei Wahl und Planung des Berufswegs.■ Jugendpsychologische Abklärung, Beratung, Behandlung und Begleitung.■ Ausrichtung von Stipendien und Darlehen für Ausbildungen auf Sekundarstufe II an Berechtigte.■ Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften.
Politische Ziele	<ul style="list-style-type: none">■ Die Schülerinnen und Schüler sind nach Abschluss der weiterführenden Schulbildung fähig, eine Berufstätigkeit auszuüben oder eine Ausbildung auf Tertiärstufe erfolgreich zu beginnen.■ Die Schülerinnen und Schüler verfügen nach Abschluss ihrer Ausbildung an Berufsschule bzw. allgemeinbildender Schule über die Fähigkeit zu selbstständigem lebenslangem Lernen und zur Teamarbeit.■ Alle Jugendlichen haben die gleichen Bildungschancen, unabhängig von Geschlecht und kultureller Herkunft.
Wichtigste Leistungserbringer	Weiterbildungsschule II, Gymnasien (3. bis 5. Jahr), Diplommittelschule, Wirtschaftsmittelschule, Berufsschulen (inkl. Berufsmaturitätsschule), Studienberatung, Abt. Schule und Freizeit, Logopädischer Dienst, Heilpädagogischer Dienst, Amt für Ausbildungsbeiträge, Schuldienste (Institut für Unterrichtsfragen und Lehrer/innenfortbildung, Schulpsychologischer Dienst, Pädagogische Dokumentationsstelle u.a.)
Projekte und Vorhaben	<ul style="list-style-type: none">■ Erarbeiten eines modernen Bildungsgesetzes (Erarbeiten von Grundlagen, Einrichten der <i>Projektorganisation</i>) in Koordination mit den Arbeiten des <i>Verfassungsrates</i>, Einrichten einer <i>Fachstelle Pädagogik und Erweitern der Bildungsstatistik</i>, um eine längerfristig kohärente Schulpolitik zu entwickeln. (bisher)■ Weiterführen des Qualitätsmanagements an den Schulen als Grundlage für die Schulentwicklung und Erarbeiten eines schulübergreifenden Qualitätsmanagementsystems. (bisher)■ Erarbeiten eines Gesamtsprachenkonzepts mit dem Ziel, Entscheidungsgrundlagen für den Spracherwerb an den Schulen zu schaffen (bezüglich zu erlernende Sprachen, Beginn des Fremdsprachenunterrichts, Anzahl Fremdsprachen <i>oder Berücksichtigung der Vielsprachigkeit des Kantons Basel-Stadt</i>).■ Umsetzen des Integrationsleitbildes im Schulbereich: <i>Die im Kindergarten begonnene Aufbauarbeit wird weitergeführt und auf weitere Schulstufen ausgedehnt. Es wird ein Sprachförderungskonzept erarbeitet, das für jede Schulstufe die geforderten Kenntnisse der deutschen Sprache definiert und Hinweise für eine gezielte Sprachförderung gibt.</i> (bisher) Zudem werden die Angebote zur integrativen Schulung von Kindern mit Behinderungen in Regelklassen ausgebaut, damit Kinder mit Behinderungen nicht ausgesondert, sondern schon während ihrer Schulzeit sozial in der Gesellschaft integriert sind. (neu)■ Erstellen von Gesamtkonzepten und Umsetzen von weiteren Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitszufriedenheit der Lehrkräfte in den Entwicklungsfeldern: Kultur und Führung, Kerngeschäft und Zusatzaufgaben, Information und Kommunikation, schwierige Schülerinnen und Schüler, Weiterbildung sowie Lehrerinnen- und Lehrerkarriere. (bisher)■ Vorbereiten einer besseren Koordination und Kooperation der im Berufsbildungsbereich tätigen Schulen und Institutionen. (bisher)■ Weiterentwicklung der Steuerungsgrösse <i>Lektionendach</i>, um die finanzielle Steuerung zu verbessern, die Transparenz zu erhöhen und die Teilautonomie der Schulen zu stärken. (neu)■ Schrittweise Stärkung der Leitungsstrukturen an Schulen mit mehreren Standorten als Grundlage für das lokale Qualitätsmanagement, die Einführung von NPM und eine gezielte Personalförderung. (neu)

- Entwickeln eines Weiterbildungskonzeptes für alle Lehrkräfte und eines stufenübergreifenden pädagogischen Konzeptes für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien an den Schulen; Einleiten von Umsetzungsmassnahmen in beiden Bereichen. (neu)
- Neupositionieren der Diplommittelschule (DMS) zwischen Maturitäts- und Berufsschulen. Das neue Berufsbildungsgesetz und die zunehmende Zahl der Fachhochschulen erfordern eine klarere Positionierung und eine Aufwertung der DMS. Sie soll sich zu einem Kompetenzzentrum für die schulische Vorbereitung zu Berufsausbildungen im tertiären Bereich entwickeln. (neu)
- Weiterführen des Projektes «Gesunde Schule» als umfassendes Präventionsprogramm. Gesundheitsbeauftragte sorgen in ihren Schulen für eine situationsbezogene Gesundheitsförderung und Prävention. (neu)
- Erhöhen der Unterrichtslektionendächer. (abgeschlossen)

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	125.5	122.2	*131.1	133.4	135.7	138.0
Ertrag	21.6	20.9	20.6	20.9	21.3	21.7
ONA	103.8	101.3	110.5	112.5	114.4	116.4
Kalkulatorische Positionen		17.0	17.4	17.7	18.0	18.3
Saldo KLR		118.3	127.9	130.2	132.4	134.7
Umlage Ressourcenfelder		5.0	5.0	5.8	5.8	5.8
Saldo Vollkosten		123.3	132.9	136.0	138.2	140.5

* Die Erhöhung ist hauptsächlich auf die generellen Lohnmehrkosten und die Aufhebung des Sparbeschlusses «Pflichtstundenerhöhung Lehrkräfte» zurückzuführen.

- Beschreibung**
- Ausbildung auf Tertiärstufe (an Universität, Fachhochschulen und Höheren Fachschulen).
 - Grundlagenforschung, angewandte Forschung und Entwicklung.
 - Vermittlung von für Wirtschaft und Gesellschaft nutzbringendem Wissen durch die Erbringung von Dienstleistungen (Vortragstätigkeit, Beratung, Gutachten, Wissens- und Technologietransfer u.a.).
 - Beratung bei Wahl und Planung des Berufswegs.
 - Ausrichtung von Stipendien und Darlehen für Ausbildungen auf Tertiärstufe an Berechtigte.

- Politische Ziele**
- Die Studienabgängerinnen und -abgänger verfügen über ein Wissen und Fähigkeiten, die ihnen eine hochqualifizierte Berufsausübung in Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft und Verwaltung ermöglichen.
 - Die Forschungstätigkeit der Hochschulen – in einzelnen Disziplinen auf internationalem Spitzenniveau – trägt zur Vermehrung des Wissens bei. Die gewonnenen Erkenntnisse kommen der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Gesellschaft zugute.

Wichtigste Leistungserbringer Universität Basel (extern), Fachhochschule beider Basel FHBB (extern), Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit HPSA-BB (extern), Musik-Akademie (extern), Schweiz. Tropeninstitut (extern), staatliche und private Berufsschulen, Amt für Ausbildungsbeiträge, Studienberatung

- Projekte und Vorhaben**
- Eröffnen der (Fach-)Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel (HPSA-BB), um im Bereich der Lehrkräfteausbildung und der Sozialen Arbeit eine leistungsfähige und verursachergerecht finanzierte bikantonale Bildungsinstitution zu schaffen. (bisher)
 - Abschliessen der Verhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft über die Konkretisierung von §12 des Universitätsvertrages, der die gemeinsame Trägerschaft der Universität postuliert (bis Ende 2002) und Umsetzen der vertieften Trägerschaft gemäss auszuhandelndem Terminplan. Ziel der Verhandlungen ist es, dass die Kosten der Universität (inkl. Bereiche der Klinischen Medizin und der Liegenschaften) verursachergerecht verteilt werden. (bisher)
 - Aufnehmen von Verhandlungen für eine erweiterte Trägerschaft für den gesamten Hochschulbereich innerhalb der Kantone der Nordwestschweiz, mit dem Ziel, das Potenzial aller regionalen Hochschulen zu bündeln und die Finanzierungsbasis für die zentralörtlichen Hochschulen zu erweitern. (bisher)
 - Erarbeiten eines Konzeptes für einen Lehr- und Forschungsschwerpunkt «Life Sciences» auf dem Areal Schällemätteli zusammen mit dem Sanitätsdepartement und der Universität, um die in Basel vorhandenen Spitzenkompetenzen wirksamer zur Geltung zu bringen. (bisher)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	132.1	128.9	130.8	133.2	135.5	137.8
Ertrag	6.2	4.4	3.9	3.9	4.0	4.1
ONA	126.0	124.5	127.0	129.3	131.5	133.7
Kalkulatorische Positionen		58.2	57.1	58.1	59.1	60.1
Saldo KLR		182.7	184.1	187.4	190.6	193.8
Umlage Ressourcenfelder		7.9	7.6	8.9	8.9	9.0
Saldo Vollkosten		190.6	191.7	196.3	199.5	202.8

- Beschreibung**
- Information über und Koordination der Angebote in der Erwachsenenbildung.
 - Ergänzung des Weiterbildungsangebotes von nichtstaatlichen Anbietenden nach dem Prinzip der Subsidiarität.
-
- Politische Ziele**
- Mehr erwachsene Personen, insbesondere der bildungsbenachteiligten Gruppen, bilden sich zwecks Integration in Gesellschaft und Berufswelt weiter.
-
- Wichtigste Leistungserbringer**
- Stiftung Zentrum für Erwachsenenbildung der Universität Basel (extern) (Volkshochschule, Seniorenuniversität u.a.), staatliche und private Berufsschulen, Bildungsclub (extern)
-
- Projekte und Vorhaben**
- Aufbauen einer *Fachstelle für Weiterbildung* unter Einbezug der Bildung von Migrantinnen und Migranten, um die Weiterbildungsaktivitäten des Kantons zu planen, zu koordinieren und mit Blick auf das Problem des schichtspezifischen Zugangs gestalten zu können (Massnahmenschwerpunkt II des Handlungskonzeptes) (die Departements-eingliederung wird noch geprüft). (bisher)
 - *Fördern der Nachholbildung, insbesondere Aufbauen eines Nachholbildungsangebotes auf Sekundarstufe I, im Rahmen eines dreijährigen bikantonalen Pilotprojektes, um bildungsbenachteiligten Gruppen den Zugang zu Bildungsangeboten zu erleichtern und damit ihre Integration in Gesellschaft und Berufswelt zu fördern (Massnahmenschwerpunkt I des Handlungskonzeptes).* (neu)
 - Fertigstellen des Konzeptes zur Erwachsenenbildung (bis Mitte 2002) und Umsetzen der dann zu beschliessenden Massnahmen. (Konzepterstellung abgeschlossen, Massnahmen siehe oben)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	6.7	6.7	*8.8	9.0	9.1	9.3
Ertrag	2.0	2.0	2.5	2.5	2.6	2.6
ONA	4.7	4.8	6.3	6.4	6.5	6.6
Kalkulatorische Positionen		1.0	1.5	1.6	1.6	1.6
Saldo KLR		5.8	7.9	8.0	8.1	8.3
Umlage Ressourcenfelder		0.7	0.7	0.8	0.8	0.8
Saldo Vollkosten		6.5	8.5	8.8	9.0	9.1

* Die Erhöhung ist hauptsächlich auf die generellen Lohnmehrkosten und die Aufhebung des Sparbeschlusses «Pflichtstundenerhöhung Lehrkräfte» zurückzuführen.

Beschreibung

- Führung von staatlichen Museen und Förderung von privaten Kulturinstitutionen.
- Ermöglichung und Förderung von Kulturprojekten.
- Erfassung und Erhaltung des baulichen Erbes.

Politische Ziele

- Das Angebot der Basler Kulturinstitutionen nimmt im internationalen Vergleich, nicht nur im Bereich der Bildenden Künste, einen Spitzenrang ein.
- Die Förderung des Kunst- und Kulturschaffens der Gegenwart schafft das nötige Umfeld für eine lebendige Kunstszene in Basel.
- Archäologische Funde und bauhistorisch wertvolle Gebäude(ensembles) werden erfasst, dokumentiert und – im Rahmen der Ansprüche auf eine attraktive und lebendige Stadt – erhalten.

Wichtigste Leistungserbringer

Antikenmuseum und Sammlung Ludwig, Historisches Museum, Museum der Kulturen, Naturhistorisches Museum, Öffentliche Kunstsammlung, Fondation Beyeler (extern), Kunsthalle (extern), Plug In (extern), VIPER (extern), Theater Basel (extern), Kaserne (extern), Basler Kleintheater (extern), Basler Sinfonie-Orchester (extern), Sinfonietta (extern), Kammerorchester Basel (extern), Phoenix (extern), Chöre (extern), Bibliotheken (extern), Festivals (extern), Kunstschaffende aller Sparten (extern), Arch. Bodenforschung, Denkmalpflege

Projekte und Vorhaben

- Durchführen von baulichen Sanierungen und teilweisen Erweiterungen in den kantonalen Museen. (bisher)
- Neuausrichten der kantonalen Subventionspolitik mit dem Ziel einer vermehrten Partnerschaft in der Region Basel. (bisher)
- Vermehrtes Fördern des freien Kulturschaffens, neuerdings auch in der angewandten Kunst. (teilweise abgeschlossen, laufende Verbesserungen gehören zum Courant Normal)
- Lockerung der Vorschriften und der Praxis bezüglich Denkmalpflege. (abgeschlossen, wegen politischer Widerstände nur teilweise realisiert)

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	115.1	108.3	111.9	114.0	115.9	117.9
Ertrag	13.8	8.2	9.2	9.3	9.5	9.6
ONA	101.3	100.0	102.8	104.6	106.4	108.2
Kalkulatorische Positionen		24.7	23.3	23.7	24.1	24.5
Saldo KLR		124.8	126.1	128.3	130.5	132.7
Umlage Ressourcenfelder		3.3	3.5	3.9	3.9	3.9
Saldo Vollkosten		128.1	129.6	132.2	134.4	136.7

Beschreibung

- Förderung des Breiten- und Spitzensports.
- Bereitstellung von Sportinfrastruktur.

Politische Ziele

- Der Anteil der regelmässig Sport treibenden Bevölkerung, insbesondere der jugendlichen, steigt.
- Die Integrations- und Präventionsmöglichkeiten des Sports werden gezielt genutzt.
- Sportlerinnen und Sportler von hohem nationalem Niveau wird die leistungsorientierte Sportausübung durch das Angebot von Klassen für Spitzensportlerinnen und -sportler während der schulischen Ausbildung ermöglicht.
- Im Kanton Basel-Stadt werden regelmässig internationale Sportgrossanlässe durchgeführt.
- Die Ausübung des obligatorischen Schul- und Berufsschulsports, des Hochschul- und des Breitensports ist durch die Bereitstellung der notwendigen Sportanlagen gewährleistet.

Wichtigste Leistungserbringer

Sportamt, St. Jakobshalle

Projekte und Vorhaben

- Erarbeiten eines Konzeptes für die Nutzung der Sportanlagen St. Jakob / Brüglinger Ebene. Im Einvernehmen mit dem Amt für Raumplanung BL und der Gemeinde Münchenstein sollen Massnahmen erarbeitet werden, mit denen der Sportbetrieb und der laufende Unterhalt der Sportanlagen sichergestellt werden können. (bisher)
- Modernisieren der Infrastruktur der Sportanlage Schützenmatte, um eine bessere sportliche Nutzung des Areals zu erreichen, Teile der Anlage zu erneuern und den aktuellen Gegebenheiten anzupassen. (bisher)
- Einrichten einer Beratungsstelle für baselstädtische Spitzensportlerinnen und -sportler, die diese bei Laufbahntscheidungen unterstützt. Aktive und potentielle Spitzensportlerinnen und -sportler sollen bei Problemen in ihrem Umfeld (Laufbahntscheidungen, Gesundheit, Verträge, Schule, Beruf etc.) unterstützt werden, damit sie ihr sportliches Potential optimal nutzen können. (bisher)
- Erarbeiten von wissenschaftlichen Grundlagen über die Auswirkungen des Sports auf Integration und Gesundheitsförderung. Aufgrund der Ergebnisse allfällige Neudefinition von Schwerpunkten für die kantonale Sportpolitik. (bisher)
- Schaffen eines Angebots von Schulklassen für Spitzensportlerinnen und -sportler auf Stufe WBS (1. Pilotklasse im Schuljahr 2002/03) und OS (Zeitpunkt noch offen). (abgeschlossen; für WBS realisiert, für OS nicht mehr geplant)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	19.2	20.0	20.8	21.1	21.5	21.9
Ertrag	9.3	9.9	10.0	10.2	10.3	10.5
ONA	9.8	10.1	10.8	11.0	11.2	11.4
Kalkulatorische Positionen		12.6	12.5	12.7	12.9	13.2
Saldo KLR		22.7	23.3	23.7	24.1	24.5
Umlage Ressourcenfelder		0.7	0.7	0.8	0.8	0.8
Saldo Vollkosten		23.5	24.0	24.5	24.9	25.4

Beschreibung

- Unterbringung und Erziehung von in ihrer Entwicklung gefährdeten Kindern und Jugendlichen.
- Betreuung und Förderung von erwachsenen Behinderten.
- Planung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten Wohn- und Arbeitsangebots für Behinderte.

Politische Ziele

- Kinder und Jugendliche, die einer Gefährdung ausgesetzt sind, erhalten eine angemessene ausserfamiliäre stationäre Betreuung. Sobald es der Sozialisationsfortschritt erlaubt, werden sie wieder in die Familie oder eine andere geeignete Betreuungsform integriert.
- *Massnahmen der stationären und ambulanten Behindertenhilfe verbessern die Selbständigkeit von Erwachsenen mit einer Behinderung und ermöglichen ihnen eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.*

Wichtigste Leistungserbringer

Schulheime, Kinder- und Jugendheime (extern), staatliche und private Wohnheime und Förderstätten für Behinderte

Projekte und Vorhaben

- Neubau des Sonderschulheims «Zur Hoffnung». Dort sollen geistig und mehrfach behinderte Kinder und Jugendliche im Kanton Basel-Stadt eine zeitgemässe Förderung und Betreuung erhalten. (bisher)
- *Umsetzen des «Leitbildes Erwachsene Behinderte». Mit den geplanten Massnahmen soll für Menschen mit einer Behinderung ein adäquates Umfeld für ein selbstbestimmtes Leben geschaffen werden. (neu)*

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	75.9	*61.6	**68.0	69.3	70.5	71.6
Ertrag	19.0	23.3	25.0	25.5	25.9	26.3
ONA	56.9	37.8	43.0	43.8	44.6	45.3
Kalkulatorische Positionen		2.4	2.0	2.1	2.1	2.2
Saldo KLR		40.2	45.1	45.9	46.7	47.5
Umlage Ressourcenfelder		1.6	1.6	1.8	1.9	1.9
Saldo Vollkosten		41.8	46.7	47.7	48.5	49.3

* Im Rechnungsjahr 2001 war ein Grossteil der Tagesbetreuung (vgl. AF «Quartierarbeit und Tagesbetreuung», AF 2.8) noch im AF «Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe» (AF 2.7) enthalten.

** 3 Mio. Franken durch Mehrkosten Jugendfürsorge. Hinzu kommen Lohnmehrkosten.

- Beschreibung**
- Unterstützung und Vernetzung von Aktivitäten zur Verbesserung und Erhaltung der Lebens- und Wohnqualität im Quartier.
 - Bereitstellung von Tagesbetreuungsplätzen für Kinder.
-
- Politische Ziele**
- Quartiertreffpunkte tragen zur Verbesserung der sozialen und kulturellen Lebensqualität der Quartierbewohnerinnen und -bewohner bei und leisten einen wichtigen Beitrag für ein verständnisvolles Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen.
 - Das Angebot für Eltern, die ihr/e Kind/er *im Alter von 0–14 Jahren* ausserfamiliär betreuen lassen möchten, wird erhöht.
-
- Wichtigste Leistungserbringer**
- Trägerschaften Quartiertreffpunkte (extern), staatliche Tagesheime, Basler Frauenverein (extern), weitere private Tagesbetreuungsinstitutionen (extern), Tagesschulen
-
- Projekte und Vorhaben**
- Umsetzen der 2. Phase des Konzeptes Quartiertreffpunkte: Unterstützung von Quartiertreffpunkten in weiteren Quartieren. (bisher)
 - Schaffen einer gesetzlichen Grundlage für die Tagesbetreuung. (bisher) *Nach dem entsprechenden Beschluss des Grossen Rates Umsetzen der neuen gesetzlichen Grundlage für die Tagesbetreuung und Erarbeiten bzw. Anpassen von Verordnungen an die neuen gesetzlichen Bestimmungen.* (neu)
 - *Vorbereiten und Aushandeln neuer Leistungsvereinbarungen mit Trägern der Tagesbetreuung für die Jahre 2004ff, um die angestrebte Quantität und Qualität in Zusammenarbeit mit den Trägerschaften zu erreichen.* (bisher)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	16.8	*27.7	28.1	28.6	29.0	29.5
Ertrag	8.9	2.5	2.1	2.2	2.2	2.2
ONA	7.9	25.2	25.9	26.4	26.9	27.3
Kalkulatorische Positionen		1.6	1.9	1.9	2.0	2.0
Saldo KLR		26.8	27.8	28.3	28.8	29.3
Umlage Ressourcenfelder		1.1	1.1	1.3	1.3	1.3
Saldo Vollkosten		27.9	28.9	29.6	30.1	30.6

* Im Rechnungsjahr 2001 war ein Grossteil der Tagesbetreuung noch im AF «Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe» (AF 2.7) enthalten.

- Beschreibung**
- Betreuung von Rekursen, Vertretung des Kantons bei Rechtsstreitigkeiten, Erstellung von Rechtsgutachten, Ausarbeitung von Erlassentwürfen und Führung der kantonalen Gesetzessammlung.
 - Prüfung von Namensänderungen und Adoptionen.
 - Leistung und Vermittlung von Hilfe für Opfer von Straftaten. Stiftungsaufsicht im Bereich der beruflichen Vorsorge (BVG) und bei den klassischen Stiftungen.
 - Rechtsaufsicht über die Gemeinden, das Vormundschaftswesen und die Registerbehörden.
 - Führung der Register im Handels-, Grundbuch- und Zivilstandsbereich sowie Durchführung der amtlichen Vermessung.

- Politische Ziele**
- Gesetzmässigkeit und Rechtsfrieden im Rahmen des kantonalen Verwaltungshandelns sind gewahrt.
 - Die sorgfältige Führung der von Bundesrecht vorgegebenen Register sorgt für Rechtssicherheit im Geschäftsverkehr, die Sicherung des Grundeigentums und die korrekte Wiedergabe von Statusdaten.

Wichtigste Leistungserbringer Rechtsabteilung, Handelsregisteramt, Zivilstandsamt (Bestattungsbüro/Bürgerrechtsdienst), Grundbuch- und Vermessungsamt, Opferhilfeorganisationen (extern)

- Projekte und Vorhaben**
- Einführen des gesamtschweizerisch vorgesehenen neuen Zivilstandsregisters «Infostar» bis Ende 2003, um die kantonalen Zivilstandsdaten in zeitgemässer Form zur Verfügung stellen zu können. (bisher)
 - Schaffen der Möglichkeit bis Ende 2004, Anmeldungen ans Handelsregister und Bezug beglaubigter Handelsregisterauszüge via Internet vorzunehmen, um einen rationelleren Zugang zu Handelsregisterdaten zu ermöglichen. (bisher)
 - Schaffen der gesetzlichen Grundlagen für die Einführung von e-Government und für den kantonalen Datenmarkt im Kanton Basel-Stadt, um für Transaktionen die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen (z.B. zur Frage der Fristenwahrung im E-Mail-Verkehr) (s. auch RF 8.5, 8.7). (neu)
 - Anpassen der kantonalen Gesetzgebung an das eidgenössische Filmgesetz. Es soll dabei auch geprüft werden, ob auf kantonaler Ebene weitere Medien (z.B. Computer- und Videospiele, Videofilme) in die Bestimmungen zum gesetzlichen Jugendschutz einbezogen werden sollen. (neu)
 - Umstellen der amtlichen Vermessung an die bundesrechtlichen Vorgaben AV93 (Grunddatensatz von Vermessungsdaten in numerischer (digitaler) Form) und LV95 (Koordinatensystem, das auf der 1995 eingeführten Landesvermessung beruht). Mit dieser Umstellung erhalten die kantonalen Vermessungsdaten eine grössere Aussagekraft und Qualität. (neu)
 - Überprüfen des Revisionsbedarfes der Zivilprozessordnung (ZPO) und des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG) unter Berücksichtigung der bundesrechtlichen Prozessrechtsvorhaben. (abgeschlossen)
 - Ausarbeiten einer Gesetzesrevision zur Reorganisation des Gewerblichen Schiedsgerichts mit Wirksamkeit ab Beginn der neuen Amtsperiode (1.1.2004). (abgeschlossen)
 - Ausarbeiten einer Verordnung über die fürsorgliche Freiheitsentziehung (FFE). Dabei sollen offene Fragen (u.a. Betreuung, Zuständigkeit) betreffend Menschen, die von Verwahrlosung bedroht sind, und betreffend der immer grösser werdenden Gruppe dementer Personen geklärt werden. (abgeschlossen)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2005
Aufwand	14.5	14.6	15.5	15.8	16.0	16.3
Ertrag	*12.8	11.4	12.4	12.6	12.8	13.1
ONA	1.7	3.3	3.1	3.2	3.2	3.3
Kalkulatorische Positionen		2.7	3.0	3.1	3.0	3.0
Saldo KLR		5.9	6.1	6.2	6.2	6.3
Umlage Ressourcenfelder		0.5	0.6	0.7	0.7	0.7
Saldo Vollkosten		6.5	6.7	7.0	7.0	7.0

* In der R 2001 führten einmalige Mehreinnahmen beim Handelsregisteramt zu dem erhöhten Ertrag.

- Beschreibung**
- Sicherung des Kindeswohls durch Beratung, Vermittlung und Intervention.
 - Unterstützung und Schutz von Menschen, die aus psychischen oder physischen Gründen selber nicht in der Lage sind, ihre Angelegenheiten zu besorgen.
-
- Politische Ziele**
- Das Wohl gefährdeter Kinder und Jugendlicher wird gesichert.
 - Menschen, die aus psychischen oder physischen Gründen selber nicht in der Lage sind, ihre Angelegenheiten zu besorgen, können dank staatlichem Beistand in einem geordneten Alltag leben.
-
- Wichtigste Leistungserbringer**
- Vormundschaftsbehörde, Familien- und Erziehungsberatung (extern), Verein Beratungsstelle SLW, Help! For Families (extern), Pro Juventute (extern)
-
- Projekte und Vorhaben**
- Durchführen eines Pilotprojektes zur Schulsozialarbeit an der OS, um die Schulen beim Umgang mit sozial schwierig gewordenen Schülerinnen und Schülern zu entlasten und kostspielige und tiefgreifende Kinderschutzmassnahmen zu vermeiden. (bisher)
 - Zusammenführen der Fachhochschule für Soziale Arbeit beider Basel (FHS-BB) mit dem Lehrerseminar Liestal und dem Pädagogischen Institut Basel zur geplanten Fachhochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel (HPSA-BB), um im Bereich der Lehrkräfteausbildung und der Sozialen Arbeit eine leistungsfähige und verursachergerecht finanzierte bikantonale Bildungsinstitution zu schaffen. (bisher)
 - Aufbauen eines Sozialdienstes und Begleitangebots für Erwachsene, die von Verwahrlosung bedroht sind, sich aber (noch) nicht oder nicht mehr in der fürsorgerischen Freiheitsentziehung (FFE) befinden. Damit sollen kostspielige Massnahmen wie z.B. der Fürsorgerische Freiheitsentzug vermieden oder verringert werden. (bisher)
 - Ausrichten der Struktur und der Tätigkeiten der Vormundschaftsbehörde, um diese an das eidgenössische Vormundschaftsrecht anzupassen, das sich zurzeit in Revision befindet. (bisher)
 - Durchführen eines Projekts zum Kindes- und Jugendschutz. Dadurch sollen die bestehenden Stellen besser vernetzt und das bestehende Angebot ergänzt werden, um das Hilfe-Angebot für den Umgang mit Kindsmisshandlungen oder mit entsprechenden Verdachtsmomenten zu optimieren. (neu)
 - Ausdehnen der Schulsozialarbeit in der WBS (ab 2002). (abgeschlossen)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	19.0	20.0	20.0	20.8	21.1	21.5
Ertrag	3.2	3.2	2.1	2.1	2.2	2.2
ONA	15.8	16.8	17.9	18.6	18.9	19.3
Kalkulatorische Positionen		2.6	2.8	2.6	2.6	2.6
Saldo KLR		19.4	20.6	21.2	21.6	21.9
Umlage Ressourcenfelder		0.7	0.8	0.9	0.9	0.9
Saldo Vollkosten		20.1	21.4	22.1	22.4	22.8

- Beschreibung**
- Kriminalitätsbekämpfung, Verbrechensprävention, Führung von Strafuntersuchungen und Anklageerhebung.
 - Vollzug von Freiheitsstrafen und Massnahmen bei verurteilten Straftätern sowie Bewährungshilfe.
-
- Politische Ziele**
- Die öffentliche Sicherheit ist mittels konsequenter Anwendung des Strafgesetzes durch eine qualitativ hochstehende Untersuchungsführung gewährleistet.
 - Straftäterinnen und -täter verbüssen ihre Strafe und die Gesellschaft wird vor ihnen geschützt. Straffällige Menschen werden durch die Bewährungshilfe betreut und sollen nach Verbüsung ihrer Strafe wieder in die Gesellschaft integriert und vor Rückfällen bewahrt werden.
-
- Wichtigste Leistungserbringer**
- Staatsanwaltschaft, Abteilung Freiheitsentzug und Soziale Dienste, Interkantonale Strafanstalt Bostadel, Verein Neustart (extern), Verein für Gefangenenbetreuung (extern)
-
- Projekte und Vorhaben**
- Umbau und Erweiterung der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel bis 2005, um die Sicherheit zu erhöhen und im Hochsicherheitsbereich einen Gruppenvollzug zu ermöglichen. (bisher)
 - Gesetzliches Verankern der Bewährungshilfe, um damit unter anderem die neuen interkantonalen und eidgenössischen Richtlinien nachzuvollziehen. (bisher)
 - Verlängern des Projekts Electronic Monitoring, bis auf eidgenössischer Ebene eine definitive gesetzliche Grundlage geschaffen wird. (bisher)
 - *Anpassen der kantonalen Gesetzgebung und der kantonalen Strafverfolgungs- und Strafvollzugsstrukturen an das eidgenössische Strafgesetzbuch, das sich in Revision befindet, und an die zukünftige eidgenössische Strafprozessordnung.* (neu)
 - *Durchführen eines Pilotprojekts zum Aussergerichtlichen Tatausgleich zwischen Tätern und Opfern (in den Jahren 2003 und 2004). Dank dem Aussergerichtlichen Tatausgleich sollen z.B. die Rückfälligkeit des Täters verringert oder auch die Kosten gesenkt werden.* (neu)
 - Electronic Monitoring: Ablauf des Modellversuchs am 31. August 2002. Evaluation des Pilotprojekts. (abgeschlossen)
 - Durchführen einer Präventionskampagne zum Thema Anlagebetrug, die von der Schweizerischen Koordinationsstelle für Verbrechensprävention fürs Jahr 2002 ausgearbeitet wird. (abgeschlossen)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	29.6	29.7	*30.8	**32.7	33.7	34.5
Ertrag	2.5	2.8	3.0	3.1	3.1	3.2
ONA	27.1	26.9	27.8	29.6	30.6	31.3
Kalkulatorische Positionen		9.3	9.6	9.2	7.9	5.9
Saldo KLR		36.2	37.3	38.8	38.5	37.2
Umlage Ressourcenfelder		1.1	1.2	1.4	1.4	1.3
Saldo Vollkosten		37.3	38.5	40.2	39.8	38.6

* Ab B 2003 mussten aufgrund gutgeheissener Rekurse zur Lohneinreihung einzelner Berufsgruppen die Personalkosten der Strafverfolgung erhöht werden.

** Ab P 2004 wird mit einer kontinuierlichen Steigerung der Unterbringungskosten von Straftätern gerechnet.

Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung

JD • 3.4

Beschreibung

- Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen zur Entfaltung von Kindern und Jugendlichen im Freizeitbereich.
- Unterstützung und Stärkung der Familien.
- Sicherstellung einer ursachenorientierten Primärprävention (Sucht- und Gewalt) mit den Hauptzielgruppen der Kinder und Jugendlichen sowie der Familien.

Politische Ziele

- Die Kinder und Jugendlichen erhalten Unterstützung für eine sinnvolle Freizeitgestaltung und werden zur Verminderung von Sucht und Gewalt in ihrer Persönlichkeit gestärkt.
- Gezielte Verbesserung der Lebensqualität für Familien, um das Wohl und die Entwicklung aller Familienmitglieder zu fördern.
- Koordination der Strategien und Zielsetzungen aller in der Prävention involvierten Verwaltungsstellen.

Wichtigste Leistungserbringer

Abteilung Jugend, Familie und Prävention, Vormundschaftsbehörde (Schulsozialarbeit), Basler Freizeitaktion (extern), Verein Eulerstross nüün (extern), Verein Robi-Spiel-Aktionen (extern), Verein Mobile Jugendarbeit (extern), Pro Juventute (extern), Familien- und Erziehungsberatung (extern)

Projekte und Vorhaben

- Vorlegen eines Gewaltpräventionskonzepts und Umsetzen der dann zu beschliessenden Massnahmen. Damit soll das staatliche Handeln in Basel-Stadt koordiniert werden. Die Umsetzung der im Gewaltpräventionskonzept enthaltenen Massnahmen sollen die Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft vermindern oder verhindern. (bisher)
- Überführen des provisorischen Jugendtreffpunktes Neubad in das städtische Angebot. Damit sollen auch in diesem Quartier die Jugendlichen einen Frei-, Spiel- und Gestaltungsraum erhalten und eine Lücke im gesamtstädtischen Angebot der offenen Jugendarbeit soll geschlossen werden. (bisher)
- Durchführen eines Massnahmenpakets zur Cannabis- und Tabakprävention: Die Bevölkerung, insbesondere Jugendliche, soll über die negativen Auswirkungen des Cannabis- und Tabakkonsums informiert werden. Damit soll die Zahl jener Personen verringert werden, die in ein unerwünschtes Konsumverhalten einsteigen. (neu)
- Institutionalisieren der Mobilen Jugendarbeit, um Jugendliche im öffentlichen Raum anzusprechen. Damit sollen diese Jugendlichen das bestehende Beratungs- und Freizeitangebot besser nutzen können. (neu)
- Erarbeiten eines Gesamtkonzeptes «offene Kinder- und Jugendarbeit Basel-Stadt», damit die bestehenden Angebote besser auf einander abgestimmt werden und somit Ressourcen optimiert und Synergien genutzt werden können. (neu)
- Definitives Einrichten des Jugendtreffpunktes Breite. (abgeschlossen)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	5.9	6.9	7.4	7.6	7.7	7.8
Ertrag	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
ONA	5.7	6.9	7.4	7.6	7.7	7.8
Kalkulatorische Positionen		0.4	0.4	0.4	0.5	0.5
Saldo KLR		7.3	7.9	8.0	8.1	8.3
Umlage Ressourcenfelder		0.2	0.2	0.3	0.3	0.3
Saldo Vollkosten		7.5	8.1	8.3	8.4	8.5

Gleichstellung von Frauen und Männern

JD • 3.5

- Beschreibung**
- Voranbringen der tatsächlichen Chancengleichheit für Frauen und Männer in allen Lebensbereichen.
 - Verankerung einer geschlechterbewussten Optik in allen Politikbereichen.
-
- Politische Ziele**
- Die unterschiedlichen Situationen, Prioritäten und Bedürfnisse von Frauen und Männern werden von den Beschäftigten der kantonalen Verwaltung in ihrer alltäglichen Arbeit berücksichtigt (Gender Mainstreaming). Die Strategie des Gender Mainstreaming wird zum durchgängigen Prinzip in allen Wirkungsbereichen von Regierung, Verwaltung und Behörden.
 - Auch Organisationen ausserhalb der Verwaltung und private Initiativen werden unterstützt in ihren Bestrebungen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Es findet eine Vernetzung mit den in der Gleichstellungsthematik tätigen privaten und öffentlichen Akteurinnen und Akteuren statt.
-
- Wichtigste Leistungserbringer**
- Gleichstellungsbüro, Frauenrat, Zentraler Personaldienst, dezentrale Personalverantwortliche (inkl. PG 99), Linienverantwortliche, Frauenhaus (extern), Halt-Gewalt (extern)
-
- Projekte und Vorhaben**
- Verankern des Prinzips des Gender Mainstreamings zusammen mit dem vom Bundesrat 1999 verabschiedeten Aktionsplan der Schweiz zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der kantonalen Verwaltung. (bisher)
 - Umsetzen entwickelter Qualitätsstandards in ausgewählten Schulen (Kindergarten, Primarschule, Orientierungsschule), um die schulische Chancengleichheit zu fördern. (bisher)
 - Durchführen des Projektes «Geschlechterdifferenzierte Budgetanalyse und Rechnungslegung» zusammen mit externen Fachleuten. (bisher) *Aufgrund der Ergebnisse werden Vorschläge ausgearbeitet, wie die Transparenz der Auswirkungen von Budgetentscheidungen auf die Geschlechter (insbesondere die Auswirkungen auf die Beschäftigung, die unbezahlte Arbeit oder die Finanzierung bzw. den Bezug staatlicher Leistungen) künftig erhöht werden kann.* (neu)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	1.1	1.2	1.3	1.3	1.3	1.3
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
ONA	1.1	1.2	1.2	1.3	1.3	1.3
Kalkulatorische Positionen		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo KLR		1.2	1.2	1.2	1.2	1.3
Umlage Ressourcenfelder		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Vollkosten		1.2	1.2	1.3	1.3	1.3

- Beschreibung** ■ Pflege der Aussenbeziehungen und der grenzüberschreitenden Kontakte innerhalb der Region Oberrhein und mit den Regionen Europas sowie Entwicklung und Mitwirkung bei der Umsetzung von grenzüberschreitenden Vorhaben.
-
- Politische Ziele** ■ Die trinationale Zusammenarbeit ermöglicht qualitativ hochstehende, grenzüberschreitende Angebote für die Menschen in der Region.
-
- Wichtigste Leistungserbringer** Departementssekretariat JD, Regio Basiliensis (extern), Gemeinsames Sekretariat Oberrheinkonferenz (extern), Infobest Palmrain (extern)
-
- Projekte und Vorhaben** ■ Planen, Steuern und Umsetzen des EU-Förderprogrammes Interreg IIIA «Oberrhein Mitte-Süd», um zukunftsweisende und nachhaltige Vorhaben zusammen mit den Partnern im trinationalen Raum und den Projektträgern zu ermöglichen (2001–2006). (bisher)
- Umsetzen grenzüberschreitender Projekte mit verschiedenen Partnern, um die Lebensqualität und die Standortattraktivität am Oberrhein zu fördern (z.B. *Biovalley-Initiative*, *Raumentwicklungsprojekte TAB*, *grenzüberschreitendes Beratungsnetz für Handwerksbetriebe und KMU* (neu), trinationaler Bauingenieurlehrgang, Erarbeiten einer Prognose zur Verkehrssituation im Oberrheingebiet bis 2020, Einrichten eines gemeinsamen Raumbeobachtungssystems für das Oberrheingebiet (abgeschlossen), etc.). (bisher)

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	0.6	1.0	0.9	0.9	0.9	1.0
Ertrag	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
ONA	0.5	1.0	0.9	0.9	0.9	1.0
Kalkulatorische Positionen		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo KLR		1.0	1.0	1.0	1.0	1.1
Umlage Ressourcenfelder		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Vollkosten		1.0	1.0	1.0	1.0	1.1

Beschreibung

- Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung im Alltag durch Regelung (Ausstellen von Ausweisen und Dokumenten, Koordination von Messen, Märkten und Zirkusveranstaltungen).
- Erteilen von Bewilligungen mit Einschränkungen und Auflagen.
- Kontrolle, ob Gesetze, Vorschriften und erteilte Bewilligungen eingehalten werden.
- Intervention bei ausserordentlichen Ereignissen (Brand, Unfall, Einbruch, Demonstration, Grossanlass usw.).

Politische Ziele

- Die Bevölkerung der Stadt und der beiden Landgemeinden lebt geordnet und friedlich zusammen und fühlt sich sicher.
- Bei ausserordentlichen Ereignissen sind die Personen- und Sachschäden möglichst gering. Für die Betroffenen geht das Leben möglichst rasch in den normalen Bahnen weiter.

Wichtigste Leistungserbringer

Einwohnerdienste, Teile der Kantonspolizei, Feuerwehr, Administrative Dienste

Projekte und Vorhaben

- *Errichten der Bezirkswache Ost* (letzter Schritt in der Umsetzung des Konzeptes «4 plus»). Damit soll auch die Bevölkerung im Ostteil Basels ein Dienstleistungszentrum der Polizei erhalten, in dem verschiedene Dienstleistungen angeboten werden und somit ein enger Kontakt zwischen der Bevölkerung und der Polizei ermöglicht wird. (bisher)
- *Mitarbeit bei der Umsetzung der drogenpolizeilichen Vorgaben (Teilprojekt «Abklärung und Vermittlung» und Mitarbeit in den neuen Führungsstrukturen der kantonalen Drogenpolitik etc.). Mit dem Teilprojekt «Abklärung und Vermittlung» soll der öffentliche Raum und damit die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner von den negativen Begleiterscheinungen eines exzessiven Teils der Drogenszene entlastet werden.* (neu)
- *Prüfen der Zusammenlegung der bestehenden Einsatzzentralen von Polizei, Berufsfeuerwehr und Sanität (2006/2007) an einem gemeinsamen Standort. Damit sollen die Einsatzkräfte besser koordiniert und die Einsatzmöglichkeiten verbessert werden (s. auch AF 4.4).* (neu)
- *Beschaffen eines Einsatzleitrechners für die Feuerwehr (2003), um die Einsatzplanung zu optimieren (Verkürzen der Einsatzzeit und Verbessern der situativen Lagebeurteilung vor Ort).* (neu)
- *Prüfen der Beschaffung einer modernen Funkausrüstung für die Feuerwehr (2003 bis 2006), um die Verbindungen mit anderen Notfalldiensten zu verbessern und zu sichern.* (neu)
- *Einrichten eines Dienstleistungszentrums im Spiegelhof für Verwaltung und Bevölkerung («One-Stop-Shop»). Mit dem One-Stop-Shop soll der Zugang für Einwohnerinnen und Einwohner zu Informationen und Dienstleistungen der kantonalen Verwaltung erleichtert werden (s. auch RF 8.7).* (neu)
- *Verlegen der Polizeigarage vom Spiegelhof ins Zeughaus, denn die engen Platzverhältnisse im Spiegelhof beeinträchtigen dessen Effizienz und Einsatzbereitschaft.* (abgeschlossen)
- *Etappenweises Umsetzen der bilateralen Verträge mit der EU im Bereich Personenverkehr.* (abgeschlossen)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	124.3	124.1	130.7	132.2	133.9	135.5
Ertrag	26.8	25.2	26.8	26.9	27.1	27.3
ONA	97.5	98.9	103.9	105.4	106.8	108.2
Kalkulatorische Positionen		14.7	14.7	14.8	14.9	14.9
Saldo KLR		113.6	118.6	120.1	121.7	123.2
Umlage Ressourcenfelder		4.3	4.6	5.3	5.3	5.3
Saldo Vollkosten		117.9	123.3	125.4	127.0	128.5

- Beschreibung**
- Sicherstellen des Verkehrsflusses und Optimieren des Verkehrsflusses auf den Hauptverkehrsachsen.
 - Positive Einflussnahme auf das Verkehrsverhalten (Verkehrserziehung und Prävention).
 - Überwachen und Durchsetzen der Einhaltung der Verkehrsvorschriften.

- Politische Ziele**
- Der Verkehr läuft geordnet ab. Auf den Hauptachsen bewegt sich der Individualverkehr flüssig. Der öffentliche Verkehr (Tram und Bus) wird nicht vom motorisierten Individualverkehr behindert. An lichtsinalgeregelten Knotenpunkten muss der öffentliche Verkehr nicht oder nur sehr kurz warten.
 - Es gibt wenig Unfälle, v.a. solche mit Personenschaden.
 - Die Lärm- und Abgasemissionen des Verkehrs werden durch eine Verflüssigung des Verkehrsflusses vermindert.
 - Für Grossveranstaltungen sind Verkehrskonzepte erstellt, welche Zufahrts- und Abstellmöglichkeiten für alle Verkehrsmittel umfassen.

Wichtigste Leistungserbringer Verkehrsabteilung, Teile der Sicherheitsabteilung der Kantonspolizei

- Projekte und Vorhaben**
- Einrichten weiterer Tempo-30-Zonen, um den Verkehr zu beruhigen und die Zahl der Unfälle in den Quartieren weiter zu vermindern. (bisher)
 - Einführen der neuen Informatiklösung NEMOK in der Motorfahrzeugkontrolle, die wegen verschiedener Neuerungen (Führerausweise, leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe etc.) nötig wurde. (bisher)
 - Neue Gestaltung der Kundenzone der Motorfahrzeugkontrolle. (abgeschlossen)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	20.7	21.0	23.4	23.7	24.0	24.2
Ertrag	54.5	56.4	59.4	59.6	59.9	60.3
ONA	-33.9	-35.4	-36.0	-35.9	-36.0	-36.0
Kalkulatorische Positionen		1.9	2.2	2.2	2.2	2.2
Saldo KLR		-33.5	-33.8	-33.7	-33.8	-33.9
Umlage Ressourcenfelder		0.1	0.1	0.2	0.2	0.2
Saldo Vollkosten		-33.4	-33.7	-33.5	-33.6	-33.6

Beschreibung

- Schutz vor Verbrechen durch:
 - Information der Bevölkerung und Präsenz der Polizei im Sinne der Prävention;
 - Rasche und zielgerichtete Intervention bei Delikten;
 - Ermittlung, Personen- und Sachfahndung;
 - Vollzug von Freiheitsstrafen, Verwahrung von Untersuchungsgefangenen und Auszuschaffenden.

Politische Ziele

- Die Bevölkerung der Stadt und der beiden Landgemeinden ist informiert über Möglichkeiten, sich vor Kriminalität zu schützen und fühlt sich sicher.
- Die Straftäter verbüssen ihre Strafe und die Gesellschaft wird vor ihnen geschützt. Straffällige Menschen werden vorbereitet auf eine erfolgreiche Re-Integration in die Gesellschaft und sie werden vor Rückfällen bewahrt.

Wichtigste Leistungserbringer

Teile der Kantonspolizei, Gefängniswesen

Projekte und Vorhaben

- *Errichten der Bezirkswache Ost* (letzter Schritt in der Umsetzung des Konzeptes «4 plus»). Damit soll auch die Bevölkerung im Ostteil Basels ein Dienstleistungszentrum der Polizei erhalten, in dem verschiedene Dienstleistungen angeboten werden und somit ein enger Kontakt zwischen der Bevölkerung und der Polizei ermöglicht wird. (bisher)
- *Erfassen jener Örtlichkeiten, die objektiv unsicher sind oder von der Bevölkerung subjektiv als unsicher wahrgenommen werden. Im Anschluss daran werden mit den dafür zuständigen Amtsstellen Massnahmen geprüft, mit denen die Sicherheit dank Massnahmen bei der Infrastruktur verbessert werden könnte (z.B. durch Beleuchtung, bauliche Massnahmen).* (neu)
- *Vermehrte gezielte Kontrollen, um die Schwarzarbeit und den illegalen Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern zu bekämpfen.* (neu)
- *Realisieren der Schliessung der Strafanstalt Schällemätteli, die spätestens Ende 2004 vollzogen sein muss. Die Insassen sollen künftig in der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel (BS und ZG) untergebracht werden. So wird die veraltete Strafanstalt Schällemätteli durch eine den heutigen Bedürfnissen entsprechende Alternative abgelöst, und es wird möglich, das Areal für andere Zwecke (z.B. Wohnzwecke) zu nutzen. Die Mitarbeitenden der aufgehobenen Strafanstalt sollen dann in Bereichen des Gefängniswesens, die heute von Dritten (Kantonspolizei, Securitas) abgedeckt werden, eingesetzt werden.* (neu)
- Prüfen und ev. Projektieren einer neuen Vollzugsanstalt (als Ersatz für das Schällemätteli) auf dem Bässlergut (neben dem Ausschaffungsgefängnis). Damit soll ermöglicht werden, das Gebiet des Schällemätteli für andere Zwecke (z.B. Wohnzwecke) zu nutzen. (abgeschlossen)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	38.5	38.6	39.2	39.7	40.2	40.7
Ertrag	6.4	6.1	4.7	4.7	4.7	4.8
ONA	32.1	32.5	34.5	35.0	35.4	35.9
Kalkulatorische Positionen		5.6	5.8	5.9	5.9	5.9
Saldo KLR		38.1	40.4	40.9	41.3	41.8
Umlage Ressourcenfelder		1.6	1.6	1.8	1.8	1.8
Saldo Vollkosten		39.7	42.0	42.7	43.2	43.7

Schutz bei ausserordentlichen Ereignissen

PMD • 4.4

Beschreibung

- Gewährleistung von Schutz und Sicherheit bei ausserordentlichen Ereignissen (Katastrophen, Terrorismus, Unruhen).
- Verminderung von erkennbaren Risiken durch entsprechende Vorbereitungen.
- Begrenzung von Schäden und Verminderung von Eskalationen bei einem ausserordentlichen Ereignis.

Politische Ziele

- Bei ausserordentlichen Ereignissen sind Personen- und Sachschäden möglichst gering. Das Leben geht möglichst rasch in den normalen Bahnen weiter.

Wichtigste Leistungserbringer

Kantonaler Führungsstab, Katastrophenorganisation, Teile der Kantonspolizei (Katastrophenvorsorge), Teile der Feuerwehr, Bevölkerungsschutz, Militär (extern)

Projekte und Vorhaben

- Reorganisation des Kantonalen Führungsstabes (KFS) und der Katastrophenorganisation (Ka-Org) zu einer modernen Kriseninterventionsorganisation, die auf heutige Bedrohungslagen vorbereitet ist. (neu)
- Prüfen der Zusammenlegung der bestehenden Einsatzzentralen von Polizei, Berufsfeuerwehr und Sanität (2006/2007) an einem gemeinsamen Standort. Damit sollen die Einsatzkräfte besser koordiniert und die Einsatzmöglichkeiten verbessert werden (s. auch AF 4.1). (neu)
- Zusammenlegen der Abteilungen Militär und Bevölkerungsschutz, um die Effizienz zu steigern und um sich an die Reorganisation der Armee und des Zivilschutzes auf Ebene Bund anzupassen. (abgeschlossen)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	12.1	13.1	13.3	13.5	13.7	13.8
Ertrag	3.5	3.8	3.5	3.6	3.6	3.6
ONA	8.5	9.3	9.8	9.9	10.1	10.2
Kalkulatorische Positionen		2.4	2.6	2.6	2.6	2.6
Saldo KLR		11.7	12.4	12.5	12.7	12.8
Umlage Ressourcenfelder		0.5	0.6	0.7	0.7	0.7
Saldo Vollkosten		12.2	13.0	13.2	13.4	13.5

Beschreibung ■ Durchführung der eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen.

Politische Ziele ■ Die politischen Rechte der Stimm- und Wahlberechtigten sind gewahrt.
 ■ Die Resultate bei eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen liegen schnell und zuverlässig vor.

Wichtigste Leistungserbringer Einwohnerdienste, Abteilung Wahlen und Abstimmungen

Projekte und Vorhaben ■ Ablösen der veralteten Informatiklösung (Host-Applikation) durch eine, die es erlaubt, einfacher und effizienter das Stimmregister zu führen und die Stimmberechtigung von Einwohnerinnen und Einwohnern zu überprüfen (z.B. für die Unterschriftsbescheinigung für Initiativen und Referenden). (neu)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	1.0	0.9	1.9	1.9	1.9	1.9
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
ONA	1.0	0.9	*1.9	*1.9	1.9	1.9
Kalkulatorische Positionen		0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Saldo KLR		1.0	1.9	2.0	2.0	2.0
Umlage Ressourcenfelder		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Vollkosten		1.1	2.0	2.0	2.0	2.1

* National- und Ständeratswahlen im B 2003 und Grossratswahlen im P 2004 sorgen für den Anstieg des ONA.

Beschreibung

- Aufsicht und Bewilligungswesen für Medizinalpersonen, für Herstellung, Handel und Anwendung von Heilmitteln und Betäubungsmitteln, für Spitäler, Alters- und Pflegeheime sowie Spitex-Dienste.
- Überwachung des Heilmittelverkehrs, Inspektion der Heilmittelabgabestellen, Erfassung der klinischen Versuche im Kantonsgebiet.
- Medizinische Diagnosen im Rahmen des fürsorgerischen Freiheitsentzugs.
- Rechtsmedizinische Untersuchungen von Menschen und an Materialien.
- Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung, der Giftgesetzgebung, Lebensmittelkontrolle und Hygienekontrolle sowie Radioaktivitätsbelange.
- Untersuchung der Schlachttiere, Bestimmung der Genussauglichkeit des Fleisches sowie Überwachung der Bestimmung des Schlachtgewichts.
- Sonstiger Verbraucherschutz im Bereich Nichtlebensmittel.
- *Bewältigung von ausserordentlichen Ereignissen durch Vorsorge und Einsätze (Katastrophendienst).*
- Überwachung von Anlagen im Bereich der Chemie- und Biosicherheit.

Politische Ziele

- Die Bevölkerung ist vor missbräuchlicher und nicht den hoheitlich festgelegten Qualitätsstandards entsprechender medizinischer und pflegerischer Beratung und Behandlung geschützt.
- Die Bevölkerung kann auf dem Kantonsgebiet nur Konsumartikel beziehen, welche die Gesundheit nicht direkt oder indirekt gefährden und deren Zusammensetzung und Aufmachung nicht täuschend sind.
- *Bei ausserordentlichen Ereignissen ist die Gesundheit der Bevölkerung wirkungsvoll geschützt.*
- Bevölkerung und Umwelt sind soweit technisch möglich vor Störfällen im Bereich Chemie und Biotechnologie geschützt.

Wichtigste Leistungserbringer

Gesundheitsdienste, *Sanität*, Amt für Alterspflege, Institut für Rechtsmedizin, Kantonales Labor, Veterinäramt, Schlachthof

Projekte und Vorhaben

- Vorlegen einer neuen, auf das Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) abgestimmten gesetzlichen Grundlage für die kantonale Gesundheitsversorgung im Bereich der Spitäler, der Pflegeheime, der Geburtsstätten und des Rettungswesens (Leistungserbringergesetz). In dieser Grundlage definiert der Kanton das Leistungsangebot. Gleichzeitig koordiniert und überprüft er es hinsichtlich Wirksamkeit und Qualität. (bisher)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	18.7	19.4	20.1	20.5	20.8	21.2
Ertrag	8.9	8.6	9.0	9.2	9.3	9.5
ONA	9.8	10.8	11.1	11.3	11.5	11.7
Kalkulatorische Positionen		2.1	2.4	2.5	2.5	2.6
Saldo KLR		13.0	13.5	13.8	14.0	14.2
Umlage Ressourcenfelder		0.6	0.6	0.7	0.7	0.7
Saldo Vollkosten		13.5	14.1	14.5	14.7	14.9

- Beschreibung**
- Konzipierung, Durchführung und Evaluation von Massnahmen im Bereich Ernährung, Bewegung und Stressbewältigung, Vorsorgeuntersuchungen, Gesundheitserziehung, Vorbeugung und Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten, Zahnprophylaxe.
 - Beratung und Betreuung von Suchtmittelgefährdeten, Suchtmittelabhängigen und indirekt Betroffenen, Planung und Koordination der Suchthilfe, Konzipierung und Koordination der kantonalen Suchtpolitik.
 - Verwaltung des Alkoholzehntels.
-
- Politische Ziele**
- Die Gesundheit der Bevölkerung wird durch Beratung, Information und bedarfsgerechte Massnahmen gefördert.
 - Ausgewählten Alters- und Risikogruppen stehen gezielte Beratungs- und Behandlungsangebote zur Verfügung.
-
- Wichtigste Leistungserbringer**
- Gesundheitsdienste, Institut für Sozial- und Präventivmedizin (ISPM), Zahnkliniken; Suchthilfe Region Basel (extern), Aids-Hilfe beider Basel (extern), Blaues Kreuz (extern)
-
- Projekte und Vorhaben**
- Verstärkte Koordination der Tätigkeiten und Massnahmen im Bereich Gesundheitsprävention, um den Mitteleinsatz zu optimieren und Doppelspurigkeiten zu verhindern. (bisher)
 - Analysieren des gesamten Angebots im Suchthilfebereich, um unter Einbezug aller Fachrichtungen und Interessengruppen die Suchtpolitik zu optimieren. (bisher)
 - Trennen der Bereiche «Lehre und Forschung» und «Gesundheitsförderung» des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin (ISPM). Der Bereich «Lehre und Forschung» soll dann in die Universität, der Bereich «Gesundheitsförderung» in die Gesundheitsdienste integriert werden (Realisierung im Jahre 2002). Dank dieser organisatorischen Konzentration der entsprechenden Tätigkeiten soll die Effizienz gesteigert werden. (abgeschlossen)

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	13.3	14.5	15.4	15.7	16.0	16.3
Ertrag	1.9	2.3	2.1	2.2	2.2	2.3
ONA	11.5	12.2	13.3	13.5	13.8	14.0
Kalkulatorische Positionen		0.5	0.6	0.6	0.6	0.6
Saldo KLR		12.8	13.8	14.1	14.3	14.6
Umlage Ressourcenfelder		0.7	0.7	0.9	0.9	0.9
Saldo Vollkosten		13.4	14.6	14.9	15.2	15.4

Beschreibung	<ul style="list-style-type: none">■ Stationäre, teilstationäre und ambulante Versorgung (inkl. freipraktizierende Leistungserbringer) auf dem Gebiet der somatischen Akutmedizin, der Geriatrie, Psychiatrie und der Rehabilitation.■ 24-Stunden-Notfallstationen auf dem Gebiet der somatischen Akutmedizin und der Psychiatrie.■ Ärztliche Betreuung in den beiden Basler Gefängnissen.■ Zahnmedizinische Behandlungen in den Zahnkliniken, Behandlungswagen und bei Bedarf in Heimen oder zu Hause.■ Kranken- und Notfalltransporte, Verlegungstransporte.■ Unterstützung der Pflege zu Hause, Angebot von Heimpflegeplätzen und Vermittlung von Pflegeplätzen für Betagte und Pflegebedürftige.
Politische Ziele	<ul style="list-style-type: none">■ Die Gesundheitsversorgung nach in der Schweiz anerkannten medizinischen, pflegerischen und wirtschaftlichen Standards ist zu den für die Steuer- und Prämienzahlenden tragbaren finanziellen Bedingungen jederzeit gewährleistet.■ Mittelfristig ist die Spitalversorgung in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft derart aufeinander abgestimmt, dass regional keine Überkapazitäten und Doppelspurigkeiten mehr vorliegen.
Wichtigste Leistungserbringer	Kantonsspital, Felix Platter-Spital, Psychiatrische Universitätsklinik, Kinder- und Jugendpsychiatrische Universitäts- und Poliklinik (KJUP), Gesundheitsdienste, Öffentliche Zahnkliniken, Sanität, Amt für Alterspflege; Privatspitäler (extern), Universitätskinderspital beider Basel (extern), Alters- und Pflegeheime (inkl. Bürgerspital) (extern), Spitex (extern), Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (extern), Stiftung Melchior (extern), Selbsthilfzentrum Hinterhuus (extern)
Projekte und Vorhaben	<ul style="list-style-type: none">■ Verstärkte Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft im Bereich der Akutmedizin, insbesondere die Prüfung einer Realisierung eines Spitalverbunds im Rahmen der universitären Medizin. Damit soll das Gesundheitswesen für die Bevölkerung beider Kantone unter Wahrung der qualitativ hochstehenden Gesundheitsversorgung insgesamt kostengünstiger und effizienter gestaltet werden. (bisher)■ Räumliche Konzentration der Universitätskliniken (Fertigstellung Umbau K1 West [Bezug geplant auf anfangs 2003]), Projektieren des neuen UKBB-Standortes, Projektieren der Gesamtsanierung des Felix Platter-Spitals. (bisher)■ Erneuern von Spitalabkommen und Verträgen mit anderen Kantonen im Bereich der Akutmedizin, um das regionale Einzugsgebiet der Basler Universitätskliniken nachhaltig zu sichern. (bisher)■ Erarbeiten von adäquaten Massnahmen, um die Kostenentwicklung im ambulanten Bereich und damit die Prämienentwicklung in Basel-Stadt zu beeinflussen. (bisher)■ Laufende Anpassung der Abgeltungssysteme von Spitalleistungen im Rahmen der Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG), um die KVG-Konformität sicherzustellen. (bisher)■ Umsetzen von Systemverbesserungen in den Bereichen Qualitätssicherung der Pflegeheime und Spitex (inkl. Überprüfen der Pflegebedarfsstufen), individuelle Bedarfsabklärung, kantonale Planung der Pflegeplätze, aufgrund der erarbeiteten Leitlinien für die kantonale Alterspolitik. (bisher)■ Erarbeiten von Leitlinien für die kantonale Alterspolitik. (abgeschlossen)

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	772.6	721.5	812.3	826.9	841.0	855.3
Ertrag*	507.8	484.2	529.1	538.6	547.8	557.1
ONA	264.8	237.4	*283.2	288.3	293.2	298.2
Kalkulatorische Positionen		97.6	102.8	104.7	106.4	108.2
Saldo KLR		335.0	386.0	392.9	399.6	406.4
Umlage Ressourcenfelder		20.6	20.7	24.4	24.5	24.6
Saldo Vollkosten		355.6	406.7	417.3	424.1	431.0

* höherer ONA setzt sich zusammen aus rd. 40 Mio. Franken mehr Lohnaufwand (davon rd. 20 Mio. Franken PK-Zusatzbelastung), 11 Mio. mehr Beiträge (+8 Mio. Spitalfinanzierung, +3 Mio. UKBB), 10 Mio. mehr Sachaufwand (Medizinischer Bedarf). Teilweise wird die Aufwandszunahme durch Ertragserhöhung bei den Spital- und Heimtaxen (12 Mio.) kompensiert.

Medizinische Aus- und Weiterbildung und klinische Forschung

SD • 5.4

Beschreibung

- Vermittlung der zur Ausübung eines Berufs im Bereich Gesundheitswesen notwendigen Kenntnisse mit Ausbildungsabschlüssen auf der Sekundarstufe II und auf der nicht-akademischen Tertiärstufe.
- Klinische Ausbildung auf universitärer Stufe in der Humanmedizin.
- Klinische Forschung in der Humanmedizin.
- Weiterbildung in der Humanmedizin zur Erlangung des Facharzttitels FMH sowie Fortbildung von Humanmedizinerinnen und -medizinern, die in Spitälern und freien Praxen tätig sind.

Politische Ziele

- Für das Gesundheitswesen sind ausreichende Ausbildungsangebote und obligatorische ärztliche Weiterbildungsangebote zur qualitativen und praktischen Deckung des künftigen Personalbedarfs sichergestellt.
- Im Bereich der ärztlichen Ausbildung (Medizinstudium) deckt der Kanton den Bedarf an klinisch-medizinischen Ausbildungsplätzen der Universität.
- Die klinische Forschung und die anwendungsorientierte Grundlagenforschung tragen zur qualitativen Verbesserung der medizinischen Versorgung bei.

Wichtigste Leistungserbringer

Berufsschulen im Gesundheitswesen, Kantonsspital, Felix Platter-Spital, Psychiatrische Universitätsklinik, Kinder- und Jugendpsychiatrische Universitäts- und Poliklinik (KJUP), Institut für Rechtsmedizin, Institut für Sozial- und Präventivmedizin, Sanität, Zahnkliniken; Universitätskinderspital beider Basel (extern), Gesundheits- und Krankenpflege-Schulen der Privatspitäler (extern), Berufsschulen im Gesundheitswesen in anderen Kantonen (extern)

Projekte und Vorhaben

- *Erarbeitung und Konzeption von Massnahmen, um die Akkreditierung der Medizinischen Fakultät sicherzustellen. Dabei sollen geeignete Strukturen und Abläufe definiert werden, um dem politischen Steuerungsbedarf und der Autonomie von Fakultät und Spitaler Rechnung zu tragen.* Zudem sollen die Kosten für Lehre und Forschung einerseits und für die medizinischen Dienstleistungen andererseits transparent aufgeschlüsselt werden. (bisher)
- Reorganisieren der Ausbildung in den Gesundheitsberufen (Erarbeiten eines neuen Gesetzes, das die Ausbildung regelt, Neuregelung der Unterstellung und der Finanzierung der Berufsschulen im Gesundheitswesen) in Kooperation mit dem Kanton Basellandschaft aufgrund des revidierten eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes (*Realisierungszeit 2002–2010*). (bisher)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	118.9	114.6	116.6	118.7	120.7	122.7
Ertrag	48.7	48.7	47.2	48.0	48.8	49.7
ONA	70.2	65.8	69.4	70.6	71.8	73.1
Kalkulatorische Positionen		13.5	12.4	12.6	12.8	13.0
Saldo KLR		79.3	81.8	83.3	84.7	86.1
Umlage Ressourcenfelder		3.6	3.5	4.0	4.0	4.1
Saldo Vollkosten		82.9	85.2	87.3	88.7	90.2

- Beschreibung**
- Tierseuchenüberwachung bei den Versuchs-, Heim-, Zoo- und Nutztieren im Kanton.
 - Tierschutzkontrollen bei den im Kanton gehaltenen Tieren.
 - Überwachung der Hundepopulation, Kontrolle und Bewilligung gefährlicher Tiere, Bezug der Hundesteuer.

- Politische Ziele**
- Bevölkerung und Tiere sind auf dem Kantonsgebiet vor gefährlichen Tieren und anzeigepflichtigen Tierseuchen geschützt.
 - Auf dem Kantonsgebiet werden Tiere artgerecht gehalten und transportiert und es werden nur aussagekräftige Tierversuche unter tierschonenden Bedingungen durchgeführt.

Wichtigste Leistungserbringer Veterinäramt

- Projekte und Vorhaben**
- Evaluieren der Massnahmen zur Tierseuchenüberwachung (v.a. BSE-Untersuchungen und Prophylaxe gegen die Maul- und Klauenseuche [Realisierung bis Mitte 2002]). (abgeschlossen)
 - Evaluieren der Massnahmen, die mit dem revidierten Hundegesetz ergriffen wurden (v.a. die Bewilligungspflicht für das Halten potentiell gefährlicher Hunde [Realisierung bis Ende 2002]). (abgeschlossen)

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	1.6	1.5	1.8	1.8	1.8	1.9
Ertrag	1.5	1.4	1.4	1.5	1.5	1.5
ONA	0.1	0.1	0.3	0.3	0.3	0.3
Kalkulatorische Positionen		0.4	0.4	0.4	0.4	0.4
Saldo KLR		0.5	0.7	0.7	0.7	0.7
Umlage Ressourcenfelder		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Vollkosten		0.5	0.7	0.8	0.8	0.8

- Beschreibung** ■ Optimierung und Vermarktung der Standortbedingungen für Unternehmen (Standortmarketing), Tourismus (Destinationsmarketing) sowie für Einwohnerinnen und Einwohner (Wohnortmarketing).
-
- Politische Ziele**
- Die wichtigsten Stärken von Basel werden erfolgreich kommuniziert und die Kommunikationsbotschaften der verschiedenen Marketingorganisationen mit staatlicher Beteiligung sind inhaltlich und optisch möglichst aufeinander abgestimmt.
 - Basel wird von potenziellen Einwohnerinnen und Einwohnern als besonders attraktiver Lebens- und Wohnraum wahrgenommen und nachgefragt.
 - Basel bietet für bestehende und potenzielle Unternehmen im Vergleich zu Konkurrenzstandorten im In- und Ausland überdurchschnittliche Standortbedingungen an und wird in den Zielmärkten aktiv und erfolgreich vermarktet.
 - Basel ist international bekannt als führende Messe-, Kongress- und Kulturdestination und erzielt eine hohe touristische Wertschöpfung.
 - Basel bietet für bestehende und potenzielle Veranstalter überdurchschnittliche Rahmenbedingungen.
-
- Wichtigste Leistungserbringer** Ressort Wirtschaft, Ressort Stadtmarketing, Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-Landschaft (extern), Basel Tourismus (extern), MCH Messe Schweiz (extern)
-
- Projekte und Vorhaben**
- Errichten resp. Ermöglichen eines Innovationszentrums in Basel-Stadt, um innovativen Unternehmen Raum zu bieten. (bisher)
 - Ausbauen der Partnerschaft mit dem US-Bundesstaat Massachusetts. So soll der Austausch in den Gebieten Wissenschaft und Bildung, Kunst und Kultur, Wirtschaft und Handel, Regierung und Verwaltung erleichtert werden. (bisher)
 - Stärken der Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-Landschaft, um die Region Basel als Wirtschaftsraum bekannter zu machen und mehr Unternehmen anzusiedeln. (bisher)
 - Prüfen eines Standortförderungsgesetzes für den Kanton Basel-Stadt: Es soll untersucht werden, ob auf gesetzlicher Ebene Handlungsbedarf im Bereich Standortförderung besteht. (neu)
 - Aufbauen eines Bewirtschaftungssystems öffentlicher Raum und Vereinfachen des Bewilligungswesens, damit die wichtigsten Anspruchsgruppen (Veranstalter, Besucherinnen, Besucher, Einwohnerinnen, Einwohner etc.) jederzeit möglichst transparent über das Verfahren und über die Belegung des öffentlichen Raums mit Veranstaltungen informiert sind (s. auch AF 1.4). (neu)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	5.2	6.4	6.7	6.8	6.9	7.0
Ertrag	1.5	1.6	1.6	1.6	1.7	1.7
ONA	3.7	4.8	5.1	5.2	5.3	5.4
Kalkulatorische Positionen		0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Saldo KLR		4.8	5.1	5.2	5.3	5.4
Umlage Ressourcenfelder		0.1	0.1	0.2	0.2	0.2
Saldo Vollkosten		4.9	5.3	5.4	5.5	5.6

Beschreibung

- Anbieten von Massnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg und zur Verbesserung der Qualifikation von arbeitslosen Personen.
- Erteilung der Arbeitsbewilligungen für ausländische Arbeitskräfte.
- Förderung der beruflichen Bildung; Durchführung der Berufsberatung; Aufsicht über die Berufslehren.
- Kontrolle über die Einhaltung von Gesamtarbeitsverträgen; Durchführung von Vermittlungs- und Schiedsgerichtsverfahren im kollektiven Arbeitsrecht.
- Umsetzung des bilateralen Abkommens zur Personenfreizügigkeit.
- Vollzug der Arbeitssicherheits- und Arbeitsschutzgesetzgebung.

Politische Ziele

- Der Kanton wirkt darauf hin, dass das qualitative und quantitative Arbeitsangebot (Arbeitnehmerseite) der Arbeitsnachfrage (Arbeitgeberseite) entspricht: Stellensuchende finden möglichst rasch einen neuen Arbeitsplatz; Unternehmen können ihre Vakanzen innert nützlicher Frist beheben und die Zahl der Langzeitstellersuchenden ist möglichst gering.
- Der Kanton wirkt darauf hin, dass das qualitative und quantitative Ausbildungsangebot (Arbeitgeberseite) der Ausbildungsnachfrage (Seite der Auszubildenden) entspricht: Auszubildende treffen auf ein ausreichendes Angebot an Lehrstellen.
- Sozialpartnerschaftliche Auseinandersetzungen werden schnell und nachhaltig beigelegt.
- Die Arbeitsplätze sind sicher in Bezug auf Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten.

Wichtigste Leistungserbringer

Kantonales Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (*inkl. Kantonale Zentralstelle für wirtschaftliche Landesversorgung*), Ständiges Staatliches Einigungsamt, Amt für Berufsbildung und Berufsberatung, Ressort Wirtschaft

Projekte und Vorhaben

- Revision des Kantonalen Gesetzes über die Berufsbildung, um die Neuerungen auf Bundesebene in Basel-Stadt umsetzen zu können. (bisher)
- Schaffen einer leistungsfähigen tripartiten Kommission (Arbeitgeberorganisationen, Arbeitnehmerorganisationen, Behörden) als wichtiges Instrument für den Vollzug der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit in Umsetzung der bilateralen Verträge mit der EU und um den sozialen Frieden zu gewährleisten. (bisher)
- Bereitstellen einer guten und reaktionsfähigen Arbeitsmarktbehörde, um deren Ressourcen rasch an die Schwankungen des Arbeitsmarktes anpassen zu können. (bisher)
- Einrichten eines Berufsinspektorats für die Gesundheits- und Sozialberufe, um gemäss revidiertem Bundesgesetz über die Berufsbildung den Spitälern und Pflegeheimen als neuen Anbietern von Lehrstellen die notwendige Unterstützung zu geben. (neu)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	39.1	34.0	33.9	34.5	35.1	35.7
Ertrag	*48.0	22.8	21.2	21.6	22.0	22.4
ONA	-8.9	11.2	12.6	12.9	13.1	13.3
Kalkulatorische Positionen		2.9	3.1	3.1	3.2	3.2
Saldo KLR		14.1	15.8	16.0	16.2	16.5
Umlage Ressourcenfelder		0.7	0.8	0.9	0.9	1.0
Saldo Vollkosten		14.8	16.6	16.9	17.2	17.4

* R 2001 beinhaltet a.o. Buchungen beim Krisenfonds per Saldo in der Höhe von Fr. 18.3 Mio. aufgrund der negativen im Fonds zweckgebundenen Wertschriftenerträge.

- Beschreibung**
- Vollzug der agrarpolitischen Massnahmen in Koordination mit BL.
 - Abklärung der Ansprüche auf Beiträge für ökologische Ausgleichsflächen (Bund, Kanton), Tierzuchtprämien (Bund) und Milchleistungsprüfungen (Bund) sowie Auszahlung der Leistungen.
 - Planung der und Aufsicht über die Nutzung und Benützung der Wälder im Kantonsgebiet; Abgeltung der Leistungen der Waldeigentümer zugunsten der Öffentlichkeit.

- Politische Ziele**
- Im Kanton wird eine zukunftsfähige, ökologisch orientierte Landwirtschaft betrieben.
 - Die verschiedenen Funktionen des Waldes sind langfristig sichergestellt und die Nutzung und Benützung des Waldes erfolgen nachhaltig.

Wichtigste Leistungserbringer Ressort Dienste (Bereich Landwirtschaft), Forstamt beider Basel

- Projekte und Vorhaben**
- Überarbeiten der Vereinbarung über das Forstamt beider Basel, um die formelle Anpassung an die neuen kantonalen Waldgesetze sicherzustellen und die Neubenennung des Amtes zu ermöglichen. (bisher)
 - Erarbeiten des Waldentwicklungsplanes Basel-Stadt, um den verschiedenen Ansprüchen bei der Nutzung des Waldes gerecht zu werden, sie aufeinander abzustimmen und für allfällige Konflikte Lösungen zu finden. (bisher)
 - Erarbeiten einer Verordnung zum kantonalen Waldgesetz. (abgeschlossen)

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	0.6	0.5	0.4	0.4	0.4	0.5
Ertrag	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
ONA	0.7	0.4	0.4	0.4	0.4	0.5
Kalkulatorische Positionen		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo KLR		0.4	0.4	0.4	0.4	0.5
Umlage Ressourcenfelder		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Vollkosten		0.4	0.4	0.4	0.4	0.5

Beschreibung	<ul style="list-style-type: none">■ Entwicklung und effiziente Umsetzung der kantonalen ÖV-Politik auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene (inkl. Flugverkehr); Einkauf Bestellung von Verkehrsleistungen im Regionalverkehr in Absprache mit Nachbarkantonen und Nachbarländern.■ Betrieb des öffentlichen Tram- und Busverkehrs (inkl. Unterhalt und Angebotskonzepte).■ Bewirtschaftung der städtischen Häfen; interkantonale Kontrolle der Grossschifffahrt zwischen Rheinfelden und Basel; Führung der nationalen Registrierungs-, Patent- und Untersuchungsbehörde.■ Weiterentwickeln des EuroAirport Basel-Mulhouse in seiner Funktion als Drehscheibe im europäischen Regionalluftverkehr; Sicherstellung von flankierenden Massnahmen im Luftverkehr zur Wahrung der Wohnqualität und Umweltverträglichkeit.■ Entwicklung und Umsetzung des kantonalen Behindertentransports.
Politische Ziele	<ul style="list-style-type: none">■ Die Einwohnerinnen und Einwohner, die im Kanton beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Besucherinnen und Besucher des Kantonsgebiets können ihre Ziele mit dem öffentlichen Verkehr in attraktiver Weise (Linienführung, Distanz zu Haltestellen, Fahrtakt, Niederflurrollmaterial) erreichen.■ Die Bewohnerinnen und Bewohner der trinationalen Region können Basel und umgekehrt die Einwohnerinnen und Einwohner von Basel können die Region mit dem öffentlichen Verkehr in attraktiver Weise (Linienführung, Fahrtakt) erreichen.■ <i>Die wichtigen Wirtschaftszentren und Verkehrsknotenpunkte im Inland und im europäischen Ausland sind in attraktiver Weise per Zug oder Flugzeug erreichbar. Der Kanton wirkt im Rahmen seiner Möglichkeiten darauf hin, dass der Ausbaustandard der entsprechenden Bahnstrecken die Bedürfnisse des modernen Bahnreise- und -frachtverkehrs abdeckt.</i>■ <i>Die Leistungsfähigkeit der Häfen, welche die drei Verkehrsträger Wasser, Schiene und Strasse verknüpfen, wird aufrechterhalten und weiterentwickelt. Die Grossschifffahrt als wirtschaftliches, umweltfreundliches und sicheres Verkehrsmittel wird gefördert.</i>■ Einwohnerinnen und Einwohner, welche die öffentlichen Verkehrsmittel aufgrund ihrer Behinderung nicht benützen können, werden in ihrer Mobilität unterstützt.
Wichtigste Leistungserbringer	Basler Verkehrs-Betriebe, Rheinschiffahrtsgesellschaft, Ressort Verkehr, Baselland Transport AG (extern), Schweizerische Bundesbahnen (extern), EuroAirport Basel-Mulhouse (extern), Basler Personenschiffahrtsgesellschaft (extern), Koordinationsstelle Behinderten-transport beider Basel (extern)
Projekte und Vorhaben	<ul style="list-style-type: none">■ Weiterentwickeln des Angebots im Regio-S-Bahnnetz sowie im Tram- und Busnetz (Liniennetz, Haltestellen, Fahrplan, Tarifierung, Rollmaterial), um einerseits die Wirtschaftlichkeit und andererseits den Modal Split (Verteilung auf die verschiedenen Verkehrsmittel) insbesondere im Regionalverkehr zu verbessern. (bisher)■ Testen und Einführen eines modernen elektronischen Billettsystems unter Federführung TNW. Damit soll der Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln erleichtert und die Wartung der Billettautomaten vereinfacht werden. (bisher)■ Erarbeiten und Umsetzen eines Konzeptes betreffend BVB-Tramdepots (Modernisierung der vorhandenen Infrastrukturen, gegebenenfalls Bau eines neuen Depots). Mit einem modernisierten bzw. neuen Depot soll die Wartung der Tramwagen optimiert und die Beeinträchtigung der Anwohnerinnen und Anwohner verringert werden. (bisher)■ <i>Umsetzen der Ergebnisse der Detailstudie zur Zusammenlegung der Häfen BS und BL (neu) bei gleichzeitiger Revision des Hafengesetzes und der entsprechenden Verordnungen (bisher). Mit der Zusammenlegung der Häfen soll das infrastrukturelle, organisatorische und finanzielle Leistungsvermögen der Häfen weiter gesteigert werden.</i>■ Vorlegen eines Gesetzes zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und eines neuen BVB-Organisationsgesetzes. (abgeschlossen)■ Prüfen der Ergebnisse der Projektstudie zur allfälligen Zusammenlegung der Häfen BS und BL. (abgeschlossen)

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	204.9	206.0	211.0	217.3	221.9	226.9
Ertrag	163.7	154.1	154.9	157.7	160.4	163.1
ONA	41.2	51.9	56.1	59.6	61.5	63.7
Kalkulatorische Positionen		56.3	47.8	48.5	49.2	49.8
Saldo KLR		108.2	103.9	108.1	110.7	113.6
Umlage Ressourcenfelder		4.8	4.6	5.4	5.4	5.5
Saldo Vollkosten		113.0	108.5	113.5	116.1	119.0

* Erhöhte Verzinsung des Anlagekapitals führt zu einer Entwicklung des ONA, die über der Teuerungsrate liegt. Es handelt sich um intern verrechnete Zinsen, die sich gesamtkantonal saldieren.

- Beschreibung**
- Abklärung der Ansprüche auf Sozialhilfe (Beratung, wirtschaftliche Hilfe, Massnahmen zur sozialen und beruflichen Integration), Mietzinsbeiträge (Bund, Kanton) und Opferhilfe und Auszahlung der Leistungen.
 - Unterbringung, Betreuung und Beratung von Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen.
 - Bereitstellung und Betrieb von Notwohnungen und Notschlafstellen.

- Politische Ziele**
- Die materielle Existenz (Lebensunterhalt, Unterkunft, Gesundheit) ist in Basel-Stadt gesichert.
 - Soziale Integration und Handlungsfähigkeit von Einwohnerinnen und Einwohnern des Kantons, die von materieller Bedürftigkeit betroffen oder bedroht sind, sind gewahrt.

Wichtigste Leistungserbringer Amt für Miet- und Wohnungswesen, Amt für Sozialbeiträge, Ressort Soziales, Sozialhilfe der Stadt Basel und der Gemeinden Riehen und Bettingen (extern)

- Projekte und Vorhaben**
- Erarbeiten eines Entwicklungsplanes Sozialpolitik. Damit soll allfälliger Handlungsbedarf in der Sozialpolitik transparent gemacht werden. (bisher)
 - Durchführen und Evaluieren des Pilotprojektes zu einem anreizorientierten Unterstützungssystem in der Sozialhilfe. Die Ergebnisse sollen Entscheidungsgrundlagen für die künftige Gestaltung von Unterstützungsrichtlinien auf kantonaler und eidgenössischer Ebene liefern. (bisher)
 - Verbessern von Integrationsmassnahmen für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger mittels konsequenter Zusammenarbeit von Sozialhilfe, KIGA (RAV), Invalidenversicherung, Kanton als Arbeitgeber und privaten Firmen. Damit soll den negativen Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit vorgebeugt werden. (bisher)

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	99.9	102.8	100.7	95.9	91.2	91.5
Ertrag	12.4	12.2	13.7	13.9	14.1	14.4
ONA	87.5	90.6	87.1	*82.0	*77.0	77.1
Kalkulatorische Positionen		0.6	0.5	0.5	0.5	0.5
Saldo KLR		91.2	87.6	82.4	77.5	77.6
Umlage Ressourcenfelder		1.5	1.5	1.5	1.4	1.4
Saldo Vollkosten		92.7	89.1	83.9	78.9	79.0

* Die Verbesserung beim ONA ist bedingt durch den erwarteten Rückgang der Sozialhilfekosten in den Jahren 2004 und 2005.

- Beschreibung**
- Abklärung der Ansprüche auf Ergänzungsleistungen AHV/ IV (Bund), Beihilfen AHV/IV (Kanton), kantonale AHV (inkl. Prämienhebung), individuelle Prämienverbilligung (Kanton und Bund), Stillgelder (Kanton), Arbeitslosenversicherung (Bund) und Arbeitslosenhilfe (Kanton) und Auszahlung der Leistungen.
 - Umsetzung des Krankenversicherungspflichtigkeits; Prüfung der Ansprüche der Krankenversicherer auf Risikobeiträge.

- Politische Ziele**
- Bei Alter oder Invalidität ist für Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons der materielle Bedarf (inkl. Behinderten- und Pflegeheimkosten) ohne Inanspruchnahme der Sozialhilfe gesichert.
 - Bei Arbeitslosigkeit erhalten die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons für die Dauer von max. 520 Tagen einen Ersatz für den wegen Arbeitslosigkeit eingetretenen Erwerbsausfall.
 - Auch bei geringem Einkommen können sich die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons eine gesetzlich minimale Krankheitsvorsorge leisten und sind über ihre Ansprüche auf Prämienverbilligung informiert.
 - Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Basel-Stadt sind nicht (allein) aufgrund der Tatsache, dass sie Kinder haben, sozialhilfeabhängig.

Wichtigste Leistungserbringer Amt für Sozialbeiträge, Kantonales Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Ressort Soziales, Öffentliche Krankenkasse Basel (extern)

- Projekte und Vorhaben**
- Prüfen eines kantonalen Systems bedarfsabhängiger ergänzender Leistungen bei Mutterschaft und für Familien mit Kindern in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen, um der Abhängigkeit von der Sozialhilfe (allein) wegen des Kinderhabens zu begegnen. (bisher)
 - Erarbeiten von adäquaten Massnahmen, um die Kostenentwicklung im ambulanten Bereich und damit die Prämienentwicklung in Basel-Stadt zu beeinflussen. (bisher)
 - Verbessern der Information der Bevölkerung über die allfälligen Ansprüche auf Prämienverbilligung. (abgeschlossen)

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	408.0	426.8	437.3	450.5	466.3	483.4
Ertrag	72.7	69.8	68.0	69.2	70.4	71.6
ONA*	335.3	357.1	369.3	381.3	395.9	411.8
Kalkulatorische Positionen		2.0	2.0	2.0	2.0	2.0
Saldo KLR		359.1	371.3	383.3	397.9	413.9
Umlage Ressourcenfelder		5.6	6.1	6.3	6.5	6.8
Saldo Vollkosten		364.7	377.3	389.6	404.4	420.6

* Der ONA zeigt eine Entwicklung, die weit über der Teuerung liegt. Dies liegt an den erwarteten Erhöhungen von Sozialkosten (Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligungen und Beiträgen an die Eidg. AHV/IV), die jährlich stark ansteigen.

Beschreibung

- Zugänglichmachen der Dokumente aus der öffentlichen Verwaltung und den angegliederten Organisationen sowie Vermittlung von statistischen Informationen.
- Unterstützen von Planungs- und Entscheidungsprozessen in der Verwaltung durch das Aufbereiten und Vermitteln von Informationen.

Politische Ziele

- Die Einwohnerinnen und Einwohner, die Unternehmen und Organisationen können sich einfach und rasch über die Angelegenheiten des Gemeinwesens, deren Entstehung und Entwicklung informieren.

Wichtigste Leistungserbringer

Staatsarchiv, Statistisches Amt

Projekte und Vorhaben

- Phase II der Informatisierung des Staatsarchivs, um durch Einsatz moderner Kommunikationsmittel Kundenkontakte gegenüber Öffentlichkeit und Verwaltungsstellen zu verbessern. (bisher)
- Entwickeln eines zentralen Geschäftsprozess-, Informations- und Wissensmanagements, um der gesamten Verwaltung zu ermöglichen, eine höhere Produktivität und bessere Qualität ihrer Leistungen zu erreichen. (bisher)

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	6.7	6.0	6.3	6.4	6.5	6.6
Ertrag	0.4	0.4	0.4	0.4	0.4	0.4
ONA	6.3	5.7	5.9	6.0	6.1	6.2
Kalkulatorische Positionen		1.3	1.2	1.3	1.3	1.3
Saldo KLR		6.9	7.1	7.2	7.3	7.4
Umlage Ressourcenfelder		0.3	0.3	0.3	0.3	0.4
Saldo Vollkosten		7.2	7.4	7.6	7.7	7.8

- Beschreibung** ■ Rechtsprechung in allen vom Gesetzgeber den kantonalen Gerichten übertragenen Bereichen; Abwicklung von Erbschaften, Betreibungen und Konkursen gemäss gesetzlichem Auftrag.
- Politische Ziele** ■ Rechtssicherheit und Rechtsfrieden sind durch die Anwendung und Fortbildung des Rechts im Zuständigkeitsbereich gewahrt; (Streit)-Entscheidungen werden innert angemessener Frist gefällt.
- Wichtigste Leistungserbringer** Appellationsgericht, Zivilgericht, Erbschaftsamt, Betreibungs- und Konkursamt, Strafgericht, Jugendstrafgericht, Sozialversicherungsgericht
- Projekte und Vorhaben** ■ Aufbauen eines Sozialversicherungsgerichts. (abgeschlossen)

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	36.8	35.4	38.0	38.4	39.5	40.2
Ertrag	27.0	25.3	26.6	27.0	27.5	28.0
ONA	9.8	10.1	11.4	11.4	12.0	12.2
Kalkulatorische Positionen		6.2	6.5	6.5	6.4	6.4
Saldo KLR		16.3	17.9	17.8	18.5	18.7
Umlage Ressourcenfelder		1.8	1.4	1.6	1.7	1.7
Saldo Vollkosten		17.6	19.3	19.5	20.1	20.3

Rechtsprechung (verwaltungs- unabhängige Rekurskommissionen)

Judikative • 7.2

- Beschreibung** ■ Rechtsprechung in allen vom Gesetzgeber den Rekurskommissionen übertragenen Bereichen.
- Politische Ziele** ■ Rechtssicherheit und Rechtsfrieden sind durch Anwendung des Rechts im Zuständigkeitsbereich gewahrt. Entscheidungen werden innert angemessener Frist gefällt.
- Wichtigste Leistungserbringer** Rekurskommissionen im Bau-, Finanz-, Justiz, Sanitäts- sowie im Wirtschafts- und Sozialdepartement
- Projekte und Vorhaben**

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	1.3	*0.9	0.9	1.0	1.0	1.0
Ertrag	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
ONA	1.3	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9
Kalkulatorische Positionen		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo KLR		0.9	0.9	0.9	0.9	1.0
Umlage Ressourcenfelder		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Vollkosten		0.9	0.9	1.0	1.0	1.0

* Rekurskommission für Sozialversicherungen wurde ab B 2002 zur Dienststelle Sozialversicherungsgericht. Das Budget ist ab B 2002 der Rechtsprechung (Gerichte) (AF 7.1) zugeordnet.

5.4 Ressourcenfelder

Steuererhebung

FD • 8.1

Beschreibung

- Pflege des Steuersystems.
- Erhebung der periodischen und aperiodischen direkten Steuern des Kantons und des Bundes.

Politische Ziele

- Das Steuersubstrat wird nachhaltig gepflegt und entwickelt.
- Das Steuerniveau in Basel-Stadt ist auch in den oberen Steuerklassen nicht viel höher als in den umliegenden Gemeinwesen.
- Das Steuersystem ist sozial gerecht, ist der individuellen Leistungsfähigkeit angepasst und wirkt nicht prohibitiv.
- Das Steuersystem ist einfach und transparent.

Wichtigste Leistungserbringer

Steuerverwaltung

Projekte und Vorhaben

- Projekt «Obolus»: Ablösen der bestehenden Bezugs- und Veranlagungssysteme durch die Einführung der neuen Informatiklösung «NEST», die in der veränderten EDV-Umgebung kostengünstiger und sicherer funktioniert und die Grundlage für Weiterentwicklungen bildet (z.B. Internetanbindung, automatisierte Veranlagung, Dokumentenmanagement u.a.) (Projektabschluss 2003). (bisher)

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	29.3	29.5	31.8	32.4	32.9	33.5
Ertrag	3.3	3.6	3.8	3.9	3.9	4.0
ONA	26.0	25.8	28.0	28.5	29.0	29.5
Kalkulatorische Positionen		8.2	8.6	8.8	8.9	9.1
Saldo KLR		34.1	36.6	37.3	37.9	38.5
Umlage Ressourcenfelder		-34.1	-36.6	-37.3	-37.9	-38.5
Saldo Vollkosten		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

- Beschreibung**
- Zentrale Organisation, Bewirtschaftung und Führung der kantonalen Finanzen.
 - Beratung des Regierungsrates in finanzpolitischen Fragen.
 - Geldverkehr sowie Mittelaufnahme und -anlage.
 - Budgetierung, Rechnungsführung und Controlling.
 - Finanz- und Investitionsplanung.

- Politische Ziele**
- Die Verschuldung entwickelt sich im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit mittelfristig stabil. Die Nachhaltigkeit der Haushaltsführung ist gewährleistet.
 - Die Schuldenlast wird reduziert; in finanziell guten Jahren müssen Rückzahlungen geleistet werden.
 - Es besteht Transparenz über die kantonalen Finanzen und Leistungen. Entscheide werden in Kenntnis der Folgen für Finanzen und Leistungen gefällt. Es gibt eine flächendeckende Kontrolle der Ausgaben und Einnahmen sowie der Leistungen.
 - Zentrumsleistungen zu Gunsten der Nachbarn von Basel-Stadt werden abgegolten.

Wichtigste Leistungserbringer Departementssekretariat FD, Finanzverwaltung, Rechnungswesen/Controlling, Finanzkontrolle, Zentralstelle für staatlichen Liegenschaftsverkehr

- Projekte und Vorhaben**
- Ausbreiten der Verwaltungsführung nach NPM-Grundsätzen (mit Leistungsvereinbarungen und Globalbudgets) auf weitere Departemente mit dem Ziel einer verwaltungsweiten Anwendung ab 1.1.2004. (bisher)
 - Entwickeln einer Schuldenbremse mit dem Ziel, die Verschuldung des Kantons zu stabilisieren. (bisher)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	17.6	*23.4	25.2	23.6	23.5	23.4
Ertrag	12.1	12.9	13.1	13.4	13.6	13.8
ONA	5.5	10.4	12.0	10.2	9.9	9.5
Kalkulatorische Positionen		-5.0	-5.3	-5.4	-5.5	-5.6
Saldo KLR		5.4	6.7	4.8	4.4	4.0
Umlage Ressourcenfelder		-5.4	-6.7	-4.8	-4.4	-4.0
Saldo Vollkosten		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

* Der Sprung beim Aufwand im B 2002 ist einerseits verursacht durch die Projektkosten der NPM-Verbreitung, welche ab P 2004 wieder abnehmen und andererseits durch eine Verschiebung einer Abteilung von den Zentralen Personaldiensten in die Zentralen Finanzdienste.

- Beschreibung**
- Weiterentwicklung eines professionellen Personalmanagements für die Gesamtorganisation BASEL-STADT.
 - Bereitstellen von Konzepten und Instrumenten für die Personalarbeit (Rechtsgrundlagen, Personalführungssysteme, Kommunikationsmittel, Weiterbildungsangebot u.a.).
 - Personalcontrolling auf gesamtsstaatlicher Ebene.
 - Gewährleistung der Gesundheit am Arbeitsplatz (Vertrauensärztlicher Dienst, Arbeitsmedizin, Suchtprävention).
 - Führung einer Pensionskasse.

- Politische Ziele**
- Die Mitarbeitenden des Kantons sind kompetent und motiviert und arbeiten gerne für Basel-Stadt; Chancengleichheit und Gleichstellung sind gewährleistet.

Wichtigste Leistungserbringer Zentraler Personaldienst (FD), Gesundheitsdienste (SD), Pensionskasse (eig. Rechnung)

- Projekte und Vorhaben**
- Überprüfen und Weiterentwickeln des heute geltenden Lohnsystems, um den Linienverantwortlichen mehr Flexibilität und Verantwortung zu geben. (bisher)
 - Realisieren einer professionellen Personalentwicklung, um die berufliche Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern. Die Personalentwicklung berücksichtigt speziell auch die dezentralen Bedürfnisse und die strategischen Ziele der Regierung. (bisher)
 - Umsetzen eines gezielten Personalcontrollings (einschliesslich Gleichstellungscontrolling), um die strategische Führung und Planung zu unterstützen. (bisher)
 - Nach dem entsprechenden Beschluss des Grossen Rates zum neuen Pensionskassengesetz Einführung dieses Gesetzes. (bisher)
 - *Koordination der Umsetzung der Richtlinien der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS) in den Departementen. Diese Richtlinien sollen mithelfen, die Arbeitssicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zu verbessern.* (neu)
 - Entwickeln und Einführen einer neuen, zeitgerechten Informatiklösung (SOL-02) für die Pensionskassenverwaltung (Aktiven- und Rentnerverwaltung). (abgeschlossen)

Kosten
(exkl. Pensionskasse)

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	12.6	11.9	12.6	12.8	13.1	13.3
Ertrag	0.7	1.1	1.0	1.0	1.0	1.0
ONA	11.9	10.8	11.6	11.9	12.1	12.3
Kalkulatorische Positionen		-4.4	-4.3	-4.4	-4.4	-4.5
Saldo KLR		6.5	7.4	7.5	7.6	7.8
Umlage Ressourcenfelder		-6.5	-7.4	-7.5	-7.6	-7.8
Saldo Vollkosten		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Beschreibung

- Bereitstellung von Raum für staatliche Aufgaben: Projektierung, Realisierung, Unterhalt und Ausstattung (Mobiliar) der öffentlichen Gebäude.
- Bewirtschaftung der Verwaltungsliegenschaften.

Politische Ziele

- Der Gebäudeunterhalt stellt die langfristige Werterhaltung der Gebäude sicher.
- Den Kriterien Ökologie und Energieeffizienz wird besondere Beachtung geschenkt.

Wichtigste Leistungserbringer

Zentralstelle für staatlichen Liegenschaftsverkehr, Hochbau- und Planungsamt (Hauptabteilung Hochbau), Amt für Bausubventionen und Zivilschutzbau

Projekte und Vorhaben

- Überprüfen des Immobilienmanagements (Erstellung, Bewirtschaftung, Werterhaltung) für die staatlichen Liegenschaften im Verwaltungs- und Finanzvermögen, um die Steuerungsmöglichkeiten für den Regierungsrat bezüglich Finanzierung, Wirtschaftlichkeit und Qualitätssicherung zu optimieren. (bisher)
- Erweitern der bestehenden Informatik-Systeme um ein Programm für das Projekt- und Kostencontrolling im Bereich Hochbau. (bisher)
- Schaffen von hochwertigem neuem Wohnraum durch Rückführung bzw. Umwandlung von bisherigen Verwaltungsliegenschaften in Wohnraum, um gute Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Kanton zu behalten oder sie wiederzugewinnen. (bisher)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	73.6	**55.1	54.3	55.2	56.2	57.1
Ertrag	7.1	7.5	***15.4	15.7	16.0	16.3
ONA	66.5	47.6	38.8	39.5	40.2	40.9
Kalkulatorische Positionen*		-47.6	-38.8	-39.5	-40.2	-40.9
Saldo KLR		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umlage Ressourcenfelder		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Vollkosten		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

* Der ONA dieses Ressourcenfeldes wird mit den kalk. Mieten, die bei den anderen Aufgaben- und Ressourcenfeldern anfallen, vollständig abgedeckt und somit entlastet.

** Senkung des Aufwandes wird verursacht durch die Verteilung des Mobiliarkredites in die Aufgabenfelder.

*** Verbesserung des ONA und Ertrages wird verursacht durch die Neuordnung von fremdvermieteten Verwaltungsliegenschaften.

Zentrale Informatik- und Telefondienste

FD • 8.5

Beschreibung

- Bereitstellung geeigneter und genügender Rechnerleistungen, Sicherstellung einer ausfallsicheren und hochverfügbaren zentralen Infrastruktur.
- Pflege des kantonalen Datennetzes, Aufbau und Betrieb des kantonalen Datenmarktes sowie Pflege einzelner Datenbestände.
- Erstellung und Pflege zentraler Applikationen.
- Betrieb der Telefonzentrale und des Mailsystems.

Politische Ziele

Wichtigste Leistungserbringer

Zentrale Informatik-Dienststelle, Koordinationsstelle Informatik (FD), Departementssekretariat (JD)

Projekte und Vorhaben

- Weiterer Ausbau der «Serverfarm» mit dem Ziel, möglichst viele strategisch wichtige Server der einzelnen Dienststellen an einem zentralen Ort mit optimaler Betriebsumgebung (Ausfallsicherheit, Verfügbarkeit) zu betreiben. (bisher)
- Aufbau eines «kantonalen Datenmarktes»: Zentrale Verwaltung aller Daten der kantonalen Verwaltung, um die mehrfache Pflege und Speicherung derselben Daten zu vermeiden. (bisher)
- Ausarbeiten einer IT-Plattform (Architektur) und dazu passender IT-Richtlinien, um zentral die technische Basis für e-Government bereitstellen zu können (s. auch AF 3.1 und RF 8.7). (neu)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	23.7	23.4	24.3	24.7	25.1	25.5
Ertrag	10.7	10.6	10.7	10.9	11.1	11.3
ONA	12.9	12.9	13.6	13.8	14.0	14.3
Kalkulatorische Positionen		-11.9	-10.1	-10.3	-10.5	-10.7
Saldo KLR		1.0	*3.4	3.5	3.5	3.6
Umlage Ressourcenfelder		-1.0	-3.4	-3.5	-3.5	-3.6
Saldo Vollkosten		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

* Verschlechterung des Saldos KLR ist massgeblich durch zusätzliche kalk. Abschreibungen und Zinsen aufgrund von Investitionen im Bereich e-Government und neuer Technologien verursacht.

Beschreibung

- Beschaffung von Büro-, Schul- und Reinigungsmaterial für die kantonale Verwaltung.
- Vergabe von Druckaufträgen; Produktion von Drucksachen.
- Beschaffung und Produktion von Lehrmitteln.
- Beschaffung und Unterhalt von Unterrichtsmedien und technischen Unterrichtsmitteln für die Schulen.

Politische Ziele

Wichtigste Leistungserbringer

Materialzentrale (ED)

Projekte und Vorhaben

- Ermöglichen des Zugriffs für Kunden, welche nicht am Datennetz Basel (Danabs) angeschlossen sind, auf das elektronische Bestellsystem der Materialzentrale. So verfügen alle Kunden über die aktuellen Preise und können elektronisch bestellen. (neu)
- Einführen eines B2B-Systems (Business to Business) für die Beschaffung von Waren, damit die Beschaffung per SAP mit den Lieferanten papierlos abgewickelt werden kann und dadurch Fehler minimiert und ein besseres Controlling ermöglicht wird. (neu)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	9.3	9.5	9.5	9.7	9.8	10.0
Ertrag	7.7	7.6	7.5	7.6	7.8	7.9
ONA	1.6	1.9	2.0	2.0	2.1	2.1
Kalkulatorische Positionen		0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Saldo KLR		2.6	2.6	2.7	2.7	2.8
Umlage Ressourcenfelder		-2.6	-2.6	-2.7	-2.7	-2.8
Saldo Vollkosten		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

- Beschreibung**
- Regieren.
 - Administrative und führungsmässige Unterstützung des Regierungs- und des Grossen Rates.
 - Organisation des politischen Betriebes und der Verwaltung.
 - Koordination von Integrations- und Antidiskriminierungsmassnahmen.
-
- Politische Ziele**
- Die Entscheide des Regierungsrates sind strategisch ausgerichtet und tragen zu einem prosperierenden Gemeinwesen und zu einer prosperierenden Region bei.
 - Die Öffentlichkeit und die Mitarbeitenden der Verwaltung werden transparent und rechtzeitig über die Vorhaben und Entscheidungen des Regierungsrates informiert. Damit werden die Entscheide des Regierungsrates nachvollziehbar(er) und Glaubwürdigkeit und Vertrauen in Regierung und Verwaltung gefördert.
 - Der Regierungsrat führt die Verwaltung mit Weitsicht und Flexibilität zugleich.
 - Die fremdsprachigen Bewohnerinnen und Bewohner sind in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens integriert.

Wichtigste Leistungserbringer Regierungsrat, Staatskanzlei, Delegierter für Migrations- und Integrationsfragen
 Finanziert werden: Grosser Rat, Verfassungsrat, baselstädtisches Mitglied des Ständerates, Ombudsman

- Projekte und Vorhaben**
- Erstellen, Weiterentwickeln und Umsetzen des jährlichen Politikplanes, um die mittelfristige Planung der Regierungs- und Verwaltungstätigkeit transparent zu machen, zu verbessern und den Grossen Rat stärker in die Planung miteinzubeziehen. (bisher)
 - Um die Fremdsprachigen möglichst rasch zu integrieren, liegt das Schwergewicht der verschiedenen Integrationsmassnahmen derzeit auf Projekten im Bereich Bildung/Sprache für verschiedene Altersgruppen (z.B. Sprachkurse im Kindergarten als auch ergänzende Sprach- und Integrationskurse für fremdsprachige Erziehende). Verschiedene Quartierprojekte sollen zudem die Integration der Zuziehenden im Quartier fördern (z.B. durch Vernetzung der Quartierangebote, Aufwertung der dichtbebauten Stadtteile, Konfliktlösung durch Mediation) (s. auch Kap. 3.2). (bisher)
 - *Aufbauen neuer Strukturen für eine aktivere Vertretung der BS-Interessen beim Bund.* (neu)
 - *Gesamtkoordination und Erarbeiten von konzeptionellen Grundlagen für e-Government: Redesign des Internetportals www.bs.ch mit einem «guichet basel» (Produkte der Verwaltung nach Lebenslagenprinzip dargestellt) und einem «Information Desk» (alle zur Publikation freigegebenen Dokumente der Verwaltung sollen dort verfügbar gemacht werden). E-Government soll Personen und Unternehmen die Möglichkeit geben, Informationen der Verwaltung abzurufen und Geschäfte mit der Verwaltung elektronisch abzuwickeln (s. auch AF 3.1 und RF 8.5).* (neu)
 - *Weiterentwickeln des Stadtladens im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Einwohnerdiensten im geplanten «One-Stop-Shop». Mit dem One-Stop-Shop soll der Zugang zu Informationen und Dienstleistungen der kantonalen Verwaltung erleichtert werden (s. auch AF 4.1).* (neu)
 - Einführen der neuen Informatiklösung KONSUL zur elektronischen Geschäftskontrolle für die Grossratskanzlei, Staatskanzlei sowie die Departemente. (abgeschlossen)

Kosten

In Mio. Franken	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	11.3	*16.2	16.2	16.5	16.8	17.1
Ertrag	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4	1.5
ONA	9.9	14.8	14.9	15.1	15.4	15.6
Kalkulatorische Positionen		0.4	0.4	0.4	0.4	0.4
Saldo KLR		15.2	15.3	15.5	15.8	16.1
Umlage Ressourcenfelder		-15.2	-15.3	-15.5	-15.8	-16.1
Saldo Vollkosten		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

* Abweichung zwischen Rechnung und Budget ist hauptsächlich begründet durch das Kompetenzkonto des Regierungsrates, welches immer zentral in den Behörden budgetiert ist.

Beschreibung

- Administrative und f hrungsm ssige Unterstützung der Departementsvorstehenden und der Amtsleitungen.

Politische Ziele

Wichtigste Leistungserbringer

Departementssekretariate

Projekte und Vorhaben

- Einführen der neuen Informatiklösung KONSUL zur elektronischen Geschäftskontrolle in den Departementen (geplante Inbetriebnahme per 2002). (abgeschlossen)

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Aufwand	60.4	36.5	40.1	40.8	41.4	42.1
Ertrag	32.2	2.7	2.6	2.6	2.6	2.6
ONA	28.2	33.8	37.5	38.2	38.8	39.5
Kalkulatorische Positionen		-33.8	-37.5	-38.2	-38.8	-39.5
Saldo KLR		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umlage Ressourcenerfelder		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Vollkosten		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

6. Finanz- und Investitionsplan

In diesem Kapitel werden die Zahlen zur Finanzierung der Aufgabenfelder (AF) und Ressourcenfelder (RF) in verschiedenen Tabellen zusammengetragen und um die Daten der Investitionsrechnung sowie der allgemeinen Einnahmen und Ausgaben ergänzt. Daraus ergibt sich schliesslich der Finanzplan.

6.1 Übersichtstabellen

Zunächst werden alle Finanzzahlen der 48 Felder pro Jahr zusammengetragen. Im Gegensatz zum Politikplan 2002–2005 wurden in der nun vorliegenden Ausgabe die zentral budgetierten Personalkosten für Lohnsteigerung und zusätzliche Pensionskassenzahlungen und -rückstellungen auf Basis des Mitarbeiterschlüssels auf die Aufgabenfelder verteilt (Zentrale Budget- und Rechnungspositionen). Im letztjährigen Politikplan erschienen diese zentralen Budget- und Rechnungspositionen lediglich im Finanzplan (Tabelle 14, Übriger allgemeiner Ertrag und Aufwand).

- Tabelle 1: Finanzen der Felder im Jahre 2001; die Angaben basieren auf der Rechnung 2001 (eine Vollkostenrechnung wird nicht vorgenommen).
- Tabelle 2: Finanzen der Felder im Jahre 2002; die Angaben basieren auf dem grossräthlichen Budget 2002.
- Tabelle 3: Finanzen der Felder im Jahre 2003; die Angaben basieren auf dem Budget 2003 (Stand: nach 2. Lesung im Regierungsrat).
- Tabellen 4 bis 6: Finanzen der Felder der Jahre 2004 bis 2006; die Angaben basieren auf geplanten Daten und beruhen auf der Annahme, dass der gesamte Ordentliche Nettoaufwand real konstant bleibt.

Danach werden die drei wichtigsten Saldogrössen über die Jahre 2002–2006 dargestellt:

- Tabelle 7: Ordentlicher Nettoaufwand
- Tabelle 8: Saldo Kosten-/Leistungsrechnung
- Tabelle 9: Saldo Vollkostenrechnung

In den Tabellen 1 bis 9 werden folgende Abkürzungen verwendet:

Aufwand (ohne Abschr.):	Aufwand (ohne Abschreibungen)
ONA:	Ordentlicher Nettoaufwand
Kalk. Pos. (Abschr. etc.):	Kalkulatorische Positionen (Abschreibungen etc.)
Saldo KLR:	Saldo Kosten-/Leistungsrechnung

Tabelle 1: Finanzen der Felder im Jahre 2001 (Rechnung)

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	Aufwand (ohne Abschri.)	Ertrag	ONA
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumentwicklungsplanung	6.2	0.2	6.0
		1.2	Baufaufsicht	3.6	2.1	1.5
		1.3	Stadtbildungs- und Wohnbauförderung	0.9	0.0	0.9
		1.4	Gestaltung und Unterhalt der Allmend	66.4	45.0	21.4
		1.5	Naturschutz, Grünpflege und Friedhöfe	34.2	11.5	22.7
		1.6	Versorgung und Entsorgung	64.7	104.5	-39.8
		1.7	Umweltschutz und Energie	14.7	17.3	-2.6
	ED	2.1	Volksschulbildung	289.9	32.4	257.4
		2.2	Weiterführende Schulbildung	125.5	21.6	103.8
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe	132.1	6.2	126.0
		2.4	Erwachsenenbildung	6.7	2.0	4.7
		2.5	Kulturförderung und -pflege	115.1	13.8	101.3
		2.6	Sportförderung	19.2	9.3	9.8
		2.7	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	75.9	19.0	56.9
		2.8	Quartierarbeit und Tagesbetreuung von Kindern	16.8	8.9	7.9
	JD	3.1	Rechts- und Registerwesen	14.5	12.8	1.7
		3.2	Vormundchaftswesen	19.0	3.2	15.8
3.3		Strafverfolgung und -vollzug	29.6	2.5	27.1	
3.4		Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung	5.9	0.2	5.7	
3.5		Gleichstellung von Frauen und Männern	1.1	0.0	1.1	
3.6		Aussenbeziehungen	0.6	0.1	0.5	
PMD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Hilfeleistung	124.3	26.8	97.5	
	4.2	Verkehrsmanagement	20.7	54.5	-33.9	
	4.3	Kriminalitätsbekämpfung	38.5	6.4	32.1	
	4.4	Schutz bei ausserordentlichen Ereignissen	12.1	3.5	8.5	
	4.5	Wahlen und Abstimmungen	1.0	0.0	1.0	
SD	5.1	Gesundheitsschutz	18.7	8.9	9.8	
	5.2	Gesundheitsförderung und medizinische Prävention	13.3	1.9	11.5	
	5.3	Gesundheitsversorgung	772.6	507.8	264.8	
	5.4	Medizinische Aus- und Weiterbildung und Klinische Forschung	118.9	48.7	70.2	
	5.5	Veterinärmedizinische Dienste	1.6	1.5	0.1	
WSD	6.1	Standortförderung	5.2	1.5	3.7	
	6.2	Arbeitsmarkt und Berufsbildung	39.1	48.0	-8.9	
	6.3	Land- und Waldwirtschaft	0.8	0.1	0.7	
	6.4	Öffentlicher Verkehr	204.9	163.7	41.2	
	6.5	Existenzsicherung	99.9	12.4	87.5	
	6.6	Soziale Sicherheit	408.0	72.7	335.3	
	6.7	Dokumentation	6.7	0.4	6.3	
Judikative	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)	36.8	27.0	9.8	
	7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	1.3	0.1	1.3	
Summe AF			2'966.6	1'298.5	1'668.1	
Ressourcenfeld (RF)	8.1	Steuererhebung	29.3	3.3	26.0	
	8.2	Zentrale Finanzdienste	17.6	12.1	5.5	
	8.3	Zentrale Personaldienste	12.6	0.7	11.9	
	8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste	73.6	7.1	66.5	
	8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste	23.7	10.7	12.9	
	8.6	Zentrale Materialdienste	9.3	7.7	1.6	
	8.7	Behörden und zentrale Stäbe	11.3	1.4	9.9	
	8.8	Departementsstäbe	60.4	32.2	28.2	
Summe RF			237.7	75.2	162.5	
Zentrale Budget- und Rechnungspositionen				129.7	0.0	129.7
Summe AF + RF und zentrale B-/R-Positionen				3'334.0	1'373.8	1'960.3

Tabelle 2: Finanzen der Felder im Jahre 2002 (Budget)

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	Ertrag	ONA	Kalk. Pos. (Abschr. etc.)	Saldo KLR	Umlagen RF	Vollkosten	
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumentwicklungsplanung	7.5	7.3	0.6	7.9	0.2	8.1	
		1.2	Baufach	2.7	0.0	2.7	1.0	0.1	1.1	
		1.3	Stadt- und Wohnbauförderung	0.7	0.7	4.1	4.8	0.1	5.0	
		1.4	Gestaltung und Unterhalt der Allmend	68.1	37.2	129.6	166.8	3.7	170.5	
		1.5	Naturschutz, Grünpflege und Friedhöfe	33.8	21.1	4.4	25.4	1.2	26.6	
		1.6	Versorgung und Entsorgung	35.0	-46.6	60.1	13.5	0.9	14.3	
		1.7	Umweltschutz und Energie	15.1	-2.6	11.4	8.8	0.2	9.0	
	ED	2.1	Volksschulbildung	289.8	31.0	258.9	57.7	316.6	13.0	329.6
		2.2	Weiterführende Schulbildung	122.2	20.9	101.3	17.0	118.3	5.0	123.3
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe	128.9	4.4	124.5	58.2	182.7	7.9	190.6
		2.4	Erwachsenenbildung	6.7	2.0	4.8	1.0	5.8	0.7	6.5
		2.5	Kulturförderung und -pflege	108.3	8.2	100.0	24.7	124.8	3.3	128.1
		2.6	Sportförderung	20.0	9.9	10.1	12.6	22.7	0.7	23.5
		2.7	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	61.1	23.3	37.8	2.4	40.2	1.6	41.8
		2.8	Quartierarbeit und Tagesbetreuung von Kindern	27.7	2.5	25.2	1.6	26.8	1.1	27.9
	JD	3.1	Rechts- und Registerwesen	14.6	11.4	3.3	2.7	5.9	0.5	6.5
		3.2	Vormundchaftswesen	20.0	3.2	16.8	2.6	19.4	0.7	20.1
3.3		Strafverfolgung und -vollzug	29.7	2.8	26.9	9.3	36.2	1.1	37.3	
3.4		Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung	6.9	0.0	6.9	0.4	7.3	0.2	7.5	
3.5		Gleichstellung von Frauen und Männern	1.2	0.0	1.2	0.0	1.2	0.0	1.2	
PMD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Hilfeleistung	124.1	25.2	98.9	14.7	113.6	4.3	117.9	
	4.2	Verkehrsmanagement	21.0	56.4	-35.4	1.9	-33.5	0.1	-33.4	
	4.3	Kriminalitätsbekämpfung	38.6	6.1	32.5	5.6	38.1	1.6	39.7	
	4.4	Schutz bei ausserordentlichen Ereignissen	13.1	3.8	9.3	2.4	11.7	0.5	12.2	
	4.5	Wahlen und Abstimmungen	0.9	0.0	0.9	0.1	1.0	0.0	1.0	
SD	5.1	Gesundheitsschutz	19.4	8.6	10.8	2.1	13.0	0.6	13.5	
	5.2	Gesundheitsförderung und medizinische Prävention	14.5	2.3	12.2	0.5	12.8	0.7	13.4	
	5.3	Gesundheitsversorgung	721.5	484.2	237.4	97.6	335.0	20.6	355.6	
	5.4	Medizinische Aus- und Weiterbildung und Klinische Forschung	114.6	48.7	65.8	13.5	79.3	3.6	82.9	
	5.5	Veterinärmedizinische Dienste	1.5	1.4	0.1	0.4	0.5	0.0	0.5	
WSD	6.1	Standortförderung	6.4	1.6	4.8	0.1	4.8	0.1	4.9	
	6.2	Arbeitsmarkt und Berufsbildung	34.0	22.8	11.2	2.9	14.1	0.7	14.8	
	6.3	Land- und Waldwirtschaft	0.5	0.1	0.4	0.0	0.4	0.0	0.4	
	6.4	Öffentlicher Verkehr	206.0	154.1	51.9	56.3	108.2	4.8	113.0	
	6.5	Existenzsicherung	102.8	12.2	90.6	0.6	91.2	1.5	92.7	
	6.6	Soziale Sicherheit	426.8	69.8	357.1	2.0	359.1	5.6	364.7	
	6.7	Dokumentation	6.0	0.4	5.7	1.3	6.9	0.3	7.2	
Judikative	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)	35.4	25.3	10.1	6.2	16.3	1.3	17.6	
	7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	0.9	0.1	0.9	0.0	0.9	0.0	0.9	
Summe AF			2'889.1	1'188.3	1'700.8	609.7	2'310.5	88.7	2'399.2	
Ressourcenfeld (RF)	8.1	Steuererhebung	29.5	3.6	25.8	8.2	34.1	-34.1	0.0	
	8.2	Zentrale Finanzdienste	23.4	12.9	10.4	-5.0	5.4	-5.4	0.0	
	8.3	Zentrale Personaldienste	11.9	1.1	10.8	1.1	10.8	-6.5	0.0	
	8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste	55.1	7.5	47.6	-47.6	0.0	0.0	0.0	
	8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste	23.4	10.6	12.9	-11.9	1.0	-1.0	0.0	
	8.6	Zentrale Materialdienste	9.5	7.6	1.9	0.7	2.6	-2.6	0.0	
	8.7	Behörden und zentrale Stäbe	16.2	1.4	14.8	0.4	15.2	-15.2	0.0	
	8.8	Departementsstäbe	36.5	2.7	33.8	-33.8	0.0	0.0	0.0	
Summe RF			205.5	47.4	158.0	-93.4	64.7	-64.7	0.0	
Zentrale Budget- und Rechnungspositionen			24.0	0.0	24.0	0.0	24.0	-24.0	0.0	
Summe AF + RF und zentrale B-/R-Positionen			3'118.6	1'235.7	1'882.9	516.3	2'399.2	0.0	2'399.2	

Tabelle 3: Finanzen der Felder im Jahre 2003 (Budget)

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	Ertrag	Aufwand (ohne Absch.)	ONA	Kalk. Pos. (Abschr. etc.)	Saldo KLR	Umlagen RF	Vollkosten
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumentwicklungsplanung	0.8	7.2	6.4	0.4	6.9	0.2	7.1
		1.2	Baufürsicht	2.7	3.2	0.6	1.2	1.7	0.1	1.8
		1.3	Stadt- und Wohnbauförderung	0.0	0.5	0.5	2.1	2.6	0.1	2.7
		1.4	Gestaltung und Unterhalt der Allmend	34.0	72.0	38.0	82.2	120.2	3.0	123.2
		1.5	Naturschutz, Grünpflege und Friedhöfe	12.0	33.0	21.1	4.4	25.4	1.2	26.6
		1.6	Versorgung und Entsorgung	94.7	41.3	-53.5	63.8	10.3	0.8	11.1
		1.7	Umweltschutz und Energie	5.0	9.8	4.8	24.6	5.0	0.5	30.0
	ED	2.1	Volksschulbildung	21.5	290.6	269.1	57.6	326.7	12.7	339.4
		2.2	Weiterführende Schulbildung	20.6	131.1	110.5	17.4	127.9	5.0	132.9
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe	3.9	130.8	127.0	57.1	184.1	7.6	191.7
		2.4	Erwachsenenbildung	2.5	8.8	6.3	1.5	7.9	0.7	8.5
		2.5	Kulturförderung und -pflege	9.2	111.9	102.8	23.3	126.1	3.5	129.6
		2.6	Sportförderung	10.0	20.8	10.8	12.5	23.3	0.7	24.0
		2.7	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	25.0	68.0	43.0	2.0	45.1	1.6	46.7
		2.8	Quartierarbeit und Tagesbetreuung von Kindern	2.1	28.1	25.9	1.9	27.8	1.1	28.9
	JD	3.1	Rechts- und Registerwesen	12.4	15.5	3.1	3.0	6.1	0.6	6.7
		3.2	Vormundchaftswesen	2.1	20.0	17.9	2.8	20.6	0.8	21.4
3.3		Strafverfolgung und -vollzug	3.0	30.8	27.8	9.6	37.3	1.2	38.5	
3.4		Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung	0.0	7.4	7.4	0.4	7.9	0.2	8.1	
3.5		Gleichstellung von Frauen und Männern	0.0	1.3	1.2	0.0	1.2	0.0	1.2	
PMD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Hilfeleistung	26.8	130.7	103.9	14.7	118.6	4.6	123.3	
	4.2	Verkehrsmanagement	59.4	23.4	-36.0	2.2	-33.8	0.1	-33.7	
	4.3	Kriminalitätsbekämpfung	4.7	39.2	34.5	5.8	40.4	1.6	42.0	
	4.4	Schutz bei ausserordentlichen Ereignissen	3.5	13.3	9.8	2.6	12.4	0.6	13.0	
	4.5	Wahlen und Abstimmungen	0.0	1.9	1.9	0.1	1.9	0.0	2.0	
SD	5.1	Gesundheitsschutz	9.0	20.1	11.1	2.4	13.5	0.6	14.1	
	5.2	Gesundheitsförderung und medizinische Prävention	2.1	15.4	13.3	0.6	13.8	0.7	14.6	
	5.3	Gesundheitsversorgung	529.1	812.3	283.2	102.8	386.0	20.7	406.7	
	5.4	Medizinische Aus- und Weiterbildung und Klinische Forschung	47.2	116.6	69.4	12.4	81.8	3.5	85.2	
	5.5	Veterinärmedizinische Dienste	1.4	1.8	0.3	0.4	0.7	0.0	0.7	
WSD	6.1	Standortförderung	1.6	6.7	5.1	0.1	5.1	0.1	5.3	
	6.2	Arbeitsmarkt und Berufsbildung	21.2	33.9	12.6	3.1	15.8	0.8	16.6	
Judikative	6.3	Land- und Waldwirtschaft	0.0	0.4	0.4	0.0	0.4	0.0	0.4	
	6.4	Öffentlicher Verkehr	154.9	211.0	56.1	47.8	103.9	4.6	108.5	
	6.5	Existenzsicherung	13.7	100.7	87.1	0.5	87.6	1.5	89.1	
	6.6	Soziale Sicherheit	68.0	437.3	369.3	2.0	371.3	6.1	377.3	
	6.7	Dokumentation	0.4	6.3	5.9	1.2	7.1	0.3	7.4	
Summe AF	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)	26.6	38.0	11.4	6.5	17.9	1.4	19.3	
	7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	0.1	0.9	0.9	0.0	0.9	0.0	0.9	
Ressourcenfeld (RF)	8.1	Steuererhebung	3.8	31.8	28.0	8.6	36.6	-36.6	0.0	
	8.2	Zentrale Finanzdienste	13.1	25.2	12.0	-5.3	6.7	-6.7	0.0	
	8.3	Zentrale Personaldienste	1.0	12.6	11.6	-4.3	7.4	-7.4	0.0	
	8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste	15.4	54.3	38.8	-38.8	0.0	0.0	0.0	
	8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste	10.7	24.3	13.6	-10.1	3.4	-3.4	0.0	
	8.6	Zentrale Materialdienste	7.5	9.5	2.0	0.7	2.6	-2.6	0.0	
	8.7	Behörden und zentrale Stäbe	1.4	16.2	14.9	0.4	15.3	-15.3	0.0	
	8.8	Departementsstäbe	2.6	40.1	37.5	-37.5	0.0	0.0	0.0	
Summe RF			55.5	213.9	158.4	-86.4	72.0	-72.0	0.0	
Zentrale Budget- und Rechnungspositionen			0.0	17.3	17.3	0.0	17.3	-17.3	0.0	
Summe AF + RF und zentrale B-/R-Positionen			1'286.5	3'274.1	1'987.6	486.4	2'473.9	0.0	2'474.0	

Tabelle 4: Finanzen der Felder im Jahre 2004

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	Ertrag	Aufwand (ohne Absch.)	ONA	Kalk. Pos. (Abschr. etc.)	Saldo KLR	Umlagen RF	Vollkosten
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumentwicklungsplanung	0.8	7.3	6.6	0.4	7.0	0.3	7.2
		1.2	Baufach	2.7	3.3	0.6	1.2	1.7	0.1	1.9
		1.3	Stadtplanung und Wohnbauförderung	0.0	0.6	0.5	2.1	2.7	0.1	2.8
		1.4	Gestaltung und Unterhalt der Allmend	34.6	73.3	38.7	82.2	120.9	3.3	124.2
		1.5	Naturschutz, Grünpflege und Friedhöfe	12.2	33.6	21.4	4.4	25.8	1.4	27.2
		1.6	Versorgung und Entsorgung	96.4	42.0	-54.4	88.2	33.7	1.4	35.1
		1.7	Umweltschutz und Energie	10.0	10.0	4.9	0.2	5.1	0.2	5.3
	ED	2.1	Volksschulbildung	21.9	295.8	273.9	58.6	332.5	14.7	347.2
		2.2	Weiterführende Schulbildung	20.9	133.4	112.5	17.7	130.2	5.8	136.0
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe	3.9	133.2	129.3	58.1	187.4	8.9	196.3
		2.4	Erwachsenenbildung	2.5	9.0	6.4	1.6	8.0	0.8	8.8
		2.5	Kulturförderung und -pflege	9.3	114.0	104.6	23.7	128.3	3.9	132.2
		2.6	Sportförderung	10.2	21.1	11.0	12.7	23.7	0.8	24.5
		2.7	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	25.5	69.3	43.8	2.1	45.9	1.8	47.7
		2.8	Quartierarbeit und Tagesbetreuung von Kindern	2.2	28.6	26.4	1.9	28.3	1.3	29.6
	JD	3.1	Rechts- und Registerwesen	12.6	15.8	3.2	3.1	6.2	0.7	7.0
		3.2	Vormundchaftswesen	2.1	20.8	18.6	2.6	21.2	0.9	22.1
3.3		Strafverfolgung und -vollzug	3.1	32.7	29.6	9.2	38.8	1.4	40.2	
3.4		Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung	0.0	7.6	7.6	0.4	8.0	0.3	8.3	
3.5		Gleichstellung von Frauen und Männern	0.0	1.3	1.3	0.0	1.2	0.0	1.3	
PMD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Hilfeleistung	26.9	132.2	105.4	14.8	120.1	5.3	125.4	
	4.2	Verkehrsmanagement	59.6	23.7	-35.9	2.2	-33.7	0.2	-33.5	
	4.3	Kriminalitätsbekämpfung	4.7	39.7	35.0	5.9	40.9	1.8	42.7	
	4.4	Schutz bei ausserordentlichen Ereignissen	3.6	13.5	9.9	2.6	12.5	0.7	13.2	
	4.5	Wahlen und Abstimmungen	0.0	1.9	1.9	0.1	2.0	0.0	2.0	
SD	5.1	Gesundheitsschutz	9.2	20.5	11.3	2.5	13.8	0.7	14.5	
	5.2	Gesundheitsförderung und medizinische Prävention	2.2	15.7	13.5	0.6	14.1	0.9	14.9	
	5.3	Gesundheitsversorgung	538.6	826.9	288.3	104.7	392.9	24.4	417.3	
	5.4	Medizinische Aus- und Weiterbildung und Klinische Forschung	48.0	118.7	70.6	12.6	83.3	4.0	87.3	
	5.5	Veterinärmedizinische Dienste	1.5	1.8	0.3	0.4	0.7	0.0	0.8	
WSD	6.1	Standortförderung	1.6	6.8	5.2	0.1	5.2	0.2	5.4	
	6.2	Arbeitsmarkt und Berufsbildung	21.6	34.5	12.9	3.1	16.0	0.9	16.9	
	6.3	Land- und Waldwirtschaft	0.0	0.4	0.4	0.0	0.4	0.0	0.4	
	6.4	Öffentlicher Verkehr	157.7	217.3	59.6	48.5	108.1	5.4	113.5	
	6.5	Existenzsicherung	13.9	95.9	82.0	0.5	82.4	1.5	83.9	
	6.6	Soziale Sicherheit	69.2	450.5	381.3	2.0	383.3	6.3	389.6	
	6.7	Dokumentation	0.4	6.4	6.0	1.3	7.2	0.3	7.6	
Judikative	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)	27.0	38.4	11.4	6.5	17.8	1.6	19.5	
	7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	0.1	1.0	0.9	0.0	0.9	0.0	1.0	
Summe AF			1'251.8	3'099.2	1'847.3	578.6	2'425.9	102.2	2'528.1	
Ressourcenfeld (RF)	8.1	Steuererhebung	3.9	32.4	28.5	8.8	37.3	-37.3	0.0	
	8.2	Zentrale Finanzdienste	13.4	23.6	10.2	-5.4	4.8	-4.8	0.0	
	8.3	Zentrale Personaldienste	1.0	12.8	11.9	-4.4	7.5	-7.5	0.0	
	8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste	15.7	55.2	39.5	-39.5	0.0	0.0	0.0	
	8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste	10.9	24.7	13.8	-10.3	3.5	-3.5	0.0	
	8.6	Zentrale Materialdienste	7.6	9.7	2.0	0.7	2.7	-2.7	0.0	
	8.7	Behörden und zentrale Stäbe	1.4	16.5	15.1	0.4	15.5	-15.5	0.0	
	8.8	Departementsstäbe	2.6	40.8	38.2	-38.2	0.0	0.0	0.0	
Summe RF			56.5	215.7	159.2	-87.9	71.3	-71.3	0.0	
Zentrale Budget- und Rechnungspositionen			0.0	30.9	30.9	0.0	30.9	-30.9	0.0	
Summe AF + RF und zentrale B-/R-Positionen			1'308.3	3'345.8	2'037.5	490.6	2'528.1	0.0	2'528.1	

Tabelle 5: Finanzen der Felder im Jahre 2005

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	Ertrag	Aufwand (ohne Abschr.)	ONA	Kalk. Pos. (Abschr. etc.)	Saldo KLR	Umlagen RF	Vollkosten
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumentwicklungsplanung	0.8	7.5	6.7	0.4	7.1	0.3	7.4
		1.2	Baufischt	2.7	3.3	0.6	1.2	1.7	0.1	1.9
		1.3	Stadt- und Wohnbauförderung	0.0	0.6	0.6	2.1	2.7	0.1	2.8
		1.4	Gestaltung und Unterhalt der Allmend	35.2	74.6	39.4	82.2	121.6	3.3	124.9
		1.5	Naturschutz, Grünpflege und Friedhöfe	12.4	34.2	21.8	4.4	26.2	1.4	27.6
		1.6	Versorgung und Entsorgung	98.1	42.7	-55.4	88.2	32.8	1.3	34.2
		1.7	Umweltschutz und Energie	5.2	10.1	5.0	0.3	5.2	0.0	5.4
	ED	2.1	Volksschulbildung	22.3	300.9	278.6	59.6	338.2	14.8	353.0
		2.2	Weiterführende Schulbildung	21.3	135.7	114.4	18.0	132.4	5.8	138.2
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe	4.0	135.5	131.5	59.1	190.6	8.9	199.5
		2.4	Erwachsenenbildung	2.6	9.1	6.5	1.6	8.1	0.8	9.0
		2.5	Kulturförderung und -pflege	9.5	115.9	106.4	24.1	130.5	3.9	134.4
		2.6	Sportförderung	10.3	21.5	11.2	12.9	24.1	0.8	24.9
		2.7	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	25.9	70.5	44.6	2.1	46.7	1.9	48.5
		2.8	Quartierarbeit und Tagesbetreuung von Kindern	2.2	29.0	26.9	2.0	28.8	1.3	30.1
	JD	3.1	Rechts- und Registerwesen	12.8	16.0	3.2	3.0	6.2	0.7	7.0
		3.2	Vormundschaftswesen	2.2	21.1	18.9	2.6	21.6	0.9	22.4
3.3		Strafverfolgung und -vollzug	3.1	33.7	30.6	7.9	38.5	1.4	39.8	
3.4		Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung	0.0	7.7	7.7	0.5	8.1	0.3	8.4	
3.5		Gleichstellung von Frauen und Männern	0.0	1.3	1.3	0.0	1.2	0.0	1.3	
PMD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Hilfeleistung	27.1	133.9	106.8	14.9	121.7	5.3	127.0	
	4.2	Verkehrsmanagement	59.9	24.0	-36.0	2.2	-33.8	0.2	-33.6	
	4.3	Kriminalitätsbekämpfung	4.7	40.2	35.4	5.9	41.3	1.8	43.2	
	4.4	Schutz bei ausserordentlichen Ereignissen	3.6	13.7	10.1	2.6	12.7	0.7	13.4	
	4.5	Wahlen und Abstimmungen	0.0	1.9	1.9	0.1	2.0	0.0	2.0	
SD	5.1	Gesundheitsschutz	9.3	20.8	11.5	2.5	14.0	0.7	14.7	
	5.2	Gesundheitsförderung und medizinische Prävention	2.2	16.0	13.8	0.6	14.3	0.9	15.2	
	5.3	Gesundheitsversorgung	547.8	841.0	293.2	106.4	399.6	24.5	424.1	
	5.4	Medizinische Aus- und Weiterbildung und Klinische Forschung	48.8	120.7	71.8	12.8	84.7	4.0	88.7	
	5.5	Veterinärmedizinische Dienste	1.5	1.8	0.3	0.4	0.7	0.0	0.8	
WSD	6.1	Standortförderung	1.7	6.9	5.3	0.1	5.3	0.2	5.5	
	6.2	Arbeitsmarkt und Berufsbildung	22.0	35.1	13.1	3.2	16.2	0.9	17.2	
	6.3	Land- und Waldwirtschaft	0.0	0.4	0.4	0.0	0.4	0.0	0.4	
	6.4	Öffentlicher Verkehr	160.4	221.9	61.5	49.2	110.7	5.4	116.1	
	6.5	Existenzsicherung	14.1	91.2	77.0	0.5	77.5	1.4	78.9	
	6.6	Soziale Sicherheit	70.4	466.3	395.9	2.0	397.9	6.5	404.4	
	6.7	Dokumentation	0.4	6.5	6.1	1.3	7.3	0.3	7.7	
Judikative	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)	27.5	39.5	12.0	6.4	18.5	1.7	20.1	
	7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	0.1	1.0	0.9	0.0	0.9	0.0	1.0	
Summe AF			1'272.1	3'154.5	1'882.4	583.2	2'465.6	102.9	2'568.4	
Ressourcenfeld (RF)	8.1	Steuererhebung	3.9	32.9	29.0	8.9	37.9	-37.9	0.0	
	8.2	Zentrale Finanzdienste	13.6	23.5	9.9	-5.5	4.4	-4.4	0.0	
	8.3	Zentrale Personaldienste	1.0	13.1	12.1	-4.4	7.6	-7.6	0.0	
	8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste	16.0	56.2	40.2	-40.2	0.0	0.0	0.0	
	8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste	11.1	25.1	14.0	-10.5	3.5	-3.5	0.0	
	8.6	Zentrale Materialdienste	7.8	9.8	2.1	0.7	2.7	-2.7	0.0	
	8.7	Behörden und zentrale Stäbe	1.4	16.8	15.4	0.4	15.8	-15.8	0.0	
	8.8	Departementsstäbe	2.6	41.4	38.8	-38.8	0.0	0.0	0.0	
Summe RF			57.4	218.8	161.4	-89.4	72.0	-72.0	0.0	
Zentrale Budget- und Rechnungspositionen			0.0	30.9	30.9	0.0	30.9	-30.9	0.0	
Summe AF + RF und zentrale B-/R-Positionen			1'329.5	3'404.2	2'074.7	493.8	2'568.4	0.0	2'568.4	

Tabelle 6: Finanzen der Felder im Jahre 2006

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	Aufwand (ohne Abschr.)	Ertrag	ONA	Kalk. Pos. (Abschr. etc.)	Saldo KLR	Umlagen RF	Vollkosten
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumentwicklungsplanung	7.6	0.8	6.8	0.4	7.2	0.3	7.5
		1.2	Baufaufsicht	3.4	2.8	0.6	1.2	1.8	0.1	1.9
		1.3	Stadt- und Wohnbauförderung	0.6	0.0	0.6	2.2	2.7	0.1	2.9
		1.4	Gestaltung und Unterhalt der Allmend	75.8	35.8	40.0	82.3	122.3	3.3	125.6
		1.5	Naturschutz, Grünpflege und Friedhöfe	34.8	12.6	22.2	4.4	26.6	1.4	28.0
		1.6	Versorgung und Entsorgung	43.5	99.8	-56.3	88.2	31.9	1.3	33.2
		1.7	Umweltschutz und Energie	10.3	5.2	5.1	0.3	5.3	0.0	5.5
	ED	2.1	Volksschulbildung	306.0	22.6	283.3	60.6	344.0	14.8	358.8
		2.2	Weiterführende Schulbildung	138.0	21.7	116.4	18.3	134.7	5.8	140.5
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe	137.8	4.1	133.7	60.1	193.8	9.0	202.8
		2.4	Erwachsenenbildung	9.3	2.6	6.6	1.6	8.3	0.8	9.1
		2.5	Kulturförderung und -pflege	117.9	9.6	108.2	24.5	132.7	3.9	136.7
		2.6	Sportförderung	21.9	10.5	11.4	13.2	24.5	0.8	25.4
		2.7	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	71.6	26.3	45.3	2.2	47.5	1.9	49.3
		2.8	Quartierarbeit und Tagesbetreuung von Kindern	29.5	2.2	27.3	2.0	29.3	1.3	30.6
	JD	3.1	Rechts- und Registerwesen	16.3	13.1	3.3	3.0	6.3	0.7	7.0
		3.2	Vormundschaftswesen	21.5	2.2	19.3	2.6	21.9	0.9	22.8
3.3		Strafverfolgung und -vollzug	34.5	3.2	31.3	5.9	37.2	1.3	38.6	
3.4		Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung	7.8	0.0	7.8	0.5	8.3	0.3	8.5	
3.5		Gleichstellung von Frauen und Männern	1.3	0.0	1.3	0.0	1.3	0.0	1.3	
PMD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Hilfeleistung	135.5	27.3	108.2	14.9	123.2	5.3	128.5	
	4.2	Verkehrsmanagement	24.2	60.3	-36.0	2.2	-33.9	0.2	-33.6	
	4.3	Kriminalitätsbekämpfung	40.7	4.8	35.9	5.9	41.8	1.8	43.7	
	4.4	Schutz bei ausserordentlichen Ereignissen	13.8	3.6	10.2	2.6	12.8	0.7	13.5	
	4.5	Wahlen und Abstimmungen	1.9	0.0	1.9	0.1	2.0	0.0	2.1	
SD	5.1	Gesundheitsschutz	21.2	9.5	11.7	2.6	14.2	0.7	14.9	
	5.2	Gesundheitsförderung und medizinische Prävention	16.3	2.3	14.0	0.6	14.6	0.9	15.4	
	5.3	Gesundheitsversorgung	855.3	557.1	298.2	108.2	406.4	24.6	431.0	
	5.4	Medizinische Aus- und Weiterbildung und Klinische Forschung	122.7	49.7	73.1	13.0	86.1	4.1	90.2	
	5.5	Veterinärmedizinische Dienste	1.9	1.5	0.3	0.4	0.7	0.0	0.8	
WSD	6.1	Standortförderung	7.0	1.7	5.4	0.1	5.4	0.2	5.6	
	6.2	Arbeitsmarkt und Berufsbildung	35.7	22.4	13.3	3.2	16.5	1.0	17.4	
	6.3	Land- und Waldwirtschaft	0.5	0.0	0.5	0.0	0.5	0.0	0.5	
	6.4	Öffentlicher Verkehr	226.9	163.1	63.7	49.8	113.6	5.5	119.0	
	6.5	Existenzsicherung	91.5	14.4	77.1	0.5	77.6	1.4	79.0	
	6.6	Soziale Sicherheit	483.4	71.6	411.8	2.0	413.9	6.8	420.6	
	6.7	Dokumentation	6.6	0.4	6.2	1.3	7.4	0.4	7.8	
Judikative	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)	40.2	28.0	12.2	6.4	18.7	1.7	20.3	
	7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	1.0	0.1	0.9	0.0	1.0	0.0	1.0	
Summe AF			3216.5	1292.7	1923.8	587.3	2511.1	103.6	2614.6	
Ressourcenfeld (RF)	8.1	Steuererhebung	33.5	4.0	29.5	9.1	38.5	-38.5	0.0	
	8.2	Zentrale Finanzdienste	23.4	13.8	9.5	-5.6	4.0	-4.0	0.0	
	8.3	Zentrale Personaldienste	13.3	1.0	12.3	-4.5	7.8	-7.8	0.0	
	8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste	57.1	16.3	40.9	-40.9	0.0	0.0	0.0	
	8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste	25.5	11.3	14.3	-10.7	3.6	-3.6	0.0	
	8.6	Zentrale Materialdienste	10.0	7.9	2.1	0.7	2.8	-2.8	0.0	
	8.7	Behörden und zentrale Stäbe	17.1	1.5	15.6	0.4	16.1	-16.1	0.0	
	8.8	Departementsstäbe	42.1	2.6	39.5	-39.5	0.0	0.0	0.0	
Summe RF			221.9	58.3	163.6	-90.9	72.8	-72.8	0.0	
Zentrale Budget- und Rechnungspositionen			30.9	0.0	30.9	0.0	30.9	-30.9	0.0	
Summe AF + RF und zentrale B-/R-Positionen			3469.3	1351.1	2118.3	496.4	2614.6	0.0	2614.6	

Tabelle 7: Ordentlicher Nettoaufwand

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006	
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumentwicklungsplanung	6.0	7.3	6.4	6.6	6.7	6.8	
		1.2	Baufaufsicht	1.5	0.0	0.6	0.6	0.6	0.6	
		1.3	Stadtbildungs- und Wohnbauförderung	0.9	0.7	0.5	0.5	0.6	0.6	
		1.4	Gestaltung und Unterhalt der Allmend	21.4	37.2	38.0	38.7	39.4	40.0	
		1.5	Naturschutz, Grünpflege und Friedhöfe	22.7	21.1	21.1	21.4	21.8	22.2	
		1.6	Versorgung und Entsorgung	-39.8	-46.6	-53.5	-54.4	-55.4	-56.3	
		1.7	Umweltschutz und Energie	-2.6	-2.6	4.8	4.9	5.0	5.1	
		ED	2.1	Volksschulbildung	257.4	258.9	269.1	273.9	278.6	283.3
			2.2	Weiterführende Schulbildung	103.8	101.3	110.5	112.5	114.4	116.4
			2.3	Bildung auf Tertiärstufe	126.0	124.5	127.0	129.3	131.5	133.7
			2.4	Erwachsenenbildung	4.7	4.8	6.3	6.4	6.5	6.6
			2.5	Kulturförderung und -pflege	101.3	100.0	102.8	104.6	106.4	108.2
			2.6	Sportförderung	9.8	10.1	10.8	11.0	11.2	11.4
			2.7	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	56.9	37.8	43.0	43.8	44.6	45.3
			2.8	Quartierarbeit und Tagesbetreuung von Kindern	7.9	25.2	25.9	26.4	26.9	27.3
		JD	3.1	Rechts- und Registerwesen	1.7	3.3	3.1	3.2	3.2	3.3
			3.2	Vormundschaftswesen	15.8	16.8	17.9	18.6	18.9	19.3
3.3	Strafverfolgung und -vollzug		27.1	26.9	27.8	29.6	30.6	31.3		
3.4	Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung		5.7	6.9	7.4	7.6	7.7	7.8		
3.5	Gleichstellung von Frauen und Männern		1.1	1.2	1.2	1.3	1.3	1.3		
3.6	Aussenbeziehungen		0.5	1.0	0.9	0.9	0.9	1.0		
PMD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Hilfeleistung	97.5	98.9	103.9	105.4	106.8	108.2		
	4.2	Verkehrsmanagement	-33.9	-35.4	-36.0	-35.9	-36.0	-36.0		
	4.3	Kriminalitätsbekämpfung	32.1	32.5	34.5	35.0	35.4	35.9		
	4.4	Schutz bei ausserordentlichen Ereignissen	8.5	9.3	9.8	9.9	10.1	10.2		
	4.5	Wahlen und Abstimmungen	1.0	0.9	1.9	1.9	1.9	1.9		
SD	5.1	Gesundheitsschutz	9.8	10.8	11.1	11.3	11.5	11.7		
	5.2	Gesundheitsförderung und medizinische Prävention	11.5	12.2	13.3	13.5	13.8	14.0		
	5.3	Gesundheitsversorgung	264.8	237.4	283.2	288.3	293.2	298.2		
	5.4	Medizinische Aus- und Weiterbildung und Klinische Forschung	70.2	65.8	69.4	70.6	71.8	73.1		
	5.5	Veterinärmedizinische Dienste	0.1	0.1	0.3	0.3	0.3	0.3		
WSD	6.1	Standortförderung	3.7	4.8	5.1	5.2	5.3	5.4		
	6.2	Arbeitsmarkt und Berufsbildung	-8.9	11.2	12.6	12.9	13.1	13.3		
	6.3	Land- und Waldwirtschaft	0.7	0.4	0.4	0.4	0.4	0.5		
	6.4	Öffentlicher Verkehr	41.2	51.9	56.1	59.6	61.5	63.7		
	6.5	Existenzsicherung	87.5	90.6	87.1	82.0	77.0	77.1		
	6.6	Soziale Sicherheit	335.3	357.1	369.3	381.3	395.9	411.8		
	6.7	Dokumentation	6.3	5.7	5.9	6.0	6.1	6.2		
Judikative	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)	9.8	10.1	11.4	11.4	12.0	12.2		
	7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	1.3	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9		
Summe AF			1 668.1	1 700.8	1 811.9	1 847.3	1 882.4	1 923.8		
Ressourcenfeld (RF)	8.1	Steuererhebung	26.0	25.8	28.0	28.5	29.0	29.5		
	8.2	Zentrale Finanzdienste	5.5	10.4	12.0	10.2	9.9	9.5		
	8.3	Zentrale Personaldienste	11.9	10.8	11.6	11.9	12.1	12.3		
	8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste	66.5	47.6	38.8	39.5	40.2	40.9		
	8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste	12.9	12.9	13.6	13.8	14.0	14.3		
	8.6	Zentrale Materialdienste	1.6	1.9	2.0	2.0	2.1	2.1		
	8.7	Behörden und zentrale Stäbe	9.9	14.8	14.9	15.1	15.4	15.6		
	8.8	Departementsstäbe	28.2	33.8	37.5	38.2	38.8	39.5		
Summe RF			162.5	158.0	158.4	159.2	161.4	163.6		
Zentrale Budget- und Rechnungspositionen			129.7	24.0	17.3	30.9	30.9	30.9		
Summe AF + RF und zentrale B-/R-Positionen			1 960.3	1 882.9	1 987.6	2 037.5	2 074.7	2 118.3		

Tabelle 8: Saldo Kosten-/Leistungsrechnung

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	R	B	B	B	P	P	P	P		
				2001	2002	2003	2004	2005	2006				
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumentwicklungsplanung	7.9	6.9	7.0	7.1	7.2	7.1	7.0	7.2		
		1.2	Baufischt	1.0	1.7	1.7	1.7	1.8	1.7	1.8	1.7	1.8	
		1.3	Stadt- und Wohnbauförderung	4.8	2.6	2.7	2.7	2.7	2.7	2.7	2.7	2.7	
		1.4	Gestaltung und Unterhalt der Allmend	166.8	120.2	120.9	120.9	121.6	122.3	122.3	122.3	122.3	
		1.5	Naturschutz, Grünpflege und Friedhöfe	25.4	25.4	25.8	25.8	26.2	26.6	26.6	26.6	26.6	
		1.6	Versorgung und Entsorgung	13.5	10.3	33.7	33.7	32.8	31.9	31.9	31.9	31.9	
		1.7	Umweltschutz und Energie	8.8	29.4	5.1	5.1	5.2	5.3	5.3	5.3	5.3	
		ED	2.1	Volksschulbildung	316.6	326.7	332.5	332.5	338.2	344.0	344.0	344.0	344.0
			2.2	Weiterführende Schulbildung	118.3	127.9	130.2	132.4	134.7	134.7	134.7	134.7	134.7
			2.3	Bildung auf Tertiärstufe	182.7	184.1	187.4	187.4	190.6	193.8	193.8	193.8	193.8
			2.4	Erwachsenenbildung	5.8	7.9	8.0	8.0	8.1	8.3	8.3	8.3	8.3
			2.5	Kulturförderung und -pflege	124.8	126.1	128.3	128.3	130.5	132.7	132.7	132.7	132.7
			2.6	Sportförderung	22.7	23.3	23.7	23.7	24.1	24.5	24.5	24.5	24.5
			2.7	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	40.2	45.1	45.9	45.9	46.7	47.5	47.5	47.5	47.5
			2.8	Quartierarbeit und Tagesbetreuung von Kindern	26.8	27.8	28.3	28.3	28.8	29.3	29.3	29.3	29.3
		JD	3.1	Rechts- und Registerwesen	5.9	6.1	6.2	6.2	6.2	6.3	6.3	6.3	6.3
			3.2	Vormundchaftswesen	19.4	20.6	21.2	21.2	21.6	21.9	21.9	21.9	21.9
3.3	Strafverfolgung und -vollzug		36.2	37.3	38.8	38.8	38.5	37.2	37.2	37.2	37.2		
3.4	Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung		7.3	7.9	8.0	8.0	8.1	8.3	8.3	8.3	8.3		
3.5	Gleichstellung von Frauen und Männern		1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.3	1.3	1.3	1.3		
PMD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Hilfeleistung	113.6	118.6	120.1	120.1	121.7	123.2	123.2	123.2	123.2		
	4.2	Verkehrsmanagement	-33.5	-33.8	-33.7	-33.7	-33.8	-33.9	-33.9	-33.9	-33.9		
	4.3	Kriminalitätsbekämpfung	38.1	40.4	40.9	40.9	41.3	41.8	41.8	41.8	41.8		
	4.4	Schutz bei ausserordentlichen Ereignissen	11.7	12.4	12.5	12.5	12.7	12.8	12.8	12.8	12.8		
	4.5	Wahlen und Abstimmungen	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0		
SD	5.1	Gesundheitsschutz	13.0	13.5	13.8	13.8	14.0	14.2	14.2	14.2	14.2		
	5.2	Gesundheitsförderung und medizinische Prävention	12.8	13.8	14.1	14.1	14.3	14.6	14.6	14.6	14.6		
	5.3	Gesundheitsversorgung	335.0	386.0	392.9	392.9	399.6	406.4	406.4	406.4	406.4		
	5.4	Medizinische Aus- und Weiterbildung und Klinische Forschung	79.3	81.8	83.3	83.3	84.7	86.1	86.1	86.1	86.1		
	5.5	Veterinärmedizinische Dienste	0.5	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7		
WSD	6.1	Standortförderung	4.8	5.1	5.2	5.2	5.3	5.4	5.4	5.4	5.4		
	6.2	Arbeitsmarkt und Berufsbildung	14.1	15.8	16.0	16.0	16.2	16.5	16.5	16.5	16.5		
	6.3	Land- und Waldwirtschaft	0.4	0.4	0.4	0.4	0.4	0.5	0.5	0.5	0.5		
	6.4	Öffentlicher Verkehr	108.2	103.9	108.1	108.1	110.7	113.6	113.6	113.6	113.6		
	6.5	Existenzsicherung	91.2	87.6	82.4	82.4	77.5	77.6	77.6	77.6	77.6		
	6.6	Soziale Sicherheit	359.1	371.3	383.3	383.3	397.9	413.9	413.9	413.9	413.9		
	6.7	Dokumentation	6.9	7.1	7.2	7.2	7.3	7.4	7.4	7.4	7.4		
Judikative	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)	16.3	17.9	17.8	17.8	18.5	18.7	18.7	18.7	18.7		
	7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9	1.0	1.0	1.0	1.0		
Summe AF				2 310.5	2 384.7	2 425.9	2 465.6	2 511.1	2 511.1	2 511.1			
Ressourcenfeld (RF)	8.1	Steuererhebung	34.1	36.6	37.3	37.3	37.9	38.5	38.5	38.5	38.5		
	8.2	Zentrale Finanzdienste	5.4	6.7	4.8	4.8	4.4	4.0	4.0	4.0	4.0		
	8.3	Zentrale Personaldienste	6.5	7.4	7.5	7.5	7.6	7.8	7.8	7.8	7.8		
	8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste	1.0	3.4	3.5	3.5	3.5	3.6	3.6	3.6	3.6		
	8.6	Zentrale Materialdienste	2.6	2.6	2.7	2.7	2.7	2.8	2.8	2.8	2.8		
	8.7	Behörden und zentrale Stäbe	15.2	15.2	15.5	15.5	15.7	16.1	16.1	16.1	16.1		
	8.8	Departementsstäbe	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
Summe RF				64.7	72.0	71.3	72.0	72.0	72.0	72.0			
Zentrale Budget- und Rechnungspositionen				24.0	17.3	30.9	30.9	30.9	30.9	30.9			
Summe AF + RF und zentrale B-/R-Positionen				2 399.2	2 474.0	2 528.1	2 568.4	2 614.7	2 614.7	2 614.7			

Tabelle 9: Saldo Vollkostenrechnung

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006	
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumentwicklungsplanung		8.1	7.1	7.2	7.4	7.5	
		1.2	Baufaufsicht		1.1	1.8	1.9	1.9	1.9	
		1.3	Stadt- und Wohnbauförderung		5.0	2.7	2.8	2.8	2.9	
		1.4	Gestaltung und Unterhalt der Allmend		170.5	123.2	124.2	124.9	125.6	
		1.5	Naturschutz, Grünpflege und Friedhöfe		26.6	26.6	27.2	27.6	28.0	
		1.6	Versorgung und Entsorgung		14.3	11.1	35.1	34.2	33.2	
		1.7	Umweltschutz und Energie		9.0	30.0	5.3	5.4	5.5	
		ED	2.1	Volksschulbildung		329.6	339.4	347.2	353.0	358.8
			2.2	Weiterführende Schulbildung		123.3	132.9	136.0	138.2	140.5
			2.3	Bildung auf Tertiärstufe		190.6	191.7	196.3	199.5	202.8
			2.4	Erwachsenenbildung		6.5	8.5	8.8	9.0	9.1
			2.5	Kulturförderung und -pflege		128.1	129.6	132.2	134.4	136.7
			2.6	Sportförderung		23.5	24.0	24.5	24.9	25.4
			2.7	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe		41.8	46.7	47.7	48.5	49.3
			2.8	Quartierarbeit und Tagesbetreuung von Kindern		27.9	28.9	29.6	30.1	30.6
		JD	3.1	Rechts- und Registerwesen		6.5	6.7	7.0	7.0	7.0
			3.2	Vormundschaftswesen		20.1	21.4	22.1	22.4	22.8
3.3	Strafverfolgung und -vollzug			37.3	38.5	40.2	39.8	38.6		
3.4	Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung			7.5	8.1	8.3	8.4	8.5		
3.5	Gleichstellung von Frauen und Männern			1.2	1.2	1.3	1.3	1.3		
3.6	Aussenbeziehungen			1.0	1.0	1.0	1.0	1.0		
PMD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Hilfeleistung		117.9	123.3	125.4	127.0	128.5		
	4.2	Verkehrsmanagement		-33.4	-33.7	-33.5	-33.6	-33.6		
	4.3	Kriminalitätsbekämpfung		39.7	42.0	42.7	43.2	43.7		
	4.4	Schutz bei ausserordentlichen Ereignissen		12.2	13.0	13.2	13.4	13.5		
	4.5	Wahlen und Abstimmungen		1.0	2.0	2.0	2.0	2.1		
SD	5.1	Gesundheitsschutz		13.5	14.1	14.5	14.7	14.9		
	5.2	Gesundheitsförderung und medizinische Prävention		13.4	14.6	14.9	15.2	15.4		
	5.3	Gesundheitsversorgung		355.6	406.7	417.3	424.1	431.0		
	5.4	Medizinische Aus- und Weiterbildung und Klinische Forschung		82.9	85.2	87.3	88.7	90.2		
	5.5	Veterinärmedizinische Dienste		0.5	0.7	0.8	0.8	0.8		
WSD	6.1	Standortförderung		4.9	5.3	5.4	5.5	5.6		
	6.2	Arbeitsmarkt und Berufsbildung		14.8	16.6	16.9	17.2	17.4		
	6.3	Land- und Waldwirtschaft		0.4	0.4	0.4	0.4	0.5		
	6.4	Öffentlicher Verkehr		113.0	108.5	113.5	116.1	119.0		
	6.5	Existenzsicherung		92.7	89.1	83.9	78.9	79.0		
	6.6	Soziale Sicherheit		364.7	377.3	389.6	404.4	420.6		
	6.7	Dokumentation		7.2	7.4	7.6	7.7	7.8		
Judikative	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)		17.6	19.3	19.5	20.1	20.3		
	7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)		0.9	0.9	1.0	1.0	1.0		
Summe AF			2 399.2	2 474.0	2 528.1	2 568.4	2 614.6			
Ressourcenfeld (RF)	8.1	Steuererhebung		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	8.2	Zentrale Finanzdienste		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	8.3	Zentrale Personaldienste		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	8.6	Zentrale Materialdienste		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	8.7	Behörden und zentrale Stäbe		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	8.8	Departementsstäbe		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
Summe RF			0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
Zentrale Budget- und Rechnungspositionen				0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Summe AF + RF und zentrale B-/R-Positionen				2 399.2	2 474.0	2 528.1	2 568.4	2 614.6		

6.2 Investitionsplan

Die **Tabelle 10** zeigt die geplante Entwicklung der Nettoinvestitionen sowie deren Verteilung auf die fünf bestehenden Investitionsbereiche. Diese sind wie folgt gegliedert:

Investitionsbereich	Verantwortlichkeit
Strassen/Stadtgestaltung	Baudepartement
Öffentlicher Verkehr	Wirtschafts- und Sozialdepartement
Gesundheit	Sanitätsdepartement
Bildung	Erziehungsdepartement
Übrige	Finanzdepartement (federführend)

Die in den vier Hauptinvestitionsbereichen nicht enthaltenen Funktionen wie allgemeine Verwaltung, Polizei, Feuerwehr, soziale Wohlfahrt, etc. werden unter der Bezeichnung «Übrige» zusammengefasst.

Die Reserve ist ebenfalls Teil der geplanten Nettoinvestitionen, doch ist sie noch keinem Investitionsbereich zugeteilt. Sie soll primär als strategische Reserve für Grossprojekte in der Hand des Regierungsrates, für Stadtentwicklungsprojekte sowie für den Investitionsbereich «Übrige» zur Verfügung stehen.

In der Planung werden die Investitionen (vorderhand) auf die Investitionsbereiche aufgeteilt. Effektiv müssen die einzelnen Vorhaben den einzelnen Feldern zugeordnet werden, damit die Kapitalkosten in der Laufenden Rechnung und in der Kostenrechnung korrekt erfasst werden können.

Auch wenn technisch gesehen Investitionen eigentlich eine Vorleistung zur Erbringung der Leistungen in den Aufgaben- und Ressourcenerfelder darstellen, so sind sie doch sehr oft von grosser politischer Wichtigkeit. Zudem führen Investitionen in der Regel zu Folgekosten, die dann in den Folgejahren in den Vollkosten der Aufgabenerfelder auftauchen. Um im Sinne von mehr Transparenz den Zusammenhang zwischen den Investitionen und den Feldern direkter darzustellen, werden in **Tabelle 11** neu die grössten, respektive politisch wichtigsten Investitionsvorhaben aufgelistet. Um eine höhere Verbindlichkeit zu erreichen, werden nur jene Vorhaben gezeigt, welche bereits mittels Regierungsratsbeschluss in das Investitionsprogramm aufgenommen wurden. Die in den Jahren 2004 bis 2006 anfallenden Investitionsvolumina für die einzelnen Vorhaben haben provisorischen Charakter und sind abhängig von den in den Planjahren zur Verfügung stehenden Mitteln.

Tabelle 10: **Investitionsplan**
(Plafonds der fünf Investitionsbereiche, Nettoinvestitionen)

(Angaben in Millionen CHF)

Investitionsbereich	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Strassen / Stadtgestaltung	68.9	68.9	63.5	59.3	57.5	42.5
Öffentlicher Verkehr	92.6	44.0	32.2	35.0	38.0	41.0
Gesundheit	75.0	72.2	57.7	48.7	70.7	81.0
Bildung	46.3	46.0	47.0	47.0	52.0	60.5
Übrige	51.9	62.6	51.2	40.5	42.5	43.5
Total ohne Reserve	334.7	293.7	251.6	230.5	260.7	268.5
Reserve	0.0	0.0	0.0	26.9	46.9	50.3
Total Plafond	334.7	293.7	251.6	257.4	307.6	318.8
Positionen ausserhalb Plafond	-3.9	-9.0	-7.0	-9.0	-9.0	-9.0
Reserve für teuerungsbedingten Zuwachs				4.5	10.0	15.5
Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen	330.8	284.7	244.6	252.9	308.6	325.3

Tabelle 11: Liste der wichtigsten Investitionen

(Angaben in Millionen CHF)

Investitionsbereich Vorhaben	Anfangs-/ Enddatum	AF-Nr.	Nominalkredit	Ausschöpfung bis Ende 2002	B 2003	P 2004 bis 2006
Strassen / Stadtgestaltung¹						
APS Wohnumfeld Rahmenkredit	2000–2005	1.3	22.5	1.5	5.5	
EuroVile, Bahnhoisvorfahrt Süd	2000–2003	1.4	17.5	5.1	5.0	
Velo/Mofo-Massnahmen EuroVile	1999–2003	1.4	9.3	9.1	1.0	
Messe Riehenring, Neugestaltung	2002–2003	1.4	8.9	5.3	1.8	
Messeplatz Bau	2001–2004	1.4	12.5	1.2	4.0	
N2, Bauausführung (Nettobetrag)	bis 2007/2008	1.4			28.0	
N2, Projekt und Bauleitung (Nettobetrag)	bis 2007/2008	1.4			4.9	
N2, Landerwerb (Nettobetrag)	bis 2007/2008	1.4			2.0	
Öffentlicher Verkehr²						
Sanierung Tramdepot	2003–2006	6.4	38.0	—	2.0	36.0
Bahnhoispassee (EuroVile)-Anteil ÖV	2001–2004	6.4	13.9	7.9	5.0	1.0
Beteiligung an neuem Regio-S-Bahn-Rollmaterial	2004–2008	6.4	20.0	—	0.0	10.0
Infrastrukturpassagen im Bad. Bahnhof und Bahnhof SBB für Regio-S-Bahn	2003–2006	6.4	17.0	—	0.5	16.5
Tramverbindungen nach Weil am Rhein	2004–2007	6.4	14.0	—	—	13.9
Neues TNW-Billettkonzept «Easy Ticket»	2003–2006	6.4	10.0	—	1.0	9.0
Neue S-Bahn-Haltestelle Dreispitz	2002–2006	6.4	8.0	0.04	0.1	7.7
Erneuerung Infrastruktur, Pauschalbetrag	jährlich	6.4	jährlich	5.0	5.0	15.0
Gesundheit						
Bau KBS KI West	2000–2004	5.3/5.4 ³	206.0	197.0	12.2	2.4
Rahmenkredit, medizinische Apparate ⁴	2001–2005	5.3/5.4 ³	65.0	10.0	16.3	32.6
Sanierung Gebäude U+S PUK	2000–2003	5.3/5.4 ³	20.8	9.0	4.4	—
Räumliche Integration Augenspital	2001–2006	5.3/5.4 ³	15.0	0.0	0.5	14.5
Bildung						
Sonderschulheim zur Hoffnung	2000–2004	2.1/2.7 ⁵	21.0	14.3	5.0	1.7
Öffentliche Kunstsammlung; Sicherheit / Dach und Fach	1998–2003	2.5	18.3	16.7	0.5	
Sanierung und Ausbau Kollegengebäude Uni Basel ⁶	2001–2004	2.3	18.0	10.2	5.0	2.8
			-5.5	—	-3.5	-2.0
Schauspielhaus	1999–2003	2.5	11.5 ¹⁰	11.7	0.2	—
Öffentliche Kunstsammlung; Herrichtung Ausstellungsflächen, Verbindung zum Laurenzbau ¹¹	2001–2005	2.5	15.0	4.7	1.0	9.3
			-4.5	-4.5		
Schulhaus Hinter Gärten; Neubau	2001–2005	2.1	16.3	0.6	8.4	7.3
Theater; Sanierung Haus- und Bühnentechnik	2002–2006	2.5	10.0	2.6	1.4	6.0
Museen an der Augustinerstrasse; Sanierung Haustechnik, Brandschutz sowie Renovation Ausstellungssäle	2003–2006	2.5	11.0	—	-0.7	10.3
St. Jakobshalle, Erweiterungen	2002–2005	2.6	10.0	0.5	1.8	7.7
St. Jakobshalle, Allg. Sanierungsarbeiten	2002–2005	2.6	4.0	1.0	1.0	2.0
Übrige						
Neubau Strafanstalt Bostadel (exkl. Subvention)	2002–2005	3.3	11.3	3.1	3.4	4.8

¹Die Plandaten fehlen, weil die für das Jahr 2003 im Investitionsbereich Strassen/Stadtgestaltung aufzunehmende Projekte noch definitiv festgelegt werden müssen. Die im 2003 budgetierte Reduktion der Investitionen für die Nordtangente um rund 15 Mio. CHF (Kantonsanteil 5 Mio.) hat auch Auswirkungen auf die Folgejahre. Der Nominalkredit und die bisherige Ausschöpfung im Nationalstrassenbau werden derzeit im Rahmen des Projektes «Überprüfung Nordtangente» (manuelle Aufteilung in effektive Bau- und Verwaltungskosten etc.) eruiert. Alle angegebenen Werte sind Nettobetrag.

²Die Finanzbelastung für den Kanton BS ist insbesondere bei den Massnahmen der Regio-S-Bahn aufgrund der Beiträge anderer Partner weniger hoch als hier angegeben.

³betrifft AF 5.3 zu 88% und AF 5.4 zu 12%

⁴Dem Grosse Rat wird ein «Rahmenkredit med. Apparate 2006-2010» vorgelegt, Höhe und Zeitpunkt, resp. Tranchen sind aber noch nicht klar. Deshalb ist für das Planjahr 2006 noch keine Tranche berücksichtigt.

⁵betrifft AF 5.3 zu 88% und AF 5.4 zu 12%

⁶betrifft AF 5.3 zu 90% und AF 5.4 zu 10%

⁷betrifft AF 5.3 zu 88% und AF 5.4 zu 12%

⁸betrifft AF 2.1 zu 25% und AF 2.7 zu 75%

⁹Die negativen Werte stellen Beiträge von Dritten dar.

¹⁰Brutto Fr. 29.0 Mio. abzüglich Beitrag ladies first Fr. 17.5 Mio. / Überzug Fr. 0.4 Mio. bewilligt

¹¹Die negativen Werte stellen Beiträge von Dritten dar.

6.3 Finanzplan

Die **Tabelle 12** enthält die sogenannten allgemeinen Einnahmen und Ausgaben. Dies sind alle finanzrelevanten Zahlen, die nicht in den Aufgaben- oder Ressourcenfeldern anfallen. Die allgemeinen Einnahmen umfassen insbesondere die Steuereinnahmen und die Erträge des Verwaltungs- und Finanzvermögens. Die allgemeinen Ausgaben umfassen insbesondere die Zinskosten der Staatsschuld.

Steuerertrag

Dank dem ausgezeichneten konjunkturellen Umfeld sind die Steuererträge in den letzten Jahren überdurchschnittlich gewachsen. Diesem Wachstum lag insbesondere ein starker Anstieg bei den Gewinnsteuern der Unternehmungen und den Vermögenssteuern bei den Privatpersonen zu Grunde. Im Weiteren wurden die Gesamteingänge durch ausserordentlich hohe Erbschaftssteuern in den Jahren 2000 und 2001 begünstigt. Die gute Entwicklung in den vergangenen Jahren darf aufgrund der neusten konjunkturellen Situation nicht zu der Annahme verleiten, dass dieses Wachstum in den kommenden Jahren im gleichen Tempo anhalten wird. Aufgrund der ungünstigen Börsenlage erwarten wir bei den Vermögenssteuern in den Jahren 2002 und 2003 einen Rückgang. Auch ist bei den Gewinnsteuern aufgrund der präsentierten Jahresabschlüsse 2001 und Halbjahresergebnisse 2002 von grösseren Basler Unternehmungen keine Euphorie angebracht.

Die Tabelle 12 zeigt die Steuererträge unterteilt in die Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen, die Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen und in Übrige Steuern. Die Übrigen Steuern umfassen auch die «Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung», welche vor allem den Anteil an den direkten Bundessteuern enthalten.

Einkommens- und Vermögenssteuern

Die allgemein auf breiter Basis gewährten Realloohnerhöhungen im Jahr 2001 und 2002 werden sich in den Jahren 2002 und 2003 günstig auf die Einkommenssteuern auswirken. Durch die anhaltend tiefen Börsenkurse wird jedoch bei den Vermögenssteuern mit einer Einbusse gerechnet. Insgesamt gehen wir bei den Einkommens- und Vermögenssteuern von der Rechnung 2001 bis ins Jahr 2003 von einem durchschnittlichen Wachstum von 2.3% aus. In den Jahren 2004 bis 2006 legen wir der Steuerprognose ein ordentliches Wachstum von ca. 1.5% zu Grunde. Dieses Wachstum wird jedoch mehr als neutralisiert durch zwei gewichtige Sonderfaktoren. Einerseits wirkt sich 2002 als Sonderfaktor die vom Volk beschlossene Steuerermässigung (Gegenvorschlag zu den Steuerinitiativen) mit rund 80 Millionen Franken aus und andererseits wird ein weiterer Ausgleich der kalten Progression die Einnahmen voraussichtlich ab dem Jahr 2004 um rund 40 Millionen Franken verschlechtern. Bei der Betrachtung der Zahlen ist zu berücksichtigen, dass die Jahre 2001 und 2002 zudem beeinflusst sind durch die beiden weiteren Sonderfaktoren Bezugslücke (Wechsel vom Post- zum Pränumerandosystem bei den Vermögenssteuern) und ergebnisverbessernde Umstellung der Rechnungslegung auf das Sollprinzip. Gesamthaft (inklusive Sonderfaktoren) zeigen die Einkommens- und Vermögenssteuern im Jahr 2006 eine leichte Zunahme gegenüber der Rechnung 2001 von ungefähr 30 Millionen Franken. Dies entspricht jährlich einem durchschnittlichen Wachstum von 0.4% und liegt somit deutlich unter der Teuerung auf der Ausgabenseite.

Gewinn- und Kapitalsteuern

Die Steuern sind abhängig von den schwierig einzuschätzenden Gewinnen und Verlusten der Basler Unternehmungen. Wir nehmen nicht an, dass sich die günstige Dynamik der letzten Jahre in diesem Segment im gleichen Masse fortsetzen wird. Die Steuern juristischer Personen sind typischerweise grösseren Schwankungen unterworfen (aufgrund von Sonderfaktoren bei den grossen Unternehmungen und konjunkturellen Einflüssen) und somit bezüglich der Planung auch mit einem erhöhten Fehlerrisiko behaftet. Ohne Berücksichtigung der Steuergesetzrevision 2001 nehmen wir in der Planung im Jahr 2003 ein Null-Wachstum und in den Jahren 2004 und 2006 eine Zunahme von leicht über 4% an. Die Steuergesetzrevision 2001 wirkt sich ab dem Jahr 2002 ungünstig aus (-22 Mio. Franken wiederkehrend ab 2002, -34 Millionen Franken einmalig im 2002

und -10 Millionen Franken einmalig im Jahr 2003). Mit diesem Sonderfaktor zeigen die Gewinn- und Kapitalsteuern über den gesamten Betrachtungszeitraum von 2001 bis 2006 eine Zunahme von ca. 40 Millionen Franken. Dies entspricht jährlich einem Wachstum von 1.5% und liegt ebenfalls unter der angenommenen Teuerung auf der Ausgabenseite.

Übrige Steuern

Die Übrigen Steuern beinhalten den Anteil an den direkten Bundessteuern, die Erbschafts- und Schenkungssteuern sowie diverse kleinere Steuerkategorien. Der Rückgang gegenüber dem Rechnungsjahr 2001 ist auf einen ausserordentlich hohen Erbschaftsfall im Jahr 2001 zurückzuführen. Ab dem Jahr 2003 wurden die Auswirkungen der Initiative zur Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuern für direkte Nachkommen zu 15 Millionen Franken berücksichtigt (Wegfall dieser Einnahmen ab Mai 2003). Die volle Einbusse von geschätzten 18 bis 23 Millionen Franken ist ab dem Jahr 2004 in der Planung eingeschlossen.

Übriger allgemeiner Ertrag und Aufwand

Die Positionen «übriger allgemeiner Ertrag» und «übriger allgemeiner Aufwand» umfassen nicht auf die Aufgaben- und Ressourcenfelder zuteilbaren Ertrag und Aufwand, wie zum Beispiel Vermögenserträge, Aufwand für Liegenschaften im Finanzvermögen, Aufwand und Ertrag der Dreispitzverwaltung, u.a.

Im Gegensatz zum letztjährigen Politikplan wurden in der vorliegenden Ausgabe die zentral budgetierten Personalkosten für Lohnsteigerung und zusätzliche Pensionskassenzahlungen und -rückstellungen auf Basis des Mitarbeiterschlüssels auf die Aufgabenfelder verteilt.

Tabelle 12: Allgemeine Erträge und Aufwendungen

(Angaben in Millionen CHF)

	R 2001	B 2002	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Steuerertrag	2'258.2	2'166.4	2'229.7	2'192.5	2'204.2	2'253.0
Einkommens- und Vermögenssteuer	1'445.5	1'501.2	1'528.2	1'467.5	1'454.7	1'477.3
Gewinn- und Kapitalsteuer	508.9	431.0	473.0	504.0	526.1	549.2
Übrige Steuern	303.8	234.2	228.5	221.0	223.4	226.5
Übriger allgemeiner Ertrag	274.3	261.6	256.8	260.1	261.0	262.3
Allgemeiner Ertrag	2'532.4	2'428.0	2'486.5	2'452.6	2'465.2	2'515.3
Zinsaufwand Staatsschulden	202.7	195.7	161.1	179.8	195.8	213.2
Übriger allgemeiner Aufwand	57.3	47.4	48.0	48.2	48.2	48.2
Allgemeiner Aufwand	259.9	243.0	209.0	228.0	244.0	261.4

Die **Tabelle 14** enthält den eigentlichen Finanzplan für die Jahre 2001 bis 2006:

Im Unterschied zu allen voranstehenden Tabellen (inklusive jene bei den Aufgaben- und Ressourcenfeldern) enthält der Finanzplan für die Jahre 2004 bis 2006 zwei Szenarien. Das **Hauptszenario** geht von einer realen Plafonierung der Staatsausgaben (mit wenigen Ausnahmen, worunter insbesondere die Sozialkosten und die Zusatzbelastungen seitens der Pensionskasse) aus; folglich wächst der Ordentliche Nettoaufwand (ONA) in den meisten Aufgaben- und Ressourcenfeldern mit der erwarteten Inflationsrate von 1.8% im Jahr 2004 und 1.7% in den Jahren 2005 und 2006. Daneben zeigen wir ein **Alternativszenario**. Hier wächst der ONA nicht nur mit der Teuerung (von 1.8% respektive 1.7%), sondern zusätzlich auch mit dem realen Trendwachstum des Basler Volkseinkommens von 1.5%, so dass sich eine jährliche Wachstumsrate der nominellen Staatsausgaben von 3.3%, respektive 3.2% ergibt.

Dieses Alternativszenario wird lediglich in der zusammenfassenden Tabelle 14 ausgewiesen, nicht jedoch in den Tabellen für die Aufgaben- oder Ressourcenfelder. Die Zahlenwerte im folgenden Text beziehen sich alle auf das Hauptszenario.

Im Hauptszenario wurde wie bereits erwähnt ein Wachstum des Ordentlichen Nettoaufwandes für die Planperiode im Rahmen der Teuerung angenommen. Eine Ausnahme hiervon bildet das Aufgabenfeld 6.6 «Soziale Sicherheit», in welchem in der Periode 2004 bis 2006 von einem durchschnittlichen Wachstum von 3.7% ausgegangen wird. Im Weiteren belasten die erwarteten zusätzlichen Zahlungen an die Pensionskasse die Staatsausgaben übermässig. Die Planung wurde auf Basis des regierungsrätlichen Entwurfs zum neuen Pensionskassengesetz (PK-Gesetz) erstellt. Die Planung berücksichtigt die zum heutigen Zeitpunkt äusserst optimistische Annahme eines Deckungsgrades von 90.01% in der Planperiode 2004 bis 2006 (Stand August 2002: 80%). Unter dieser Annahme beträgt der Arbeitgeberbeitrag auf den anrechenbaren Löhnen 19%. Während im Budget 2002 noch ein Arbeitgeberbeitrag von 11% angenommen wurde, wurde dieser im Budget 2003 zwecks Rückstellungsbildung zur Finanzierung der Rententeuerung und der Überführungskosten in das neue PK-Gesetz bereits auf 18% angehoben. Damit ergibt sich in der Planperiode 2004 bis 2006 eine zusätzliche Belastung von 70 Millionen Franken gegenüber dem Budget 2002 und von ca. 10 Millionen Franken gegenüber dem Budget 2003. Falls der Deckungsgrad, der in der Rechnung 2001 bei 88.2% lag, aufgrund der Börsensituation sich nicht gemäss Annahme auf über 90% verbessert, sondern – aber aus heutiger Sicht eher realistisch – weiter absinkt, hätte dies für den Staatshaushalt einschneidende Folgen. Bei einem Deckungsgrad von zum Beispiel 85% würde der Arbeitgeberbeitrag auf rund 27% steigen und die Finanzplanung müsste um mindestens 70 Millionen Franken verschlechtert werden. Bei einem Deckungsgrad von 80% würde der Arbeitgeberbeitrag auf rund 32% ansteigen, was gegenüber der vorliegenden Finanzplanung eine Einbusse von mehr als 110 Millionen Franken bedeuten würde.

Die oben erwähnten zusätzlichen Belastungen im Bereich der Sozialkosten und der Pensionskassenbeiträge sind zur Hauptsache für das um ca. 0.4%-Punkte über der Teuerung liegende Wachstum in den Jahren 2003 bis 2006 im Hauptszenario (durchschnittlich 2.15%) verantwortlich.

Zeilen 1 bis 10

In den Zeilen 1 bis 10 werden jeweils die Daten über alle Felder aufsummiert wiedergegeben. Daraus ergeben sich der ordentlichen Nettoaufwand (ONA) aller Felder, der Saldo der Kosten-/Leistungsrechnung (SKLR), die Vollkosten aller Aufgabenfelder sowie der Aufwand aller Felder inklusive den Abschreibungen.

Zeilen 11 bis 15 Die Zeilen 11 bis 15 enthalten die allgemeinen Einnahmen und Ausgaben sowie deren Saldo. Durch Verrechnung mit den Erträgen der Felder und dem Aufwand aller Felder ergibt sich auf Zeile 15 der Saldo der Laufenden Rechnung für den gesamten Staat.

Das Wachstum des Ordentlichen Nettoaufwandes der Aufgaben- und Ressourcenfelder von trotz restriktiver Vorgabe auf der Ausgabenseite durchschnittlich rund 2.15% sowie die allgemeinen Positionen gemäss Tabelle 12 führen zu einem sich sukzessive verschlechternden Saldo der Laufenden Rechnung. Während im Budget 2002 noch ein Überschuss von 32.5 Millionen Franken gezeigt wurde, ergibt sich aus der Planung im Hauptszenario im Jahr 2006 ein deutliches Defizit von 148.0 Millionen Franken.

Zeilen 16 bis 18 Auf den Zeilen 16 bis 18 sind die staatlichen Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen (über alle Investitionsbereiche) bzw. die Veränderung von Darlehen und Beteiligungen im Verwaltungsvermögen dargestellt. Daraus ergibt sich der Saldo der Investitionsrechnung.

An Investitionen ist für die Jahre 2001 bis 2003 ein Rückgang geplant. Damit werden in den Jahren 1999 und 2000 vorgezogene Investitionsvorhaben kompensiert und eine temporäre Verbesserung des Finanzierungssaldos in dieser Periode bewirkt. In den Jahren 2004 bis 2006 zeigen die Investitionen wieder eine Zunahme. Diese wird durch neue grosse Investitionsvorhaben primär in den Bereichen Spitalbauten und Forschung (Life Science) sowie Investitionen im Zusammenhang mit der Verlagerung von Liegenschaften der Verwaltung an günstiger Wohnlage zur Schaffung von hochwertigem Wohnraum verursacht. Der erhöhte Investitionsbedarf – welcher jedoch auch im Jahr 2006 immer noch unter dem Höchstwert in der Rechnung 2001 liegt – ist einer der Gründe für die Verschlechterung des Finanzierungssaldo auf ein Defizit von gegen 200 Millionen Franken im Jahr 2006. Diese Planung hat provisorischen Charakter. Bei ungünstiger Entwicklung des Finanzhaushaltes wird das Investitionsvolumen zurückgenommen werden müssen.

Zeile 21 Die Selbstfinanzierung (Zeile 21) ergibt sich aus der Summe des Saldos der Laufenden Rechnung, der Abschreibungen, der Veränderung der Spezialfinanzierungen und der Debitorenverluste.

Zeile 22 Der Selbstfinanzierungsgrad auf Zeile 22 zeigt, zu wie viel Prozent die Investitionen durch eigene Mittel (Selbstfinanzierung) abgedeckt werden. Er beträgt im Jahr 2006 lediglich noch 40%.

Zeilen 23 bis 25 Auf Zeile 23 steht der Finanzierungssaldo, die Differenz zwischen Selbstfinanzierung und Saldo der Investitionsrechnung. Der Finanzierungssaldo entspricht der Veränderung der Nettoschulden des Kantons, welche in Zeile 25 abgebildet werden. Bis 2003 sinken die Nettoschulden, danach steigen sie parallel zur Defizitentwicklung wieder deutlich an.

Alternativszenario Im Alternativszenario steigen die Ausgaben schneller, so dass die Ergebnisse entsprechend schlechter ausfallen. Trotz der Annahme einer erfreulichen Konjunktorentwicklung sinken gemäss dieser Variante der Saldo der Laufenden Rechnung und der Finanzierungssaldo deutlich auf über 200 Millionen Franken. Damit steigen auch die Nettoschulden signifikant an.

Zusammenfassung

Die regierungsrätliche Zielsetzung, in der Planperiode 2003 bis 2006 den Ordentlichen Nettoaufwand nicht über die Teuerung anwachsen zu lassen, wird im Hauptszenario nicht erreicht. Dies obwohl die in der Planung berücksichtigten Pensionskassenbelastungen äusserst optimistisch sind und mit grosser Wahrscheinlichkeit höher ausfallen werden. Ebenfalls eher optimistisch sind die Steuererträge geplant. Trotz dem aktuellen konjunkturellen Abschwung gehen wir von einem steigenden Steuerpotential aus. In der nachfolgenden Aufstellung zeigen wir ein mögliches negativeres Szenario für die Jahre 2003 bis 2006 für den Saldo der Laufenden Rechnung unter der Annahme, dass die Einkommenssteuern der natürlichen Personen in der Periode 2001 bis 2006 um lediglich 1% pro Jahr wachsen und die Gewinnsteuern der juristischen Personen im Jahr 2003 gegenüber 2001 um 20% zurückgehen und nachher ein Wachstum von 5% pro Jahr aufweisen. Dieses Szenario beinhaltet gleichzeitig eine im Jahr 2004 um 70 Millionen Franken höhere PK-Belastung. Dies entspricht einem Deckungsgrad von 85% (Stand August 2002: 80%), der – gemäss der regierungsrätlichen Vorlage zum neuen Pensionskassengesetz – zusätzlich zu den ordentlichen Arbeitgeberbeiträgen hohe Amortisationszahlungen bedingen würde.

Tabelle 13: Entwicklung Saldo Laufende Rechnung mit negativerem Szenario

(Angaben in Millionen CHF)

	B 2003	P 2004	P 2005	P 2006
Saldo Laufende Rechnung gemäss Hauptszenario (Tabelle 14)	20.5	-87.1	-132.4	-148.0
Anpassung Steuerprognose	-130.0	-140.0	-155.0	-170.0
Anpassung für PK-Mehrbelastung	0.0	-70.0	-65.0	-60.0
Saldo Laufende Rechnung nach Anpassungen	-109.5	-297.1	-352.4	-378.0

Die obige **Tabelle 13** zeigt, dass bei diesem durchaus auch realistischen Szenario für die Entwicklung des Saldo Laufende Rechnung das Defizit schnell gegen 400 Millionen Franken zunehmen könnte.

Die vorliegende Planung zeigt die Entwicklung, wie sie bei durchaus restriktiver Bewirtschaftung des Ordentlichen Nettoaufwandes, jedoch ohne spezielle Sparmassnahmen aussehen könnte. Obwohl die Planung noch mit vielen Unwägbarkeiten behaftet ist, gibt sie für die verantwortlichen politischen Behörden ein deutliches Signal, dass neben der Steigerung der Standortattraktivität unsere Aufwand- und Ertragsstrukturen dringend zu verbessern sind und weiterhin generell eine sehr restriktive Finanzpolitik oberstes Gebot sein muss. Andernfalls werden wir zwangsläufig in grosse Defizite zurückfallen und unsere Verschuldung wird langfristig zu Lasten künftiger Generationen weiter zunehmen.

Tabelle 14: Finanzplan

(Angaben in Millionen CHF)

Pos.		R 2001	B 2002	B 2003	P 2004 Haupt- szenario	Alternativ- szenario	P 2005 Haupt- szenario	Alternativ- szenario	P 2006 Haupt- szenario	Alternativ- szenario
1	Ertrag aller Felder	1'373.8	1'235.7	1'286.5	1'308.3	1'329.0	1'329.5	1'371.5	1'351.1	1'415.4
2	Aufwand aller Felder (ohne Abschreibungen)	3'334.0	3'118.6	3'274.1	3'345.8	3'382.2	3'404.2	3'490.4	3'469.3	3'602.1
3	ONA aller Felder	1'960.3	1'882.9	1'987.6	2'037.5	2'053.2	2'074.7	2'118.9	2'118.3	2'186.7
4	Kalkulatorische Kosten aller Felder (Abschreibungen, Zinsen, Mieten)		514.4	483.5	487.8	487.8	491.0	491.0	493.8	493.8
5	Umlagen von Querschnittsleistungen aller Felder		1.9	3.0	2.9	2.9	2.7	2.7	2.6	2.6
6	Kalkulatorische Positionen aller Felder		516.3	486.4	490.6	490.6	493.8	493.8	496.4	496.4
7	Vollkosten aller Aufgabenfelder		2'399.2	2'474.0	2'528.1	2'543.8	2'568.4	2'612.7	2'614.6	2'683.1
8	Abschreibungen gemäss Staatsrechnung (Verwaltungsvermögen)	263.7	260.5	261.4	266.1	266.1	270.6	270.6	275.2	275.2
9	Abschreibungen gemäss Staatsrechnung (Finanzvermögen)	44.5	9.1	8.1	8.1	8.1	8.3	8.3	8.4	8.4
10	Aufwand aller Felder (inkl. Abschreibungen)	3'642.3	3'388.2	3'543.6	3'620.0	3'656.4	3'683.1	3'769.3	3'752.9	3'885.7
11	allgemeiner Ertrag	2'532.4	2'428.0	2'486.5	2'452.6	2'452.6	2'465.2	2'465.2	2'515.3	2'515.3
12	Ertrag der Laufenden Rechnung	3'906.2	3'663.7	3'773.1	3'760.9	3'781.6	3'794.7	3'836.7	3'866.4	3'930.7
13	allgemeiner Aufwand	259.9	243.0	209.0	228.0	228.0	244.0	244.0	261.4	261.4
14	Aufwand der Laufenden Rechnung	3'902.2	3'631.2	3'752.7	3'848.0	3'884.4	3'927.1	4'013.3	4'014.3	4'147.1
15	Saldo der Laufenden Rechnung	4.0	32.5	20.4	-87.1	-102.8	-132.4	-176.6	-148.0	-216.4
16	Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen	330.8	284.7	244.6	252.9	252.9	308.6	308.6	325.3	325.3
17	Veränderung von Darlehen und Beteiligungen im Verwaltungsvermögen	-44.3	-45.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
18	Saldo der Investitionsrechnung	286.5	238.9	244.6	252.9	252.9	308.6	308.6	325.3	325.3
19	Veränderung Spezialfinanzierungen	10.4	-1.0	-1.4	-1.4	-1.4	-1.4	-1.4	-1.4	-1.4
20	Debitorenverluste	-40.4	-4.7	-4.7	-4.7	-4.7	-4.7	-4.7	-4.7	-4.7
21	Selbstfinanzierung	282.2	296.4	283.8	181.1	165.3	140.4	96.2	129.5	61.1
22	Selbstfinanzierungsgrad	98.3%	124.1%	116.0%	71.6%	65.4%	45.5%	31.2%	39.8%	18.8%
23	Finanzierungssaldo	-4.2	57.5	39.2	-71.8	-87.6	-168.2	-212.4	-195.8	-264.2
24	Finanzierungssaldo exkl. Darlehen und Beteiligungen	-48.5	11.7	39.2	-71.8	-87.6	-168.2	-212.4	-195.8	-264.2
25	Nettoschuldenbestand	3'647.3	3'589.8	3'550.6	3'622.4	3'638.2	3'790.6	3'850.6	3'986.4	4'114.7

7. Die wichtigsten Leistungserbringer

Die folgende Liste beinhaltet die internen (int) und externen (ext) Leistungserbringer, die in den Aufgaben- und Ressourcenfeldern des Politikplans aufgeführt sind.

Leistungserbringer	int/ext	Feld
Abteilung Schule und Freizeit	int	2.1 / 2.2
Abteilung Freiheitsentzug und Soziale Dienste	int	3.3
Abteilung Jugend, Familie und Prävention	int	3.4
Abteilung Wahlen und Abstimmungen	int	4.5
Administrative Dienste (PMD)	int	4.1
Aids-Hilfe beider Basel	ext	5.2
Alters- und Pflegeheime (inkl. Bürgerspital)	ext	5.3
Amt für Alterspflege	int	5.1 / 5.3
Amt für Ausbildungsbeiträge	int	2.2 / 2.3
Amt für Bausubventionen und Zivilschutzbau	int	1.2 / 1.3 / 1.7 / 8.4
Amt für Berufsbildung und Berufsberatung	int	6.2
Amt für Miet- und Wohnungswesen	int	6.5
Amt für Sozialbeiträge	int	6.5 / 6.6
Amt für Umwelt und Energie	int	1.6 / 1.7
Antikenmuseum und Sammlung Ludwig	int	2.5
Appellationsgericht		7.1
Archäologische Bodenforschung	int	2.5
Basel Tourismus	ext	6.1
Baselland Transport AG	ext	6.4
Basler Frauenverein	ext	2.8
Basler Freizeitaktion	ext	3.4
Basler Personenschiffahrtsgesellschaft	ext	6.4
Basler Sinfonie-Orchester	ext	2.5
Basler Verkehrs-Betriebe	int	6.4
Bauinspektorat	int	1.2
Berufsschulen (staatliche und private)	int/ext	2.2 / 2.3 / 2.4
Berufsschulen im Gesundheitswesen (in BS und anderen Kantonen)	int/ext	5.4
Betreibungs- und Konkursamt	int	7.1
Bevölkerungsschutz	int	4.4
Bildungsclub	ext	2.4
Blaues Kreuz	ext	5.2
Delegierter für Migrations- und Integrationsfragen	int	8.7
Denkmalpflege	int	2.5
Departementssekretariat (BD)	int	1.1
Departementssekretariat (FD)	int	8.2
Departementssekretariat (JD)	int	3.6 / 8.5
Departementssekretariate	int	8.8
Dezentrale Personalverantwortliche	int	3.5
Diplommittelschule	int	2.2
Einwohnerdienste	int	4.1 / 4.5
Erbschaftsamt	int	7.1
EuroAirport Basel-Mulhouse	ext	6.4
Fachhochschule beider Basel	ext	2.3 / 2.4
Familien- und Erziehungsberatung	ext	3.2 / 3.4
Felix Platter-Spital	int	5.3 / 5.4
Feuerwehr	int	4.1 / 4.4
Finanzkontrolle	int	8.2
Finanzverwaltung	int	8.2
Fondation Beyeler	ext	2.5
Förderstätten für Behinderte	int	2.7
Forstamt beider Basel	int	6.3
Frauenhaus	ext	3.5
Frauenrat	int	3.5
Gefängniswesen	int	4.3
Gemeindespital Riehen	ext	5.3
Gemeinsames Sekretariat (D-F-CH) der Oberreinkonferenz	ext	3.6
Gesundheits- und Krankenpflege-Schulen der Privatspitäler	ext	5.4
Gesundheitsdienste	int	5.1 / 5.2 / 5.3 / 8.3

Leistungserbringer	int/ext	Feld
Gleichstellungsbüro	int	3.5
Grosser Rat		8.7
Grundbuch- und Vermessungsamt	int	3.1
Gymnasien	int	2.1 / 2.2
Halt-Gewalt	ext	3.5
Handelsregisteramt	int	3.1
Heilpädagogischer Dienst	int	2.1 / 2.2
Heimschulen	int	2.1
Historisches Museum	int	2.5
Hochbau- und Planungsamt	int	1.1 / 1.3 / 1.4 / 8.4
Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit	ext	2.3 / 2.4
Industrielle Werke Basel	int	1.6
Infobest Palmrain	ext	3.6
Institut für Rechtsmedizin	int	5.1 / 5.4
Institut für Sozial- und Präventivmedizin	int	5.2 / 5.4
Institut für Unterrichtsfragen und Lehrer/innenfortbildung	int	2.1 / 2.2
Interkantonale Strafanstalt Bostadel	int	3.3
Jugendstrafgericht	int	7.1
Kammerorchester Basel	ext	2.5
Kantonale Zentralstelle für wirtschaftliche Landesversorgung	int	6.2
Kantonaler Führungsstab	int	4.4
Kantonales Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit	int	6.2 / 6.5 / 6.6
Kantonales Labor	int	5.1
Kantonspolizei	int	4.1 / 4.2 / 4.3 / 4.4
Kantonsspital	int	5.3 / 5.4
Kaserne	ext	2.5
Katastrophenstab	int	4.4
Kinder- und Jugendheime	ext	2.7
Kinder- und Jugendpsychiatrische Universitäts- und Poliklinik	int	5.3 / 5.4
Kindergärten	int	2.1
Kleinklassen	int	2.1
Koordinationsstelle Behindertentransport beider Basel	ext	6.4
Koordinationsstelle Informatik (FD)	int	8.5
Kunsthalle	ext	2.5
Kunstmuseum	int	2.5
Landschulen	int	2.1
Logis Bäle	ext	1.3
Logopädischer Dienst	int	2.1 / 2.2
Lufthygieneamt beider Basel	int	1.7
Materialzentrale	int	8.6
Messe Schweiz	ext	6.1
Militär	ext	4.4
Museum der Kulturen	int	2.5
Musik-Akademie	ext	2.3 / 2.4
Naturhistorisches Museum	int	2.5
Öffentliche Krankenkasse Basel	ext	6.6
Öffentliche Kunstsammlung	int	2.5
Öffentliche Zahnkliniken	int	5.3
Ombudsman		8.7
Opferhilfeorganisationen	ext	3.1
Orientierungsschule	int	2.1
Pädagogische Dokumentationsstelle	int	2.1
Parkraumdelegierte	int	1.1
Pensionskasse	int	8.3
Primarschulen	int	2.1
Privatspitäler	ext	5.3
Pro Juventute	ext	3.2 / 3.4
Psychiatrische Universitätsklinik	int	5.3 / 5.4
Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft	ext	5.3
Quartiertreffpunkte	ext	2.8
Rechnungswesen/Controlling	int	8.2
Rechtsabteilung JD	int	3.1
Regierungsrat	int	8.7

Leistungserbringer	int/ext	Feld
Regio Basiliensis	ext	3.6
Rekurskommissionen im BD, FD, JD, SD, WSD	int	7.2
Ressorts des WSD (Soziales, Stadtmarketing, Verkehr, Wirtschaft, Dienste [Bereich Landwirtschaft])	int	6.1 / 6.2 / 6.3 / 6.4 / 6.5 / 6.6
Rheinschiffahrtsgesellschaft	int	6.4
Sanität	int	5.3 / 5.4
SBB	ext	6.4
Schlachthof	int	5.1
Schulheime	int	2.7
Schulpsychologischer Dienst	int	2.1 / 2.2
Schulsozialarbeit (Vormundschaftsbehörde)	int	3.4
Schweiz. Tropeninstitut	ext	2.3 / 2.4
Selbsthilfezentrum Hinterhuus	ext	5.3
Sinfonietta	ext	2.5
Sonderpädagogische Schulen	int	2.1
Sozialhilfe der Stadt Basel und der Gemeinden Riehen und Bettingen	ext	6.5
Sozialversicherungsgericht		7.1
Spitex	ext	5.3
Sportamt	int	2.6
St. Jakobshalle	int	2.6
Staatsanwaltschaft	int	3.3
Staatsarchiv	int	6.7
Staatskanzlei	int	8.7
Stadtgärtnerei und Friedhöfe	int	1.3 / 1.4 / 1.5 / 1.6
Ständerat Basel-Stadt		8.7
Ständiges Staatliches Einigungsamt	int	6.2
Statistisches Amt	int	6.7
Steuerverwaltung	int	8.1
Stiftung Melchior	ext	5.3
Stiftung Zentrum für Erwachsenenbildung der Universität Basel	ext	2.4
Strafgericht		7.1
Studienberatung	int	2.2 / 2.3
Suchthilfe Region Basel	ext	5.2
Tagesheime	int	2.8
Tagesschulen	int	2.8
Theater Basel	ext	2.5
Tiefbauamt	int	1.4 / 1.6
Universität Basel	ext	2.3 / 2.4
Universitätskinderspital beider Basel	ext	5.3 / 5.4
Verein Beratungsstelle SLW Help! For Families	ext	3.2
Verein Eulerstrass nüün	ext	3.4
Verein für Gefangenenbetreuung	ext	3.3
Verein Mobile Jugendarbeit	ext	3.4
Verein Neustart	ext	3.3
Verein Robi-Spiel-Aktionen	ext	3.4
Verfassungsrat		8.7
Verkehrsabteilung	int	4.2
Veterinäramt	int	5.1 / 5.5
Vormundschaftsbehörde	int	3.2
Weiterbildungsschule I	int	2.1
Weiterbildungsschule II	int	2.2
Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-Landschaft	ext	6.1
Wirtschaftsmittelschule	int	2.2
Wohnheime für Behinderte	int	2.7
Zahnkliniken	int	5.2 / 5.4
Zentrale Informatik-Dienststelle	int	8.5
Zentraler Personaldienst	int	3.5 / 8.3
Zentralstelle für staatlichen Liegenschaftsverkehr	int	8.2 / 8.4
Zivilgericht		7.1
Zivilstandsamt (Bestattungsbüro/Bürgerrechtsdienst)	int	3.1

8. Glossar

Alle wichtigen Fachwörter kurz erklärt:

Aufgabenfeld	Alle aussengerichteten Tätigkeiten der Verwaltung werden in den Aufgabenfeldern abgebildet. Aufgabenfelder umfassen jeweils nach inhaltlichen oder politischen Gesichtspunkten ähnliche Produktgruppen. Die Aufgabenfelder halten die Departementsgrenzen ein; jedes Aufgabenfeld ist aus Gründen der Organisation/Führung eindeutig einem Departement zugeordnet.
Aufwand	Ausgaben der Laufenden Rechnung z.B. Personalaufwand, Sachaufwand, Zinsaufwand, Subventionen, usw. Investitionsausgaben für Vorhaben, die mehr als 200'000 Franken betragen, sind nicht im Aufwand, sondern in den Ausgaben der Investitionsrechnung enthalten.
Bruttoschulden	Fremdkapital, d.h. Passiven der Bilanz abzüglich Eigenkapital (falls vorhanden).
Budget	Zusammenstellung der Finanzzahlen für das kommende Jahr. Das Budget wird vom Grossen Rat genehmigt und dadurch rechtswirksam.
Ertrag	Einnahmen der Laufenden Rechnung, z.B. Steuereinnahmen, Vermögenserträge, Bundesbeiträge, Entgelte. Beiträge für Investitionen, die grösser als 200'000 Franken sind, sind nicht im Ertrag, sondern in den Einnahmen der Investitionsrechnung enthalten.
Finanzierungssaldo	Differenz zwischen den in einer Periode erzielten eigenen Mitteln und den Investitionen im Verwaltungsvermögen, die mehr als 200'000 Franken betragen. Ein negativer Saldo zeigt, dass die Investitionen teilweise über eine zusätzliche Verschuldung finanziert werden mussten.
Finanzrechnung	Rechnung, die zeigt, wie die Investitionen im Verwaltungsvermögen, die mehr als 200'000 Franken betragen, durch eigene Mittel finanziert werden können.
Globalbudget	Im Globalbudget werden nicht nur finanzielle Aspekte abgebildet, sondern auch leistungsbezogene Informationen (wie Qualitätsziele) pro Produktgruppe. Damit wird ersichtlich, welche Leistungen in welcher Qualität zu welchen Kosten erbracht werden. Dafür wird auf die Darstellung der Kostenarten verzichtet.
Investitionsrechnung	Rechnung, die sämtliche Ausgaben und Einnahmen (Beiträge) für Investitionsvorhaben im Verwaltungsvermögen enthält, die grösser als 200'000 Franken sind.
Kalkulatorische Positionen	Grössen, die nicht direkt geldwirksam bei der nutzniessenden Dienststelle ausgegeben bzw. eingenommen werden, sondern rein rechnerisch zum Ergebnis zugeschlagen werden. Einerseits betrifft dies Querschnittskosten für Leistungen v.a. aus den Bereichen Informatik, Personal und Finanzen, welche zwar zu Gunsten eines bestimmten Aufgabenfeldes erbracht, jedoch von diesem nicht bezahlt werden. Andererseits sind die kalkulatorischen Zinsen auf Anlagen (da die Beschaffung von Anlagen über die Finanzverwaltung finanziert werden, werden diese Zinsen nicht durch die nutzniessenden Dienststellen bezahlt), Abschreibungen (gemäss Nutzungsdauer einer Investition) bzw. kalkulatorische Mieten enthalten.
Kapitalkosten	Kalkulatorische Zinsen und Abschreibungen.
Laufende Rechnung	Rechnung, die sämtliche Aufwands- und Ertragspositionen enthält (ohne Investitionen grösser als 200'000 Franken).

Nettoschulden	Bruttoschulden abzüglich dem Finanzvermögen (Vermögen, das nicht direkt einem staatlichen Zweck dient).
NPM	«New Public Management», oft mit «wirkungsorientierte Verwaltungsführung» (WoV) übersetzt: Eine Führungsphilosophie für die staatliche Verwaltung, die bei der Wirkung der öffentlich finanzierten Leistungen ansetzt. Neben den eingesetzten Mitteln stehen insbesondere Qualität und Wirkung der Leistung im Vordergrund.
Ordentlicher Nettoaufwand (ONA)	Departementsspezifischer Aufwand (ohne Abschreibungen) abzüglich departementsspezifischem Ertrag. Nicht spezifischer, d.h. allgemeiner Aufwand und Ertrag, wie z.B. Zinsaufwand auf den Staatsschulden, allgemeine Steuererträge, allgemeine Vermögenserträge, usw. sind nicht enthalten.
Politikbereich	Oberste Ebene des Politikplans: Die staatlichen Aktivitäten werden grob in sieben Politikbereiche gegliedert. Für jeden Politikbereich werden die entsprechenden Ziele und Leitlinien beschrieben.
Politikplan	Das zentrale Planungsinstrument des Regierungsrates. Der Politikplan ist eine umfassende Mittelfristplanung und enthält Ziele, Projekte und Kosten für alle Bereiche des staatlichen Handelns sowie den Finanzplan über die nächsten vier Jahre.
Produkt	Unterste Ebene der Leistungserbringung in der NPM-Hierarchie: Als Produkt wird ein einzelnes Leistungsangebot bezeichnet. Die Produktedefinition umfasst sowohl die benötigten Finanzmittel als auch die gewünschten Qualitätsziele. Produkte sind der konkrete Output der einzelnen Leistungserbringer. Eine Dienststelle kann mehrere Produkte produzieren.
Produktgruppe	Einzelne Produkte werden nach inhaltlichen oder politischen Gesichtspunkten zu Produktgruppen zusammengefasst.
Rechnung	Zusammenstellung der Finanzzahlen für das vergangene Jahr.
Ressourcenfeld	Die Ressourcenfelder beinhalten diejenigen Tätigkeiten der Verwaltung, die den ausgerichteten Aufgabenfeldern die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen. Sie haben keinen Selbstzweck, sondern ermöglichen die Aufgabenerfüllung in den Aufgabenfeldern. Ressourcenfelder umfassen jeweils ähnliche Produktgruppen. Diese können in verschiedenen Departementen erbracht werden.
Saldo Kosten-/Leistungsrechnung (SKLR)	Ordentlicher Nettoaufwand zuzüglich kalkulatorische Positionen und Abgrenzungen.
Saldo Vollkostenrechnung (SVKR)	SKLR der Aufgabenfelder zuzüglich der mittels eines Umlageschlüssels umgelegten SKLR der Ressourcenfelder.
Umlageschlüssel	Möglichst verursachergerechter Schlüssel; er dient dazu, die Kosten der Leistungen, die in einem Ressourcenfeld zugunsten eines Aufgabenfeldes erbracht werden, dem entsprechenden Aufgabenfeld zuzuteilen.

Impressum

Herausgeber:
Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt
Information und Öffentlichkeitsarbeit
Marktplatz 9
4001 Basel

Layout und Typografie:
Schaffner & Conzelmann, Designersfactory, Basel

Druck:
Basler Druck + Verlag AG, bdv, Basel